august 8/76 - DM 3,50 C4143 EX

konkret

WAHL 76

Heinrich Böll über die CDU:

Der Freiheit eine Gosse

Frage an KONKRET Autoren:

Wählt ihr nochmal SPD?

Wallraff bei den roten Bauern im Alentejo

Henning Venske: Sprengt die Funkhäuser in die Luft

Italien Lire 1200
Holland hfl 4.25
Schweiz sfr 3.80
Österreich S 28,–

Günter Amendt: Und schon bist du ein Sittenstrolch

Titelentwurf: Klaus Staeck

in konkret August 1976

briefe an konkret

konkret intern

Die Chance der Eurokommunisten von Wolfgang Abendroth

Avanti Popolo von Peter Kammerer

Italiens Kommunisten haben bei der Parlamentswahl dreieinhalb Millionen Stimmen dazugewonnen - rote Zahlen von Neapel bis Mailand. Das bedeutet für die KPI Basisdruck nach links und die Notwendigkeit einer neuer Strategie zwischen Reformismus und Radikalismus.

Trotz Berufsverbot, Nato-Leber, Profit-Rekorden, Lohn-Stop, Feldwebel etc. nochmal SPD? von Wolfgang Abendroth

Bundestagswahl 76 -KONKRET befragt seine Autoren

Trotz Berufsverbot, Nato-Leber, Profit-Rekorden, Lohn-Stop, Feldwebel etc. nochmal SPD? von Bernt Engelmann

Bundestagswahl 76 -KONKRET befragt seine Autoren

Trotz Berufsverbot, Nato-Leber, Profit-Rekorden, Lohn-Stop, Feldwebel etc. nochmal SPD? von Gerd Fuchs

Bundestagswahl 76 -KONKRET befragt seine Autoren

Trotz Berufsverbot, Nato-Leber, Profit-Rekorden, Lohn-Stop, Feldwebel etc. nochmal SPD? von Hermann Peter Piwitt

Bundestagswahl 76 -KONKRET befragt seine Autoren

Trotz Berufsverbot, Nato-Leber, Profit-Rekorden, Lohn-Stop, Feldwebel etc. nochmal SPD? von Klaus Staeck

Bundestagswahl 76 -KONKRET befragt seine Autoren

Trotz Berufsverbot, Nato-Leber, Profit-Rekorden, Lohn-Stop, Feldwebel etc. nochmal SPD? von Henning Venske

Bundestagswahl 76 -KONKRET befragt seine Autoren

Trotz Berufsverbot, Nato-Leber, Profit-Rekorden, Lohn-Stop, Feldwebel etc. nochmal SPD? von Günter Wallraff

Bundestagswahl 76 -KONKRET befragt seine Autoren

"Anwälte der Freiheit" von Heinrich Böll

Die Verfassungsschutz-CDU tarnt sich für den Wahlkampf als liberale Partei. Heinrich Böll mißt die Freiheitsparolen des Chef-Verschleierers Biedenkopf an der Wirklichkeit.

Bei den roten Bauern im Alentejo von Günter Wallraff

Welchem unvorstellbaren Elend die Revolution vom 24. April 1975 in Portugal ein Ende gemacht hat, läßt Günter Wallraff hier einen der befreiten Landarbeiter und einen portugiesischen Schriftsteller berichten - und setzt dagegen, was die Presse der „freien Welt" dazu sagt. Wallraff notiert aus eigener Erfahrung: Drei Monate hat er mit seiner Kollegin Hella Schlumberger auf einer Landwirtscharts-Kooperative im Süden des Landes, im Alentejo, gelebt und gearbeitet

„Merken Sie sich, das war eine letzte Warnung!"

Hetzjagd gegen Wallraff

Sprengt die Funkhäuser in die Luft von Henning Venske

„Vergiß es keinen Tag, Prolet/daß hinter deinem Funkgerät/ob Spiel ob Ernst/von früh bis spät/der Gegner deiner Klasse steht!" reimte in den zwanziger Jahren die Arbeiter-Radio-Bewegung. Was nun aber, wenn man selber in den Funkhäusern sitzt und nicht „Gegner deiner Klasse" sein will? Muß man sich in der öffentlich-rechtlichen Bürokraten-Hierarchie kaputt machen lassen? Henning Venske macht Vorschläge

konkret magazin

Nie so pingelig von Carl L. Guggomos

Über die Aggression Israels in Entebbe und über das Schenkelklopfen

Anstalt des öffentlichen Unrechts von Alexander Frei

Berufsverbot

„Wie im Nationalsozialismus" von Eva Althainz

Im Februar 1974 zeigte die „Vereinigung Demokratischer und Sozialistischer Künstler" (VDSK) im Westberliner Restaurant „Merhaba" eine Ausstellung mit Chile-Bildern ihrer Mitglieder, darunter ein Gemälde der Kunsterzieherin Eva Althainz. Der Charlottenburger Stadtrat Hartmut Röseler nahm dies zum Anlaß, die Lehrerin zu einem Verhör zu laden, als jetzt ihre Verbeamtung zur Entscheidung stand. Die Anhörung, an der neben Röseler noch ein Herr Müller von der Personalstelle und ein Leitender Magistratsrat Gosten teilnahmen, fand am 19. Mai um 14 Uhr im Bezirksamt Charlottenburg, im freien Teil Berlins, statt. Hier das Gedächtnisprotokoll von Eva Althainz.

Chile nach dem Putsch

Radikalauer von Winfried Thomsen

Vom schwarzen Mann von Deutsche Gesellschaft für Sexualforschung

Angstkampagne beamteter Sexfeinde

Schon bist du ein Sittenstrolch von Günter Amendt

Geschichte einer Bahnfahrt

konkret ex-press von Hermann L. Gremliza

Das heiße Milliarden-Ding von Hans Matthöfer

KONKRET sprach mit Bundesforschungsminister Hans Matthöfer (SPD) über den Bau-Boom in Atomkraftwerken. Der Minister will die Betriebssicherheit der Kernreaktoren erhöhen und sie von Ballungsgebieten fernhalten. Doch das Programm, in zehn Jahren 50 der umstrittenen Anlagen zu bauen, hält Matthöfer für unerläßlich

Tod aus der Babyflasche von Max Jäggi

In der Dritten Welt ist Flaschenmilch für viele Säuglinge tödlich. Trotzdem propagiert der Schweizer Multi Nestle seine Milch mit massiver Werbung und versucht, Kritiker mundtot zu machen. Vor einem Schweizer Gericht ging der Konzern baden

Wie was tun? von Karl Pawek

Nach den emphatischen sechziger Jahren wurde die linksbürgerliche Intelligenzija vom großen Frust gepackt, der oft nur beim großen Fressen verdrängt werden kann: Spaghetti con Selbstmitleid. Konkret analysierte im Juni die Misere - und handelte sich den Vorwurf ein, selbst nur beim langen Jammer stehenzubleiben. Karl Pawek versucht eine Antwort

Ist Brecht schon ein Museumsstück von Peter Hamm

In den 50er Jahren war das Interesse an ihm so groß, daß es Brecht-Verbote provozierte. Heute, 20 Jahre nach seinem Tod, scheint das Interesse an Brecht rapide nachzulassen. Der meistgespielte Dramatiker, ja - aber beißt er noch? Wie kommt es, daß sich an seinem „Lob des Kommunismus" heute kein Rundfunkrat mehr stößt? - Peter Hamm hat, anhand der lange erwarteten Brecht-Biographie von Klaus Völker, die Brecht-Stimmung sondiert

„Das eine tun und das andere nicht lassen“ von Irmtraud Morgner, Ursula Krechel

„Ein Buch, das auch die Linke dringend braucht", schrieb F. C. Delius in einer KONKRET-Buchkolumne (5/75), als Irmtraud Morgners Roman „Leben und Abenteuer der Trobadora Beatriz" in der DDR erschien. „So etwas wie eine Bibel der aktuellen Frauenemanzipation," schrieb die Frankfurter Rundschau. Jetzt liegt die Bibel auch in einer westdeutschen Ausgabe vor (Luchterhand), einer der wichtigsten und witzigsten Bücher seit langem. Von dem Titel „DDR-Feministin" will Irmtraud Morgner allerdings nichts wissen

Epistel an meine Freunde von Volker von Törne

Eine kalte Nacht von Hugo Dittberner

Eine Liebesgeschichte

Ich habe gelesen von Günter Herburger

In dieser KONKRET-Buchkolumne stellen Autoren ihre jüngste Lektüre vor. In diesem Heft der in München lebende Schriftsteller Günter Herburger („Die Eroberung der Zitadelle", „Die amerikanische Tochter")

Ein Film für die Blindenanstalt von Christel Buschmann

Alexander Kluge erzählt, wie sein Film „Der starke Ferdinand" von der Presse kaputtgemacht wurde. Im Ausland feierte er Wiederauferstehung: er erhielt in Cannes den Preis der Internationalen Filmkritik. Christel Buschmann schrieb diesen Bericht

Konkret 08/76, S. 2

briefe an konkret

Hygiene

Weil Hermann L. Gremliza von „Fragen der Hygiene" sprach, als er in seiner Glosse „Jetzt reicht's, Ranicki" (5/76) einen üblen Verriß von Martin Walsers jüngstem Roman durch den FAZ-Redakteur Marcel Reich-Ranicki zurückwies, fühlten sich FAZ und „Welt" gemeinsam bedroht: das sei ‚kriminell' und ‚roter Faschismus'. Gremliza stellte gegen beide Strafantrag wegen Verleumdung (7/76).

Sie schreiben, „daß in der polemischen Tradition der Begriff der Hygiene ebenso seinen Platz hat wie die literarische Drohung mit nicht literarischen Übeln." Und bringen dann einige schöne und interessante Zitate von Karl Kraus und Kurt Tucholsky.

Was halten Sie aber von folgendem Zitat?:

„Wie oft haben die Heißsporne in den Werbeagenturen die Grenzen des guten Geschmacks überschritten! Wer die Geschmacklosigkeit besitzt, für- eine Anzeige ein gräßlich verstümmeltes Vietnam-Opfer als Subjekt zu wählen, hat Prügel verdient."

Diese Formulierung stammt weder von einem Sozialisten noch von einem radikalliberalen bürgerlichen Demokraten. Geschrieben hat sie ein gewisser Horst Dohm in seinem Artikel „Kann den Werbung Sünde sein?", veröffentlicht in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 29. 5. 1976; fünf Tage also, nachdem sich Herr Held in eben derselben FAZ so fürchterlich über Ihre Formulierung ereifert hat.

Nu, was is? Sind nun derartig derbe Formulierungen (als rhetorische Übertreibung, wohlgemerkt!) in der Polemik erlaubt oder doch? Oder ist die FAZ etwa mittlerweile zu einem offen terroristischen Kampfblatt degeneriert? Eins von diesen 25, ein Drittes gibt es nicht.

Wolfram Heinrich

Regensburg

Ob es denn tunlich war, die „Süddeutsche Zeitung" so einfach in die Reihe von „Welt", ‚FAZ" usw. einzureihen? Auch kann ich die direkte Gleichsetzung von Thilo Koch mit Hans Habe nur aus Gremlizas berechtigter Erregung über soviel Dreck, der gegen KONKRET gefeuert wurde, verstehen.

Gleichwohl: Daß Sie Strafanzeige erstatten, ist mehr als richtig, es ist nötig, um wenigstens eine kleine öffentliche Diskussion zu entfachen.

Freilich Gremliza: Trotz Erich Fried, der sich ein wenig modisch ‚ausgeglichen` gab, bedauere ich Sie aus hygienischen Gründen, wenn Sie den Saubermännern vor Gericht gegenübersitzen müssen. Bekommen Sie keinen Schluckauf, der HICKS, der möge schließlich dem Walden im Halse stecken bleiben.

Hansjörg N. Schultz,

Stuttgart

Schmatz, schmatz

Karl Pawek scnrieb einen Essay über die Freßdekadenz linksbürgerlicher Intellektueller (6/76). Eine Fortsetzung in diesem Heft.

Wer hier eigentlich resigniert, ist dieser Pawek *selbst.* Jawohl, wir gehen auch hin und wieder mal ordentlich fressen, weil wir wie jedes Lebewesen Kraft und Nahrung für unseren Kampf brauchen, den wir tagsüber bis abends gegen die Herrschenden führen. Und offen gesagt, wir verfressen tatsächlich mal gerne unser Geld. Lange genug haben wir verzichtet!! Und wenn es geht, fressen wir, daß wir laut japsen müssen, und zwar beim „Italiener" oder „Griechen" usw., weil deren Gerichte bei weitem besser und fündiger sind als die Gerichte dieses Arschs mit Ohren Karl Pawek - laßt Euch das gesagt sein.

Zu solchen Freßgewohnheiten neuerlich wäre nun zu sagen, daß es uns ankotzt, in bürgerlichen oder sogenannten gutbürgerlichen Kneipen uns wie die Holzpuppen hinzusetzen. Da kriegste ja nix serviert, wennste ' n roten Pullover zufällig anhast oder wennste keinen Nazi-Faconkopp hast.

Karl Pawek ist ein Knorrsuppen-Rindvieh mit Forder- und Hinterlader, der sich selbst bescheißt. Soll er doch bei seinen Bockwürstchen bleiben wir fressen lieber griechisch!

schmatz, schmatz . . .

Klaus Schneider,

Köln

Die, die sich da treffen, bei „Cuneo" oder anderswo, waren noch für niemanden eine Gefahr, außer für sich selber, oder unbeteiligte Passanten. Der gutgeweinte Versuch, Leichen mit aufmunternden Worten wachzuküssen, ist rührend, aber vergeblich. Ich finde es gut, daß diese Leute sich bei „Cuneo" (mitten auf'm Kietz umweht ein Hauch des Verruchten unsere Helden von Film, Funk und Fernsehen) treffen. Alle auf einem Haufen. Man hätte sich sonst ernsthaft überlegen müssen, solche Reservate guten Geschmacks und dummen Gelabers zu schaffen, um „normal bürgerliche" Kneipen vor einer Invasion dieses munteren Völkchens zu bewahren. Seit zweitausend Jahren, auf der Suche nach ihrer verlorenen Identität, landen sie wahrscheinlich demnächst im „Goldenen Handschuh" und saufen mit dem Bruder von Honka um die Wette.

Ist die Weltrevolution ein Teller Spaghetti, dann sind diese Intellektuellen der Käse, den man sich obendrauf reibt. Ganz überflüssig sind sie also doch nicht.

Aber man sollte sie unter sich lassen und erst wieder den Kopf heben, wenn sie was zu sagen haben. Und das kann noch lange dauern.

Wolf Moser,

Panten

Ist KONKRET männlich?

Daß man „Emanzipation auf dem Strich" betreiben kann (Erfahrungsbericht von Jenny Liebreich, 7/76), scheint nicht nur manche Geschlechtsgenossin provoziert zu haben. Das Frauenreferat der ASTA an der Universität Hamburg schreibt:

Der „Bericht aus dem Untergrund" klingt männlich! Die Sache beschäftigt mich vor allem, weil KONKRET eigentlich einen Vertrauensvorschuß bei mir hat.

Sicher, die meisten Frauen sind gezwungen, sich zu prostituieren: Im Büro, um die Stellung zu halten; in der Fabrik, um nicht noch mehr gescheucht zu werden; in der Ehe, weil finanziell und sozial abhängig, und immer wieder in Liebesbeziehungen. Das ist oft gesagt worden und muß auch oft gesagt werden, weil es oft erlebt wird. Jede Frau weiß inzwischen, wie verdammt schwer es ist, nicht nur Lust an der Lust des Mannes zu haben, sondern selber und womöglich mit ihm welche zu kriegen. Und viele träumen Tagträume, z. B. von der Situation auf dem Strich. Auch das ist richtig: Das Reizvollste daran ist die Vorstellung von Macht - man kann den Mann distanziert bedienen, es geht ihn nichts an, was man dabei empfindet. Nicht er macht einen zum Objekt, man macht sich selbst dazu. Aber bitte doch nur im Tagtraum. Zynisch, zu vergessen, wie vielen kein anderer Ausweg bleibt, um nicht zu verhungern. Wenn da eine Frau, die auf den Strich geht, mir erzählen will, sie schlage dabei zwei Fliegen mit einer Klappe, indem sie materiell unabhängiger sei, und gleichzeitig die gelindeste sexistische Unterdrückungsform erwischt habe, bin ich entsetzt. Mich entsetzt die Koketterie mit der beschissenen Lage, mich ekelt der Apell an den Nervenkitzel, den diese „Verwerfliche" durch ihre „ehrlichen Bekenntnisse" startet.

„Sie" hat erfahren müssen, daß Liebesbeziehungen nicht hinhauen. Der eine hat sie verlassen, und da fühlt sie sich „fürchterlich leer und aufgerissen". Aber sie rappelt sich auf, reißt Typen in der linken Szene auf, oder besser: läßt sich da aufreißen, und muß dann weinen, weil die auch nichts von einer Frau wissen wollen, der es schlecht geht. Und so kaputt, fertig und mißbraucht, verspürt sie plötzlich Unruhe und Abenteuerlust, stürzt sich in die harte Wirklichkeit, will keine Zärtlichkeit mehr, sondern „klare Geschäfte". Ich werd immer empörter, sogar wütend.

Ein geschmackloser, unmenschlicher, mit Klischees vollgepackter „Bericht aus dem Untergrund" greift da meine Ängste, Wünsche, irrsinnigen Probleme auf und veralbert sie. Spaß am Elend der Frauen. Wenn der Bericht wirklich von einer Frau stammt, ist sie gut bezahlt worden für ihre Prostitution. Ich und viele andere werden diesen Spaß verderben müssen, um endlich zu unserem Spaß zu kommen. Noch mehr Arbeit, Scheiße.

Gaby Zipfel,

Hamburg

Der häßliche Deutsche

KONKRET (6/76) berichtete über das Bild der BRD im Ausland nach dem Radikalenerlaß.

„Der die Umfrage zum Radikalenerlaß einleitenden Position von KONKRET habe ich ebenso wenig hinzu zu fügen wie den nachfolgenden Kommentaren von Améry, Kaldor, Fried, Colotti, Nestler und Nenning, die mir allesamt dringend notwendig in ihrer harten Kritik und doch auch hilfreich für diejenigen von uns Deutschen zu sein scheinen, die sich seit längerem bereits wieder mit selbstmörderischer Begeisterung in der alten Selbstisolierung üben. Die deutsche Linke ist schon zu oft und zu lange geprügelt worden, als daß sie sich aus der Sündenbockrolle so einfach schon ohne Identitätsangst allein befreien könnte. Und deshalb finde ich einen Beitrag wie den von Rudi van Meurs zum Thema in diesem Augenblick besonders übel. Das ist alles so eiskalt und selbstgerecht, da heißt es nur „antideutsch" oder „Argwohn und Drang nach Sühne", es erklingt ein „höhnisches Gelächter" und ein „Deutsche raus" oder aber er spricht auf die feinere Art vom „Lockheed-Skandal, in dem Prinz Bernhard von Lippe-Biesterfeld, der nie gelernt hat holländisch zu sprechen, eine Hauptrolle spielt". Wenn so schlechter Journalismus nicht - was ich eigentlich hoffe - doch das Produkt der schlechten Laune eines überarbeiteten Redakteurs ist, dann löst die Grabeskälte dieses Kommentars bei mir nur Abwehr aus. Ich finde auch, wir haben von solchen freischwebend gelöcherten Denkern bei Spiegel, Stern und Zeit nun wahrlich selbst schon so viele, daß ich mir gerade aus den Niederlanden einen handfesten und solideren Beitrag zu einem so vielschichtigen Thema gewünscht hätte. Allerdings steht nun zu befürchten, daß der Beifall von der ganz falschen Seite kommt"

Dedo Blumenbach,

Berlin

Buhmann Biermann

Wolf Biermann nahm in KONKRET 6/76 in einem „Brief an einen Genossen" Stellung zur Biermann-Diskussion. Sie war damit nicht abzuschließen:

Wer wie Wolf Biermann in pseudorevolutionärer Mundart das eigene (?) Nest bescheißt und dabei aufs Verderblichste den Klassenkämpfern in aller Welt schmerzliche Würgemale verpaßt, sich obendrein in heroischer Weise den knochenklappernden Beifall der Skelette einhandelt, ist weder ein Apostel des Fortschritts (nicht hüben, nicht drüben) noch ein kämpferischer Lyriker.

Wer wie UZ und Rote Blätter-Redakteure das „Biermann-Phänomen" in politischen Ohnmachtsanfällen abhandelt und es dabei in Mammutdiskussionen objektiv hochstilisiert, verdient eine deutliche Rüge. Wolf Biermann, ein Teil des großen Lagerbestandes euphorischer Stürmer und Dränger ist heute für die Handlanger, Berufs- und Freizeitbastler des kapitalistischen Wirtschaftssystems wichtiger denn je. Nicht aber für die Arbeitslosen, Berufsverbotenen, N C - Befallenen, nicht für die Gefangenen und Gefolterten der Freien Marktwirtschaft.

Das neue KONKRET profiliert sich als Hüter der Sitten und Kultur und gerät damit in Fragen „Systemkritische Lyrik" in die buntbrünftigen Wälder röhlender Hirsche.

Reinhold Thomsen,

Eckernförde

An Biermanns „Fall" wird die zersplitterte westdeutsche Linke noch einige Zeit zu knabbern haben. Inzwischen ist wohl klar geworden - zumal nach der Spanien-LP -, daß Biermann nicht bereit ist, sich von reaktionären Jublern die Kritik im Munde verdrehen zu lassen. Aber muß denn noch immer betont werden, daß Biermann „kein Solschenizyn" (FR v.12. 6. 76) ist? Haben die Genossen noch immer nicht begriffen, daß ein andersdenkender Linker nicht gleich ein Agent der anderen Seite ist, sondern zunächst mal jemand, der das gleiche Ziel verfolgt, und mit dem man sich daher solidarisch - was keineswegs die Polemik ausschließt - auseinanderzusetzen hat? In Punkto Diskussionsstil ist sicherlich einiges von Biermann zu lernen. Obwohl die denunziatorischen Angriffe von Oskar Neumann gegen ihn wohl kaum der Glaubwürdigkeit kommunistischer Argumentation sehr förderlich sind, geht Biermann auf die Vorwürfe inhaltlich ein, ohne ebenfalls mit den „Waffen" der Verleumdung zurückzuschlagen. Und nun sollten die Genossen aus der DKP Biermanns Argumente mal ebenso ernst nehmen, wie er es mit ihren tut - damit wäre nicht nur der DKP geholfen, auch Biermann liefe weniger Gefahr, als staatlich anerkannter Buhmann sich selbst zum Symbol zu stilisieren!

Silvia Volckmann,

Köln

Konkret 08/76, S. 3

konkret intern

Weil Hermann Gremliza sich zum erstenmal seit Bestehen des neuen KONKRET einen längeren Urlaub (an der französischen Atlantikküste) geleistet hat, war für dieses Heftursprünglich kein „Express" eingeplant. Aber Sucht ist Sucht, und so holte er sich, was an Stoff verfügbar war, und ging auch in den Ferien auf seinen allmonatlichen Trip (Seite 32, inkl. Theo).

*

Gar nicht lieb war es den meisten Lesern, daß im Juli-Heft von KONKRET ausgerechnet in dem Wallraff-Artikel „Der Schreiber als Partisan" der Text böse durcheinandergeraten ist. Ein ganzer Komplex war „verhoben" (wie es in Erinnerung an alte Bleisatz-Zeiten immer noch heißt, „verklebt" entspricht der heutigen Umbruch-Technik besser), stand an der falschen Stelle und verkorkste den Sinn. Da legt der Partisan Wallraff die Kalaschnikow mal beiseite, analysiert die Literaturszene statt die Kapitalistenszene zu reportieren -und gleich passiert so was. Wir sind zerknirscht und bitten um Verzeihung. Wallraff hat uns verziehen und macht unverdrossen weiter (siehe Seite 15).

*

Einem linken Blatt, das die Grenzsituationen zwischen sozialistischer und kapitalistischer Welt für so kompliziert hält, wie sie sind, hätte es nicht unterlaufen dürfen: Im Abonnements-Coupon (ja, in dem Ding hier drunter) stand „Das Jahresabonnement KONKRET gibt es für 42,- DM incl. MwSt. frei Haus (Nur BRD). Was daran politisch ist, fiel West-Berlinern Lesern auf - die Halbstadt wird einfach in die Bundesrepublik vereinnahmt. Denn natürlich ist gemeint, daß ein KONKRET-Abo im, sagen wir mal, Geltungsbereich der DM West 42 Mäuse kostet. Der aber besteht nicht aus einer einzigen, allumfassenden BRD, sondern eben mit Recht, weil durch Verträge und Gesetze so geregelt, aus der BRD und Berlin-West. Von jetzt an sind wir also wieder gesetzestreu, und die Berliner können nun auch in Massen abonnieren. Andere selbstverständlich ebenfalls. Tut's, denn: Je mehr Abonnenten, desto besser sind Existenz und Unabhängigkeit von KONKRET gesichert.

Konkret 08/76, S. 6

Wolfgang Abendroth

Die Chance der Eurokommunisten

Es bedurfte langjähriger Vorverhandlungen über das Dokument dieser Tagung, das vorher in fast diplomatischen Verhandlungen zwischen den Spitzen der Parteien ausgehandelt werden mußte. Nur weil diese Einigung am Ende erzielt wurde, kam die Konferenz zustande. Deshalb konnte sie es auch nur akklamierend (wenn auch in den einzelnen Erklärungen, die jede der beteiligten 29 Parteien abgab, modifiziert interpretierend) zur Kenntnis nehmen und der Weltöffentlichkeit zur Kenntnis bringen.

Dies Dokument läßt diese Herkunft, durchdachtes Kompromißresultat zu sein, in Inhalt und Sprache deutlich erkennen. Es enthält in Analysen der und Forderungen an die gegenwärtige Situation Europas und der Welt nichts Falsches und sehr viel an gewichtigen Dingen, um den gemeinsamen Standpunkt der Arbeiterparteien der kapitalistischen Länder und der Regierungsparteien der sozialistischen Staaten - als Minimum der Kombination zwischen beiden -zum Ausdruck zu bringen.

Natürlich mußten dabei manche Probleme ausgeklammert werden. Allerdings - der in Methode und Resultat gewahrte marxistische Ansatz ist erkennbar geblieben und natürlich auch die Anknüpfung an die Oktoberrevolution und ihr Ergebnis und also an Lenin. Der gewichtigste Fehler des Dokuments ist nicht der Inhalt, sondern die Form, die überzogene Länge und in manchen Teilen die allzu formelhafte Sprache. Darum wirkt es nicht als lebendiger, mitreißender Appell an die Massen, wie es die Beschlüsse der ersten Kongresse der Kommunistischen Internationale vor über 50 Jahren einst taten, sondern eben als „Dokument", das eines längeren „sachverständigen" Studiums bedarf.

Niemand kann mehr geben als er hat. Die Konferenz spiegelt den realen Stand der Arbeiterbewegung des Westens und der Parteien der sozialistischen Staaten. Beide wissen, daß der Weg zur kommunistischen Weltgesellschaft noch lang ist, daß er aber mit der Oktoberrevolution und der Konsolidierung der UdSSR, dann mit ihrer Verteidigung im zweiten Weltkrieg, der Entstehung der weiteren sozialistischen Staaten, die die „roll back"-Politik des Weltimperialismus im „kalten Krieg" überstehen konnten, und mit dem - noch lange Jahre in sich widerspruchsvollen - Emanzipationsprozeß der vorher kolonial (oder halbkolonial) beherrschten „Entwicklungsländer" der „Dritten Welt" unwiderruflich beschritten worden ist.

Unwiderruflich allerdings nur, dann, wenn ihre gemeinsame Kraft dazu reicht, den dritten - nun atomaren oder durch andere chemische oder biochemische Mittel bestimmten - Weltkrieg zu verhindern, den der trotz gelegentlicher Zwischenerfolge (wie jetzt in den lateinamerikanischen Ländern) immer stärker bedrängte Imperialismus der monopolkapitalistischen Staaten in seiner Verzweiflung während einer seiner ökonomischen Krisen entzünden könnte. Denn er wäre der Untergang der zivilisierten Menschheit. An seinem Ende stünde wahrscheinlich ein Rückfall in die Barbarei, schlimmer als einst am Ende der Antike.

Aber sie wissen auch beide, „westliche" (wie sie heute tituliert werden, „eurokommunistische") Parteien wie sozialistische Länder, daß ihre eigene bisherige Geschichte widerspruchsvoll war und daß auch ihre Gegenwart und Zukunft - ob sie es wollen oder nicht - noch oft Widersprüche birgt und neue Widersprüche erzeugt. Eben deshalb bedarf es des eindeutigen Bekenntnisses zum je eigenen, durch die nationale Partei und nach ihren Bedingungen und ihrer Geschichte zu definierenden Weg in Richtung auf den Sozialismus, der nicht an irgendwelche „Modelle", die unter anderen Voraussetzungen entstanden sind, gebunden sein kann, ob auch zur internationalen Kooperation und Solidarität der Arbeiterklasse und der sozialistischen Staaten.

Daß der Begriff des „proletarischen Internationalismus", der an sich diese Lage kennzeichnet, umstritten blieb, ist die Folge des geschichtlichen Tatbestandes, daß er in vergangenen Zeiten - am Ende der Existenz der Kommunistischen Internationale, zur Zeit des Kominform und z.T. noch bei der tschechischen Krise 1968 - mit der bloßen Vorherrschaft einer Partei, der KPdSU, und *eines Modells,* der UdSSR, gekoppelt zu sein schien. Aber die Erklärung der 29 Parteien enthält die Sache, wenn auch nicht die frühere Formel (so viele taktisch entstandene andere sprachliche Formeln sie -leider - sonst birgt).

Zu einer -längst zuerst durch die Strategie der KP Italiens und dann durch diejenige der kommunistischen Parteien Frankreichs und Spaniens vorbereiteten, aber keineswegs erst jetzt, sondern bereits am 14. November 1957 auf der Moskauer Konferenz der Kommunistischen Parteien (damals amüsanterweise noch mit Zustimmung der chinesischen Partei) formulierten - Frage haben die 29 europäischen Parteien erneut Stellung genommen: Ist es in bürgerlich-demokratisch organisierten, kapitalistischen Staaten möglich, im Rahmen ihrer demokratischen Legalität ohne physisch-gewaltsame Revolution und bei Bewahrung des parlamentarischen „Parteienpluralismus" den Weg zur Eroberung der

Macht durch die Arbeiterklasse und damit zum Sozialismus zu öffnen? Schon 1957 wurde diese Frage ausdrücklich mit „ja" beantwortet und als Problem „richtiger" Bündnispolitik begriffen. So selbstverständlich auch heute.

Der Begriff der sozialistischen Revolution ist an den Inhalt, nicht an die Form der physischen Gewaltsamkeit gebunden, über deren Notwendigkeit allein der Klassenfeind (der ja allzu häufig „vorbeugend" den Weg zum Faschismus oder in den Krieg beschreitet) und die Geschichte entscheiden. Würden die bürgerlichen und rechtssozialdemokratischen Kommentatoren bei Karl Marx, August Bebel und Wilhelm Liebknecht (in Marx' Amsterdamer Rede von 1872, in den Protokollen des Leipziger Hochverratsprozesses der gleichen Periode) nachlesen, so würden sie wissen, daß ihre gegenwärtige Behauptung, diese Antwort sei entweder „Tarnung" zu ganz anderen Zwecken oder ein erstaunliches Novum, auf dem gleichen geistigen (und moralischen) Niveau bleibt, wie es damals Bismarck, der Papst und sämtliche politische Polizeien der Welt gleichsam „vorausgenommen" haben.

Es ist wahr, Lenin und die Kommunistische Internationale waren nach der Oktoberrevolution und in den Nachfolgeklassenkämpfen des ersten Weltkrieges der Meinung, in dieser Phase des imperialistischen Monopolkapitalismus müsse man diese früheren Aussagen dahin modifizieren, daß nun nur noch die Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse in der damaligen konkreten Form der proletarischen Diktatur möglich sei, wenn man neue Katastrophen verhindern wolle. Die Geschichte hat ihnen (mit einem höchst negativen Resultat, der Periode des Faschismus und des zweiten Weltkriegs) recht gegeben. Aber das Ergebnis des zweiten Weltkriegs, der Aufstieg der Ökonomie und der Macht der UdSSR, die Errichtung einer Reihe weiterer sozialistischer Staaten und der Zerfall mindestens des offenen Kolonialismus, hat das internationale Machtgleichgewicht so gründlich verändert, daß die ursprüngliche These von Marx, Bebel und Liebknecht wieder aktuell geworden ist.

Die kommunistischen Parteien sind gleichwohl in vielen noch durch Verhaltensweisen und Formen der inneren Willensbildung gehemmt, die sich in den inneren Widersprüchen ihrer früheren geschichtlichen Entwicklung, vor allem in der bitteren Periode des Stalinismus und dann des Neostalinismus, wie er zu Beginn des „kalten Krieges" entstand, entwickelt haben. Ihre innere Demokratie ist noch immer gehemmt; Diskussionen in den einzelnen Parteien, ob diesseits, ob jenseits der Elbe und der Alpen, werden nur selten offen geführt. Also auch nicht echte Diskussion zwischen den einzelnen Parteien auf internationalen Konferenzen.

Diskussion ist noch immer durch das bloße Nebeneinander von Deklarationen und durch Diplomatie im Verhältnis zueinander ersetzt. Aber der Umfang der Toleranz untereinander ist gewachsen. Wie sehr, verdeutlicht die Anwesenheit der Jugoslawen und Titos nach fast dreißig Jahren Trennung. Nur die Albaner blieben fern; man versteht doppelt, warum, wenn man ihre gegenwärtigen inneren Kämpfe, die fast altstalinistisch ausgetragen werden, in die Überlegungen einbezieht.

Die Entschiedenheit der Betonung der Gleichberechtigung der Parteien untereinander -also der Aufhebung der Vorherrschaft der KPdSU -und ihre Hinnahme durch Breschnew kann zu einem erheblichen Fortschritt für die internationale Arbeiterbewegung führen. Sie kann das - je nachdem sich die Politik der einzelnen Parteien entwickelt - falls sie in ihrer Praxis den Gesichtspunkt der internationalen Solidarität (und diese umschließt auch die Unterstützung der existenten sozialistischen Staaten gegen Imperialismus und Monopolkapitalismus bei aller Wahrung des Rechtes auf Kritik an ihrer konkreten Politik) nicht vernachlässigen.

Sie kann auf der anderen Seite, falls westeuropäische Parteien in opportunistischer Weise auf diese Überlegung verzichten und einzelne von ihnen in ihrer (an sich notwendigen) Bündnispolitik mit sozialdemokratischen oder bürgerlichen Parteien im schlechten Sinne des Wortes, im bundesdeutschen nämlich, „sozialdemokratische" Fehler machen, die erforderliche internationale Kommunikation einerseits zwischen den Arbeiterparteien, andererseits zwischen ihnen, der UdSSR und den sozialistischen Ländern soweit lockern, daß eine Wiederholung einer solchen Konferenz nicht mehr erfolgt.

Wer würde leugnen, daß Tendenzen in solcher Richtung sich entwickeln könnten? Aber es gibt keine praktische Politik ohne Gefahren. Gefährliche Tendenzen können überwunden und ausgeglichen werden. Umgekehrt: Die Führung der KPdSU (und z.B. der SED) könnte über die „Liberalisierungstendenzen" von Ost-Berlin (der Terminus ist, wie ich weiß, falsch; es geht um die Auflösung unkritischer Hinnahme der Autorität nur *einer* Führungspartei) derart bestürzt sein, daß sie in (bei ihrer Geschichte unvermeidlich in ihrer Struktur noch immer angelegte) bloß bürokratische Verhaltensweisen gegenüber den anderen Parteien zurückfällt. Auch das ist nur „möglich", aber keineswegs notwendig oder auch nur wahrscheinlich.

Würde das geschehen, könnte sich gleichfalls die Hoffnung der Führungsspitze der SPD erfüllen, daß diese Konferenz die letzte ihrer Art war. Die einzige (ihren Wählern nach) Arbeiterpartei in Europa, deren Führung sich gegenwärtig für ein „Modell" hält, an das sich - bitte schön - alle anderen Arbeiterparteien halten sollen, ist zur Zeit die des deutschen Bundeskanzlers und jenes Parteivorsitzenden, der erst nach vier Jahren gemerkt hat, wie sehr er sich 1972 geirrt hat, und

der gegenwärtig Sozialisierung und Ansätze zu sozialistischer Planwirtschaft als „Ladenhüter" beschimpft. In ihren Reihen nimmt übrigens demokratische Diskussion z.Z. auch kaum breiteren Raum ein als bei den Parteien, die sich in Ost-Berlin trafen.

Ein solcher Weg zurück wäre natürlich ebenso in der KPdSU und in der SED, wenn auch in anderer Weise, denkbar. Bei allen Mängeln, die sie - schon aus historischen Gründen unvermeidlich- noch hatte, war diese Konferenz in Ost-Berlin aber ihren Möglichkeiten nach ein Hilfsmittel, allen Gefahren zu steuern, auch innerparteilich in den beteiligten Parteien, die eigene Partei, ihre Struktur und Politik, als ewiges „Modell" zu dogmatisieren. Versteht man allerdings diese Konferenz als fixiertes „Modell", wie der Kanzler seine Bundesrepublik Deutschland, dann allerdings hat sie diese positive Wirkung nicht. Versteht man sie als gewichtigen Vermittlungspunkt in der Kooperation und der Willensbildung klassenkämpferischer Arbeiterparteien im stetigen Prozeß des internationalen Klassenkampfes für Frieden, Demokratie und Sozialismus, dann kann sie erhebliche geschichtliche Bedeutung erlangen und helfen, die antikommunistischen Schanzen zu nehmen, hinter denen sich Monopolkapitalismus und Konservativismus noch immer verteidigen wollen.

Konkret 08/76, S. 8

Peter Kammerer

Avanti Popolo

Italiens Kommunisten haben bei der Parlamentswahl dreieinhalb Millionen Stimmen dazugewonnen - rote Zahlen von Neapel bis Mailand. Das bedeutet für die KPI Basisdruck nach links und die Notwendigkeit einer neuer Strategie zwischen Reformismus und Radikalismus.

Auf den ersten Blick gibt es zwei Sieger bei den Wahlen vom 20. Juni: Christdemokraten und Kommunisten. Don Camillo und Peppone können, jeder gestärkt, zum nächsten Akt antreten. Wahrscheinlich zum letzten. Aber das „Aber" folgt auf dem Fuß.

Die Christdemokraten haben ihre gesamten äußeren Stützpunkte verloren. Die Wähler der Neofaschisten wanderten zu ihnen ab oder scharten sich nun als letzter harter Kern (ca. sechs Prozent) um ihre niedergehende Partei. Die Wähler der bürgerlichen Satellitenparteien zogen sich fluchtartig ins Mutterhaus zurück, das italienische Bürgertum ließ den Schein rechter Sozialdemokratie und eines abgeklärten Liberalismus fahren, verzichtete auf Extravaganzen, auf das bißchen Sekt im Weihwasser, und folgte dem Aufruf ihres Chefintellektuellen Indro Montanelli, der in seiner großbourgeoisen Zeitung „Il giornale nuovo" wortwörtlich die Parole ausgab: „Haltet meinetwegen die Nasen zu, aber wählt Christdemokraten". Besser im Mief, als im Loch. Korruption, Steuerhinterziehung, unerlaubter Kapitalexport, Devisenspekulationen sind jetzt noch Kavaliersdelikte, da nicht nur geschäftsüblich, sondern geschäftsnotwendig, in einem Land, in dem eine unfähige Staatsgewalt die Profite nicht mehr verteidigen kann, sodaß der Bürger zur Privatinitiative greifen muß.

Die Mobilisierung von Nonnen, Witwen und Waisen genügte in diesen Wahlkampf nicht mehr, denn Nonnen, Witwen und Waisen drohten abzuschwenken und sind bei dieser Wahl zu einem erheblichen Teil tatsächlich ins linke Lager übergegangen. So kam es nicht nur zum Appell des Papstes, sondern auch zu dem der Großindustrie, die ihre besten Leute, Agnelli, Visentini, Carli und andere, direkt ins Feuer schickt.

Auch im linken Lager haben sich die Stimmgewinne praktisch auf eine einzige große Partei konzentriert. Aber die Kommunisten brauchten keine „stillen Reserven" aufzulösen, sie holten ihre Stimmen vom Gegner. Zu den 8,5 Millionen Wählern von 1972 wurden weitere 3,5 Millionen hinzugewonnen. Dieser enorme Zuwachs entspricht der Stärke der drittgrößten Partei, der Sozialisten, die bei ihren rund 3,6 Millionen Wählern stagnierte.

Hinter diesem Ergebnis steht eine kontinuierliche Massenarbeit, eine ständige Konfrontation der PCI mit der Bevölkerung und nicht ein geheimnisvoller Genosse Trend. In den roten Hochburgen mit 30jähriger kommunistischer Verwaltung nähert sich die PCI der absoluten Mehrheit. In der Emilia-Romagna machte sie von 1972 auf 1976 den Sprung von 43,9 auf 48,5 Prozent, in der Toscana von 42,1 auf 47,5 Prozent, in Umbrien von 41,7 auf 47,3 Prozent. Das Regieren wird hier leichter, aber die politische Arbeit, d. h. die Auseinandersetzung mit dem Bürgertum innerhalb und außerhalb der Partei wird objektiv schwerer.

Im Norden waren die Zuwachsraten bei der unterschiedlichen Ausgangsposition noch höher als in Mittelitalien, in Piemont wuchs der Stimmanteil von 26,3 auf 35,4 Prozent, in der Lombardei von 23,8 auf 31,6 Prozent, in Ligurien von 31,6 auf 39,1 Prozent, um nur die wichtigsten Ergebnisse zu nennen. Das sind nicht tote Zahlen, sondern rote Zahlen und auch mehr als Meldungen, die zeigen, daß jemand das Wasser am Hals steht. Denn dieses Wasser trägt etwas, trägt eine neue Klasse nach oben.

Daß es sich nicht um einfache Proteststimmen handelt, sondern um kollektive, konstruktive Sinnesänderungen, zeigt der Fall Neapel. Hier verzeichnete die PCI ihren Rekordgewinn, in der Region Kampanien zehn Prozent, in der Stadt Neapel zwölf Prozent, und erhielt damit 40,8 Prozent der Stimmen. Dabei verbesserte sich ihre Position gegenüber den Regionalwahlen vom Vorjahr um 7,5 Prozent. Das bedeutet, daß der Zug nach links sich verstärkt, seit die Kommunisten die Stadtverwaltung führen. Noch 1946, nach dem Referendum, das am z. Juni die Monarchie abschaffte, stürmte ein erbittertes Lumpenproletariat die Parteilokale der Roten, weil die Kommunisten ihnen „König und Brot" wegnehmen wollten. Es gab sieben Tote und über 70 Verletzte, und lange blieb die neapolitanische Innenstadt mit ihren Elendsvierteln für Kommunisten off limits und ein Tummelplatz der Monarchisten, Neofaschisten und Christdemokraten.

Vor jeder Wahl wurden hier Spaghetti, 01 und Kleider an das Volk verteilt. Die offiziellen Kandidaten gaben einen linken Schuh und lieferten den rechten nach erfolgter Wiederwahl nach. Das ging wie geschmiert, und noch 1975 fühlte sich der Boß Neapels, der Christdemokrat Gava, so sicher, daß er sich der Bildung einer Minderheitsregierung durch die Kommunisten nicht ernsthaft widersetzte. Er wollte die stark gewordene Opposition in das Labyrinth der neapolitanischen Verwaltung und Klientelwirtschaft locken, um sie in diesem Chaos von Korruption und Schmutz zu entwaffnen und der Lächerlichkeit preiszugeben.

Kaum jemand in Italien glaubte, daß der neue Bürgermeister, Maurizio Valenzi, ein Jahr überstehen würde. Die eigene Partei war mehrmals bereit, ihn zu opfern, um mit den Christdemokraten und anderen bürgerlichen Parteien zu einem

breiteren Kompromiß zu kommen. Diese lehnten ab, und heute ist Valenzi einer der populärsten Politiker nicht nur in Neapel. Unter den Proletariern der Innenstadt kursieren Geschichten, die ihn wie einen Harun al Raschid verklären. Er wird gleichzeitig an mehreren Stellen gesichtet, er schaut überall selbst nach dem rechten, hört von den Leuten die Wahrheit und sagt die Wahrheit und vor allem, er hat vor der verzweifelten Menge der Arbeitslosen und der am Rande der Gesellschaft vegetierenden Bevölkerung weder die Angst des Bürgers noch die Unsicherheit eines Parteifunktionärs. Ohne Demagogie hat er der Verzweiflung und Wut, die in Neapel schwelt, eine Richtung gegeben.

Dabei kann er selbst direkt wenig tun, einer bankrotten, von einer Minderheit regierten Stadtverwaltung sind die Hände gebunden. Dennoch: Er hat etwas getan. Zum Bespiel öffnete er die Schränke in den Amtszimmern des Rathauses und holte in aller Öffentlichkeit, vor den Augen zahlreicher Delegationen, die verstaubten, seit Jahren unbearbeiteten Akten hervor. Nichtbearbeitung von Formularen als Voraussetzung der Korruption, d. h. als ständiger Anreiz für die Bürger, zu schmieren. Wer nicht schmiert und, ohne den langen Weg der Bürokratie abzuwarten, handelt, mag ungeschoren bleiben, wird aber erpreßbar und kann jederzeit „zur Rechenschaft" gezogen werden. Auf diese elementaren Mechanismen stützt sich die Herrschaft der Gava und der Camorra.

Jeder Neapolitaner wußte das, und Valenzi wußte das auch. Aber indem er Öffentlichkeit herstellte und die Kontrolle der Verwaltungsgänge dem Publikum zugänglich machte, hat er einen revolutionären Akt vollzogen. Nicht Technokratie, sondern die Kontrolle der Bevölkerung soll die Verwaltung flott machen und leiten.

Das Beispiel Neapel zeigt, in welche verzweifelte Lage die Kommunisten kämen, wenn sie als treibende Kraft einer Volksfront in Italien die Regierung übernehmen könnten. Auch in Neapel hat Valenzi erst die erste Runde gewonnen. Die Preise und die Arbeitslosigkeit steigen. Wie lange richtet sich die Unzufriedenheit noch gegen die alten Zustände und wann gegen die neuen, die sich nicht rasch genug ändern? Neapel ist nicht Italien, aber diese Probleme sind allgemeiner Natur. Deshalb bremsen die Kommunisten, wo sie können, mäßigen die Gewerkschaften und suchen Kompromisse und Verständigungen mit den anderen Parteien, die natürlich verlangen, daß die Kommunisten zunächst die Arbeiter disziplinieren, sozusagen als Eintrittskarte in die Regierung der Bewegung ihre Dynamik nehmen.

So befinden sich die italienischen Kommunisten auf einer Gratwanderung zwischen einem beschwichtigenden Reformismus und radikalen Versuchen, die Probleme des Landes an der Wurzel zu packen. Eine Opposition gegen dieses vorsichtige Schritt-für-Schritt-gehen findet, auch das haben die Wahlen gezeigt, gegenwärtig keine Massenbasis. Die links von der PCI stehenden Gruppen erzielten einen geringeren Erfolg als allgemein erwartet und bleiben auch weiterhin in ihren schwer überbrückbaren inneren Gegensätzen verfangen. Dennoch ist ihre Rolle in der italienischen Politik auf keinen Fall zu unterschätzen. Überall, wo große Massenbewegungen sich in den letzten Jahren bildeten, wurden sie zur treibenden Kraft, bis die kommunistische Partei ihre Zurückhaltung aufgab und die eigene Organisation einschaltete.

Dies war der Fall beim Kampf gegen die „Strategie des Terrors" (Fall Valpreda usw.), bei den Hausbesetzungen, bei der politischen Arbeit in den Kasernen, bei der Organisierung der Arbeitslosen (vor allem in Neapel, wo die organisierten Arbeitslosen Mimmo Pinto, einen ihrer charismatischen Führer, über die linke Liste ins Parlament schicken konnten), aber auch bei der Frauenbewegung, beim Kampf für das Scheidungsgesetz und die Abtreibung. Objektiv ist es so, daß die linken Gruppen für die PCI das Terrain sondierten.

Diese Vorhut und die kommunistische Partei entfernen sich zusehends, geraten zusehends in Gegensatz. Wie rot Italien wird, und wie es rot wird, hängt von der Antwort ab, die die kommunistische Partei in Italien auf die konzentrierte Großoffensive der Christdemokraten und des „aufgeklärten" Kapitals (Angebot eines Sozialpakts) und auf den Druck der eigenen Basis, die nach links zieht, finden wird.

Konkret 08/76, S. 10

Wolfgang Abendroth

Trotz Berufsverbot, Nato-Leber, Profit-Rekorden, Lohn-Stop, Feldwebel etc. nochmal SPD?

Bundestagswahl 76 -KONKRET befragt seine Autoren

Das Dilemma dieser Bundestagswahlen ist bitter genug: Siegt die CDU/CSU, bekommt sie annähernd 48 Prozent der Stimmen und also - dank jener 5 Prozent-Klausel, die jede Neugruppierung des bundesdeutschen Parteiensystems (abgesehen von der Richtung auf potenzielle neofaschistische Sandsturmbewegungen während einer Wirtschaftskrise, falls sich die CDU/CSU nicht in der Opposition befindet) objektiv nihiliert - die absolute Mehrheit im Parlament, dann geht der Weg zum autoritären Staat forciert weiter. Aber diesen Weg hat auch die sozial-liberale Koalition längst nicht nur vorbereitet, sondern einzuschlagen begonnen, mit dem Bundeskanzler und der SPD-Führung an der Spitze. Sie kann nur (und auch das nur sehr begrenzt) gelegentlich zu kleineren Rückzügen genötigt werden, besonders, wenn der Lärm im Ausland allzu groß wird (daher auch Willy Brandts widerspruchsvolle „Irrtums"-Erklärung zum „Radikalen"-Beschluß), aber ihre Marschrichtung ist die gleiche.

Kann man in dieser Lage aufrufen, gleichwohl die SPD als „kleineres Übel" zu wählen? Gewiß gibt es „kleinere Übel". An sich ist selbst diese SPD, so sehr sie von Übel ist, gegenüber dem Kohl, Dregger und Strauß ein *kleineres* Übel. Sie ist es aber nur dann, wenn man durch Protest von außen den Widerstandswillen in den Gewerkschaften und teilweise auch in der Partei selbst gegen das stärkt, was an ihr in Bezug auf Preisgabe von Arbeiterinteressen, und von demokratischen Verfassungspositionen, vor allem auch an Unterstützung jeder restaurativen und konservativen Machtposition in Europa und in der „Dritten Welt", von Übel ist. Deshalb bin ich der Meinung, daß man in dieser Wahl von links gegen die SPD-Führung protestieren muß, also DKP wählen muß, denn sie ist doch die einzige rationale Kraft. Es ist klar, daß Stimmenthaltung kein Protest ist. Die Zahl der Protestierenden wird - leider - ohnedies klein bleiben. Aber diese „Erinnerungsstimmen" sind von Nöten, schon um den demokratischen Willensbildungsprozeß in den Gewerkschaften und in der SPD wenigstens in Resten am Leben zu erhalten. Gibt es diese linken Proteststimmen nicht, rutscht - ob sie insgesamt sich noch einmal zusammen mit der FDP in der Regierung behauptet oder nicht - die SPD noch weiter nach rechts. Das Risiko bleibt, so bitter das ist.

Konkret 08/76, S. 11

Bernt Engelmann

Trotz Berufsverbot, Nato-Leber, Profit-Rekorden, Lohn-Stop, Feldwebel etc. nochmal SPD?

Bundestagswahl 76 -KONKRET befragt seine Autoren

Selbstverständlich wähle ich am 3. Oktober 1976 wieder SPD. Warum?

Es gibt doch nur die Alternative: Entweder SPD/FDP-Koalition wie seit 1969 oder Rückkehr der CDU/CSU an die Macht, diesmal mit einem schwachen „schwarzen Riesen" als Kanzler, mit den Herren Strauß, Dregger, Carstens usw. als dessen die Richtlinien der Politik bestimmende Stützen und alle fest entschlossen, die Macht im Staat nie wieder herauszugeben, bis daß der Tod uns scheidet.

Diese rechtskonservativen, mit allen reaktionären und faschistischen Kräften im In- und Ausland sympathisierenden oder gar kollaborierenden Konzernvertreter nicht wieder an die Regierung kommen zu lassen, ist für mich der eigentliche Sinn meiner Stimmabgabe für die SPD. Weitere Alternativen als die genannte gibt es nicht; sich ihr Vorhandensein- einzubilden, ist bloßes Wunschdenken. In, Wahrheit, weil im Endeffekt, ist jede Stimme für eine linke, chancenlose Partei eine Stimme für Strauß & Co. Dies mag traurig für alle sein, die der derzeitigen Berufsverbote-SPD einen Denkzettel verpassen möchten. Sie können sich aber, wenn sie der SPD ihre Stimme geben, damit trösten, daß sie so wirksam Strauß von der Macht fernhalten, Walter Arendts respektgebietende Leistungen ebenso honorieren wie Matthöfers gelegentlichen Mut, und die West-Ost Spannungen weiter abbauen helfen (anstatt umgekehrt Strauß, die Konzerne und die besoldeten Revanchisten' triumphieren zu lassen). Der Kampf gegen Gesinnungsschnüffelei, Berufsverbote und und und wird indessen weitergehen.

Konkret 08/76, S. 11

Gerd Fuchs

Trotz Berufsverbot, Nato-Leber, Profit-Rekorden, Lohn-Stop, Feldwebel etc. nochmal SPD?

Bundestagswahl 76 -KONKRET befragt seine Autoren

Wieder einmal Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen CDU und SPD: nachdem die SPD-Führung Kopf an Kopf mit der CDU in den letzten Legislaturperioden durchgesetzt hat: die Notstandsgesetze, die Konzertierte Aktion, die Berufsverbote. Nachdem sie alle Wahl- und Reformversprechen gebrochen, nachdem sie Arbeiter und Angestellte für die Krisenwirtschaft der Großkonzerne zahlen läßt mit Reallohnabbau, Arbeitslosigkeit, Senkung des Lebensstandards überhaupt. Nicht die Kommunisten nehmen der SPD die Stimmen weg, mit einer solchen Politik des ständigen Nachgebens nach rechts nimmt sich die SPD selber die Stimmen weg. Das ist erwiesen, genauso wie es erwiesen ist, daß über all dort, wo die DKP Stimmen gewonnen hat, auch die SPD dazugewonnen hat.

Wer der SPD jetzt seine Stimme gibt, sanktioniert ihre Politik, sanktioniert die Berufsverbote, den Abbau von Grundrechten, die Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten, was immer er auch nachträglich an Vorbehalten und Skrupeln äußern wird. Denn für die Sorte von Demokraten, von denen wir regiert werden, reduziert sich die Demokratie aufs Kreuzchenmachen, zählt die abgegebene Stimme und sonst nichts. Jedenfalls nicht die Stimmung, in der man es macht, oder der Kater, der einen anschließend befällt.

Der Feind steht rechts? Jawohl. Und eben deshalb muß die SPD aus der Umarmung durch die CDU herausgebracht werden, müssen die Linkskräfte in diesem Land gestärkt werden, und das geschieht allein durch die Wahl der einzigen Partei, die nicht mit den Leuten aus dem CDU-Wirtschaftsrat kollaboriert, die hier wirklich etwas verändern will, die als einzige Partei eine gründliche Alternative zum Bestehenden bietet.

Die Stimmen für die DKP seien verloren? Für die Partei der Schleyer & Co. mit Sicherheit. Nicht aber für alle jene, die gegen den Wahnwitz der ständigen Hochrüstung sind, gegen die Transformation der BRD in einen Polizeistaat, gegen die Berufsverbote. Jede Stimme für die DKP -auch wenn sie nicht Adenauers undemokratische Fünf-Prozent-Hürde nehmen sollte - wird die Position der Demokraten stärken (auch jener, die nicht in allem mit der Politik der DKP übereinstimmen), wird den Spielraum der Rechtskräfte einengen. Nicht Worthülsen stehen zur Wahl, sondern politische Inhalte. Wer gegen die Berufsverbote ist, kann weder CDU noch SPD wählen. Der kann nur DKP wählen. Ich bin gegen die Berufsverbote.

Konkret 08/76, S. 11

Hermann Peter Piwitt

Trotz Berufsverbot, Nato-Leber, Profit-Rekorden, Lohn-Stop, Feldwebel etc. nochmal SPD?

Bundestagswahl 76 -KONKRET befragt seine Autoren

Meine alte Mutter hat eine Menge Sprüche. Einer davon lautet: □ Die Deutschen binden sich die Kute immer selbst vor den Hintern!" Einer der Gründe dafür, daß sie das tun, ist, daß sie kein Nationalbewußtsein haben. Hätten sie Nationalbewußtsein, hätten sie Leute wie Strauß, Dregger, Carstens längst zum Teufel gejagt. Aber sie haben (und hatten) immer nur das (Welt)Reich in den Köpfen.

Die einzige (leidlich) nationale Partei, die wir haben, ist die DKP. Sie legt sich für den Bürger krumm, statt wie alle anderen nur den Tatsachen zu folgen, die das vaterlandslose Kapital schafft. Aber die DKP braucht Zeit (und Selbstkritik), ehe sie sich über Gemeinde-, Stadt- und Landesparlamente unentbehrlich gemacht hat. Bei der Bundestagswahl SPD-Stimmen an die DKP verschenken, hieße dagegen die Voraussetzung für ihre Abschaffung durch eine prospektive CDU-Regierung schon heute zu schaffen. Denn daß die DKP über fünf Prozent kommt, glaubt ja selbst ihr Parteivorsitzender nicht (siehe □ Stern" 28/76).

Es geht bei dieser Wahl einzig und allein darum, daß die demokratischen und nationalen Kräfte im Land eine Galgenfrist von vier Jahren bekommen. In dieser Zeit werden sich die Machtverhältnisse in Europa und der Welt mit großer Wahrscheinlichkeit derart zugunsten des Sozialismus verschieben, daß eine CDU-Regierung 1980 nicht mehr kann, wie sie gern möchte. Daß eine solche Galgenfrist von einer sozialliberalen Koalition immer noch eher zu erwarten ist als von der CDU, muß ich nicht erwähnen.

Man kann aus der Geschichte lernen, daß die Deutschen noch nie ohne Hilfe aus dem Ausland ihrer Zukunft Herr geworden sind. Die (dritte) Wiederkehr des multinational gesinnten vaterlandslosen deutschen (Welt)Reichsträumers ist, glaube ich, nicht mehr zu bremsen ohne die erstarkende nationale Linke in Westeuropa und der Dritten Welt. Das heißt nicht, daß wir die Hände in den Schoß legen und einen Berufsverbots-Befürworter oder einen Kalten Krieger wählen müssen, nur weil er unser SPD-Kandidat ist. Aber viehmehr als ‚splitten` können wir auch nicht; und sieht die DKP überhaupt eine Möglichkeit, irgendwo die notwendigen drei Direktkandidaten durchzukriegen, um in den Bundestag zu kommen?

Konkret 08/76, S. 11

Klaus Staeck

Trotz Berufsverbot, Nato-Leber, Profit-Rekorden, Lohn-Stop, Feldwebel etc. nochmal SPD?

Bundestagswahl 76 -KONKRET befragt seine Autoren

Trotz □ trotz" werde ich wieder SPD wählen. Was, um Himmels willen, sollte ich eigentlich sonst wählen? Etwa die oder/statt-Partei, weil ich es nicht erwarten kann, endlich am eigenen Leibe zu erfahren, wie CSU/CDU ihre ständige Ankündigung in die Tat umsetzen werden, mir endgültig □ das Handwerk zu legen"? Meine Phantasie reicht aus, mir die Schlagkraft eines Strauß/Dregger-Regimes vorzustellen.

Wer eine Partei sucht, die man ohne □ trotz" wählen kann, sollte es lieber mit einer religiösen Gemeinschaft versuchen. Jene aber, die immer noch nicht begriffen haben, worum es geht und partout einer linken Sekte ihr elitäres Stimmchen schenken wollen, sollten doch Strauß bitte direkt wählen, statt über Umwegen. Auch dafür hält die Linksschickeria ja eine □ revolutionäre" Theorie bereit.

Unter □ progressiven Intellektuellen" gehört es seit langem zum guten Ton, sich einer Sympathie für die SPD immer etwas zu schämen, sich dafür entschuldigen zu müssen. Mich hat nie gestört, wenn mich die Töchter und Söhne der feinen Gesellschaft, von welcher Position auch immer, als Sozialdemokrat ausgelacht haben. Sollen sie lachen. Strauß lacht auch viel. Gemeinsamkeiten verbinden.

Der Stimmzettel zwingt jeden, sich zwischen realen Alternativen zu entscheiden, so dürftig sie ihm auch erscheinen mögen. Wie man es auch dreht und wendet: in der gegenwärtigen politischen Situation wird mit jeder Stimme gegen die SPD die Reaktion gestärkt. Wer sonst eigentlich sollte sie aufhalten. Niemand sollte hinterher kommen und behaupten, das habe er nicht gewußt. Dabei ist absolut nichts Heroisches dabei, SPD zu wählen, aber es ist realistisch, wenn man nicht will, daß es schlimmer kommt.

Konkret 08/76, S. 12

Henning Venske

Trotz Berufsverbot, Nato-Leber, Profit-Rekorden, Lohn-Stop, Feldwebel etc. nochmal SPD?

Bundestagswahl 76 -KONKRET befragt seine Autoren

Wählen zwischen was?
Zwischen Unilever und United Fruit? Butterberg und Apfelschwemme?
Zwischen Volks und Wagen? Trimmdick- und Profit?
Zwischen Konjunktur und Kapitalismus? Steuererhöhung und Lohnstop?
Zwischen Schleyer und Neuer Heimat? Frankfurter Westend und Eckhoffstraße?
Zwischen Berufsverbot und Radikalenerlaß? Maulkorb und Medienpolitik?
Zwischen Konfessionsschule und Numerus Clausus? Walden und Feddersen?
Zwischen 218 und 88a? MEK und putativer Notwehr?
Zwischen Verfassungsschutz und Telefonabhören? Buback und Vogel?
Wählen zwischen was?
Zwischen Geheimdienst und Spionage? CIA und KGB?
Zwischen Korruption und Bestechung? Lockheed und HS 30?
Zwischen Aufrüstung und Abschreckung? Leber und Wörner?
Zwischen Prag und Pretoria? Barcelona und Bautzen?
Zwischen Zentralkomitee und Junta? Freiheit und Sozialismus?
Zwischen Macht und Herrschaft? Ost- und Westpolitik?
Wählen zwischen den Austauschbaren?
Wählen zwischen Verhungern und Verdursten?
Ich denke, es gibt keine Wahl. Es gibt eine Alternative.
Die kann man nicht wählen,
Ich wähle nicht.

Konkret 08/76, S. 12

G□ nter Wallraff

Trotz Berufsverbot, Nato-Leber, Profit-Rekorden, Lohn-Stop, Feldwebel etc. nochmal SPD?

Bundestagswahl 76 -KONKRET befragt seine Autoren

Ja, ich wähle wieder mal das kleinere Übel. Das wird zwar immer größer -aber die kommende Scharfrichtergarde der Dregger, Carstens, Strauß würde einen autoritären Staat errichten, dessen Strukturen dann kaum mehr zu durchbrechen wären.

Sicher, auch viele CDU-Anhänger und ihre Presse bescheinigen Schmidt/Leber, daß die eine bessere Unions-Politik machen als es Kohl/Strauß je möglich wäre. Und es hat ja in der Tat bei uns auch nie ein wirklicher Machtwechsel stattgefunden. Trotz Regierungswechsel behielt an den wichtigen Schaltstellen, in den Ministerialbürokratien, im Auswärtigen Amt, in den Lobbys vor allem die alte Garde das Sagen. Und die SPD stand mit ihrer knappen Mehrheit immer nur mit dem Rücken zur Wand, hat aus taktischen Gründen stets befürwortet oder bestenfalls abgemildert, was ihr von rechts diktiert wurde. Eigenvorstellungen hat sie in dieser Situation kaum entwickelt, geschweige denn durchgesetzt. Aber ich kann mir vorstellen und hoffe, daß ein Stimmenzuwachs bei dieser Bundestagswahl das Selbstbewußtsein der Sozialdemokraten stärken wird. Ich hoffe auch auf eine Klimaveränderung innerhalb der Sozialdemokratie, hoffe auf Zuwachs von Politikern wie Hansen und Gansel oder natürlich auch Brandt, der sich bisher als einziger SPD-Exponent öffentlichkritisch zu den Berufsverboten geäußert hat. Vielleicht ist das alles Illusion, aber. was bleibt? Die kommunistische Partei kann ich in der Bundesrepublik nicht wählen - eine Frage, die sich mir in Italien anders stellen würde Ich weiß die DKP ist zu eingeigelt.

Aber die DKP ist zu eingeigelt und abhängig. Ich weiß, es hat historische Ursachen; durch die Zeit der Verfolgungen und Illegalität ist dieses zu pauschale politische „Heimatverständnis" mit den ganzen vorschnellen Befürwortungen auch der sichtbarsten und eklatantesten Machtmißbräuche Bürokratisierungsformen und Fehlentwicklungen in sozialistischen Staaten zwar erklärbar, aber auf Dauer nicht entschuldbar. In einer Situation, in der es um die Weichenstellung für eine langfristige Politik geht, ist die SPD, die ja nicht allein aus opportunistischen karrierebesessenen Kulissenschiebern besteht, sondern gerade auch über aktive Unterbezirke Gewerkschaftsbasis und Jusogruppen verfügt, für mich zur Zeit die einzige Partei, die eine weitere Klimaverbesserung im gesellschaftlichen Mikrobereich herzustellen in der Lage ist. Wohl ist mir allerdings bei dieser Stimmabgabe, muß ich gestehen, nicht.

Konkret 08/76, S. 13

Heinrich Böll

"Anwälte der Freiheit"

Die Verfassungsschutz-CDU tarnt sich für den Wahlkampf als liberale Partei. Heinrich Böll mißt die Freiheitsparolen des Chef-Verschleierers Biedenkopf an der Wirklichkeit.

Der Ausdruck "Anwalt der Freiheit", der CDU als Wahl-Leibbinde verpaßt, kommt in Biedenkopfs programmatischer Rede auf dem Hannoverschen Parteitag mindestens sechsmal vor (ich habe danach aufgehört zu zählen; Abdruck der Rede in der "Frankfurter Rundschau" vom 4.6.76). Fast ebensooft kommt das Wort "ordnungspolitisch" vor.

Nun weiß ich natürlich, daß Ordnungspolitik und Freiheit nicht unbedingt einander ausschließen, und ein Wahlslogan "In Ordnung und Freiheit" könnte einen schon nachdenklich machen, weil sich einer überlegen müßte, wo die Ordnungspolitik gewisse Freiheiten oder gar Überfreiheiten einschränken müßte. Nicht nur die Freiheit der "Radikalen", die man hierzulande auf eine schändliche Weise in einen Topf wirft mit Terroristen, Anarchisten; es ist ja nicht jeder "Radikale" ein Anarchist, es ist nicht jeder Anarchist ein Terrorist, und am wenigsten terroristisch oder anarchistisch sind zum Beispiel die Mitglieder oder Anhänger der DKP. Welch ein Durcheinander von Begriffen, welch eine Verwirrung, wieviel Tausende von Möglichkeiten des Mißverständnisses, der Verleumdung. Die "Anwälte der Freiheit" sollten sich einmal Gedanken darüber machen, was da alles angerichtet wird und worden ist.

Natürlich kann man mit "Differenzierungen" innerhalb dieser Springer-Terminologie keine Wähler gewinnen, und so ist denn auch in Biedenkopfs Rede nicht ein einziges Wort des - sagen wir - "Verständnisses" für einige Erscheinungsformen der Radikalität zu entdecken. Die Rede ist, was man "gut gebaut" nennt, das ist beste akademische Tradition, in Aufbau, Thematik, Ausführung, und doch fand ich sie auf eine enttäuschende Weise nichtssagend: Man würde doch gerne einmal wissen, was die "Anwälte der Freiheit" mit diesen jungen Leuten vorhaben; ob sie sie mit etwas mehr als opportunistischen Argumenten und mit etwas mehr als Anpassungsmotiven aus ihrer Isolation herausholen wollen.

Die statistische Dimension - 462 von rund 480.000 abgelehnt - ist ja nur *eine,* und es wäre durchaus eines Politikers würdig, sich auch einmal Gedanken darüber zu machen, was aus diesen 462 einschließlich ihrer Angehörigen wird. Die zweite Dimension - Diffamierung innerhalb etwa des Wohnbezirks, Nachbarhäme, ökonomische Folgen - wird ja kaum sichtbar, und sie betrifft weit mehr als 462. Das Argument, es brauche ja nicht jeder Beamter zu werden, ist geradezu Hohn: In der Bundesrepublik kann man nun einmal nicht Lehrer werden, ohne Beamter zu sein; und daß es schwarze Listen gibt, die den Betroffenen auch in der sogenannten freien Wirtschaft die Türen verschließen, dem wird ja nicht widersprochen. Die Anzahl der unmittelbar Betroffenen verdeckt die Anzahl der mittelbar Betroffenen, die noch keiner kennt.

Viel Arbeit für die Anwälte der Freiheit, die noch keinerlei Signal dafür geben, daß sie für so etwas wie "Amnestie" plädieren, oder gar "Gnade vor Recht" erwirken wollen. Kein Signal dafür, daß sie diese Schande auslöschen wollen. Im Gegenteil: der Tonangeber in Baden-Württemberg, der außerdem noch einen hohen Wahlsieg aufweisen kann, weicht keinen Millimeter zurück; in seinem - des Tonangebers - Land gefährden 15 oder 17 chilenische Flüchtlinge (noch keinem einzigen chilenischen Flüchtling in der Bundesrepublik ist irgend etwas politisch "Radikales" nachgewiesen worden) die Freiheit, deren Anwalt die CDU sein will.

Eine weitere Folge des Radikalenerlasses: Einschüchterung. Nicht nur Studenten, auch schon Mitglieder der Lehrkörper (nicht linke, sondern brave Liberale) unterdrücken Gedanken, die möglicherweise als "radikal" verstanden werden könnten. Die lähmende Wirkung ist schon sichtbar. Da sitzt ja wohl irgendeiner, der nicht nut mithört, auch mitschreibt (nein, kein Beauftragter des Verfassungsschutzes, dessen braucht es gar nicht: Irgendeiner wittert eine "radikale" Äußerung möglicherweise über das Bodenrecht oder - um Himmelswillen - Kritik an der sozialen Marktwirtschaft -, und überall gibt es freiwillige "ordnungspolitische" Helfer, die so etwas gern zu Papier bringen und weiterleiten). Welch ein Gezücht wird da ausgebrütet! Oh, ihr Anwälte der Freiheit, wollt ihr wirklich so etwas wie eine Karnickelgesellschaft, ihr, die ihr gleichzeitig nach geistiger Erneuerung ruft und euch auf christliche Werte beruft?

Man braucht kein Linker, und schon kein linker Intellektueller zu sein, um Biedenkopfs so vielbejubelte Programmrede nichtssagend zu finden. Viele große Worte, ein bißchen Angst vor dem Sozialismus (was ist das eigentlich?) geschürt - und aus. Nicht ein Funken "geistige Erneuerung", und wenn das christliche Werte waren (die Biedenkopf diesmal nicht beschworen hat), dann müssen die christlichen Werte recht fad sein.

Was wird geboten? Nichts und noch einmal nichts. Eine Passage in Biedenkopfs Rede läßt vielleicht doch die Ausnahme von "nichts" zu: "Es ist unsere Aufgabe als politische Partei, als Anwalt der Freiheit, diesem Prozeß (der Schritt für Schritt vorgenommenen Einschränkung der persönlichen Freiheit) entgegenzutreten, und zwar auch dann, meine Freunde, wenn bei einzelnen Schritten und einzelnen Maßnahmen gegen die Unterspülung des freiheitlichen Fundaments auch *Besitzstände in unseren eigenen Reihen betroffen und gefährdet werden*" (Betonung von mir).

Da horcht man ja doch auf: Sind also die Besitzstände der Freunde von Herrn Biedenkopf bisher noch nicht betroffen und gefährdet, obwohl die Fundamente schon unterspült sind? Und will er seine Freunde veranlassen, *freiwillig auf* Besitzstände zu verzichten? Das ließe sich, etwa auf Grundbesitz angewendet, ja hören. Ich habe an dieser Stelle (man ist ja nicht verwöhnt) ein bißchen Hoffnung geschöpft, sie rasch wieder verloren, weil da so wenig konkret klingt, so widersprüchlich, und weil ich nicht erfuhr, welche Besitzstände da gemeint sein könnten. Und außerdem: Wer wollte die freiwillig aufgegebenen Besitzstände denn verteilen oder verwalten? Soll das einfach so "unters Volk" gestreut werden, wie die Kamellen des Prinzen Karneval in Köln? Müssen da nicht doch wieder "Bürokraten her", die diese aufgegebenen Besitzstände verwalten? Und täten sie's auch nur "aus Liebe zu Deutschland" (das war übrigens süß, wie Margret Thatcher das "aus Liebe zu Deutschland" aussprach!).

Nein, ich bin froh, daß es da ein paar Anwälte der Freiheit außerhalb der Bundesrepublik gibt: Sie sollen sich nicht zu rasch beruhigen lassen. Es gibt nicht mehr nur die statistische Dimension, nicht nur Verwaltungsakte; es ist inzwischen ein Problem der Vergiftung - der Kampf gegen die Langhaarigen war ein Witz dagegen, denn lange Haare kann man immerhin *sehen*. Was da jetzt angerichtet worden ist in Familien, Schulen, Universitäten, bei Lehrlingen und Professoren, welche Angst vor unvorsichtigen Äußerungen, Handlungen, (möglicherweise sogar Gedanken!) - ich kann mir nicht denken, daß sich irgend jemand, der sich ernsthaft konservativ definiert, daran Freude haben kann. Das Schlimmste ist, daß wir den Verfassungsschutz, was *diese* Ebene der Beobachtung angeht, in Zukunft kaum noch brauchen werden: Das regelt sich von selbst, spielt sich ein, die Angst der Eltern um die Zukunft ihrer Kinder tut ein weiteres. Und so sieht dann unsere geistige Erneuerung aus; wir brauchen Orwells Visionen gar nicht zu bemühen, es braucht kein Telefon mehr abgehört, es brauchen keine Wanzen mehr installiert zu werden: Wo es so viele "Verfassungsfeinde gibt, gibt es noch mehr - freiwillige und unbezahlte - Verfassungsschützer. Eine schöne Aufgabe für die Anwälte der Freiheit - und für Toxikologen! Wir wollen sein ein einzig Volk von Denunzianten!

Konkret 08/76, S. 15

Günter Wallraff

Bei den roten Bauern im Alentejo

Welchem unvorstellbaren Elend die Revolution vom 24. April 1975 in Portugal ein Ende gemacht hat, läßt Günter Wallraff hier einen der befreiten Landarbeiter und einen portugiesischen Schriftsteller berichten - und setzt dagegen, was die Presse der „freien Welt" dazu sagt. Wallraff notiert aus eigener Erfahrung: Drei Monate hat er mit seiner Kollegin Hella Schlumberger auf einer Landwirtscharts-Kooperative im Süden des Landes, im Alentejo, gelebt und gearbeitet

Antonio Miguel Felix Cabeça, 30, wohnt mit zwei Söhnen, drei und neun Jahre alt, und 68jähriger Mutter in einer Blechhüttenansiedlung vor Alvalade. Jeden Morgen holt ihn ein Traktor mit Anhänger zur Kooperative. Neben seiner selbstgebauten, zusammengeflickten Hütte ist in einem Bretterverschlag sein privater Reichtum untergebracht: eine Milchkuh. Wenn seine Mutter, die die Kuh melkt, einmal nicht mehr lebt, will er diesen „Privatbesitz" in die Kooperative mit einbringen. „Dann wird die Kuh geschätzt, ich erhalte den Wert ausgezahlt, und sie gehört allen Arbeitern."

Vor der Revolution hatte Antonio Miguel als Tagelöhner beim Großgrundbesitzer José Mateus gearbeitet, dessen über 1000 Hektar Land jetzt von den Arbeitern in die Kooperative „Humberto Delgado" umgewandelt wurden. Mateus, 79, bewohnt heute eines seiner Häuser in Grandola und lebt von seinen nicht geringen Rücklagen, sein Sohn hat sich nach Brasilien abgesetzt.

Antonio Miguel erinnert sich:

„Im Faschismus mußten wir zur Erntezeit morgens um vier Uhr zur Arbeit antreten. Auch wenn die Sonne noch so brannte, wir mußten bis Sonnenuntergang aushalten. Aufseher überwachten uns bei der Arbeit. Wenn jemand nicht genug leistete oder einmal vor Erschöpfung umfiel, wurde er sofort entlassen. Es kam vor, daß welche Blut spuckten. Zu essen gab's fast nichts. Außer Brot, aber auch davon zu wenig. Selbst von den Trauben bei der Weinlese durften wir nichts essen; die „Guarda" (Nationalpolizei) paßte dann besonders scharf auf.

„Das einzige, was reichlich und kostenlos verteilt wurde, war Wein. Drei Liter am Tag. Es steckte Absicht dahinter. Es gab nur wenige Arbeiter, die dem widerstanden und lieber Wasser tranken. Manche wurden so zu Alkoholikern. Der Wein machte die Leute träge, apathisch, sie waren immer leicht benommen und ließen sich umso mehr gefallen.

„Wenn sich jemand beschwerte, wurde er von dem Aufseher G. Alves oder von Mateus geschlagen. Selbst Kinder wurden geschlagen. Wenn jemand über Hunger klagte, war er gleich ein Kommunist. Alle Arbeiter hatten Angst vor Ze Mateus. Er hatte ein Fernglas, mit dem er sich auf einem Hügel postierte. Niemand durfte sein Land betreten, selbst wenn es seit Jahren brach lag. Kam ein Fremder, rief er sofort die Guarda und ließ den Mann verprügeln. Oft mußte der noch Strafe zahlen. Hundert Escudos Strafe waren keine Seltenheit. Vor 15 Jahren bekam ein Arbeiter 18 Escudos (1,80 Mark), eine Frau bekam zehn am Tag. Man konnte froh sein, überhaupt zum Ernteeinsatz geholt zu werden.

Die Überlebensrationen der Landarbeiter in den Monaten der Nichtbeschäftigung bestanden aus Wurzeln, Kräutern und Eicheln, die für die Schweine bestimmt waren, und die mußten noch „gestohlen" werden. Das Wort „stehlen" im Sinne von „Mundraub" hatte im Faschismus deshalb bei ihnen keine negative Bedeutung.

Antonio Miguel erzählt, wie aus Polizisten „Sozialisten" wurden

„Mateus hatte zur Guarda beste Kontakte. Man hatte den Eindruck, es wären seine Angestellten. Auf seinen Wink taten die Polizisten alles für ihn. Er schickte ihnen regelmäßig Milch, Kartoffeln, Weizen, 01 und Fleisch, und sie brauchten es nicht zu bezahlen. Jedes Jahr schlachtete er ein Schwein für die Guarda. Wir sagten dann: Ein Schwein für die Schweine!

„Nach der Revolution taten sie wie Freunde, hatten sich rote Nelken angesteckt, tranken mit uns in den Kneipen und nannten sich, ohne gefragt zu sein, „Sozialisten" und „Kommunisten". Seit dem 25. November 1975 (Vordringen der Rechten nach dem mißglückten Aufstand linker Fallschirmjäger; G. W.) kommen sie uns wieder wie die Wölfe, schnüffeln bei uns herum und halten Mitglieder der Kooperativen auf den Straßen an und fragen, obwohl sie sie kennen, nach den Papieren. Wenn sie jemand nicht bei sich hat, verlangen sie Geldbußen.

„Nach der Revolution hatte Mateus alle Arbeiter entlassen, bis auf vier, die sein Land bewachen sollten. Dann versuchte er, wie es bei den Großgrundbesitzern üblich war, das Vieh zu verkaufen und die Ernte nicht mehr einholen zu lassen. Damit sollte die Versorgung der Bevölkerung sabotiert werden. Er hatte bereits ein Drittel der Kühe und Schafe nach Spanien verkauft, als seine vier Getreuen vor drei Monaten wieder 50 Kühe zum Bahnhof treiben mußten, um sie zum Schlachthof zu verladen. Da haben wir uns zusammengetan und die Kühe vom Bahnhof auf die Weide zurückgetrieben und dann das Land besetzt. So ist die Kooperative „Humberto Delgado" entstanden. Viele Kooperationen sind so erst durch die Sabotageaktionen der Großgrundbesitzer zustandegekommen, als äußerstes Notwehrmittel.

„Wenn ein Arbeiter eine hübsche Tochter oder Frau hatte, konnte er noch am ehesten mit einer Arbeit rechnen. Hatte er das aber nicht, so mußte er, wenn er eingestellt wurde, die schwerste Arbeit machen. Sowohl Mateus wie auch andere Großgrundbesitzer nahmen sich die Mädchen und Frauen, wie es ihnen paßte.

„Der Gutsbesitzer Joâo dos Santos, genannt „Senhor quer tudo" (der Herr, der alles will), war besonders wild hinter unseren Töchtern her. Wenn ein hübsches Mädchen bei ihm arbeitete, mußte er es gleich besitzen. Vor fünf Jahren schwängerte er die 15jährige Tochter des Arbeiters Pistola. Er schleppte sie zu seinen Freunden bei der Guarda, die sie erpreßten, ein Dokument zu unterschreiben, daß das Kind von ihrem eigenen Vater stamme. Zum Glück kannte Pistola einen fugen Priester, der sich einsetzte und den Fall vor Gericht brachte. Da schon große Unruheinder Bevölkerung entstanden war, wurde „quer tudo" pro forma zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Aber er war die geringste Zeit darin. Erkaufte ein Landhaus in der Nähe des Gefängnisses, fuhr ständig mit seinem Mercedes aus und führte seine Geschäfte weiter. Heute lebt er auf dem Gut „Misericordia", das bis jetzt noch nicht besetzt wurde."

Antonio Miguel beschreibt die Gesundheitsversorgung

„Im Faschismus weigerten sich in der Regel die Ärzte, in unsere Elendsquartiere zu kommen. Dr. Fernandez, der einzige Arzt in der Gegend, hielt im Café in Alvalade seine Sprechstunde ab. Er ist über 70 und seit 40 Jahren hier. Als mein Sohn mit sieben Jahren an Meningitis (Gehirnhautentzündung) erkrankte, ließ er sich von meiner Frau mitten im Café die Symptome beschreiben und verordnete Tabletten. Die falschen. Mein Sohn wurde stumm. Es sind viele gestorben, weil er sie nicht behandelte.

„Heute, muß man sagen, ist Dr. Fernandez allerdings trotz seiner alten Tage eifriger. Er bietet den Arbeitern der „ECA" (von Arbeitern besetzte und übernommene Tomatenfabrik, G. W.) an, sie krankzuschreiben, solange sie wollen, selbst wenn sie gesund sind. Als jetzt die Grippewelle war, hat er welche gefragt: ‚Wie lange willst du krankgeschrieben werden, zwei oder drei Monate?'“ 70 Prozent der Ärzte Portugals haben sich in den größeren Städten niedergelassen, dort wiederum vor allem in den Vierteln der Wohlhabenden. Die ärztliche Versorgung der Landbevölkerung war zur Zeit des Faschismus die rückständigste Europas. Die Kindersterblichkeit lag in vielen Gegenden bei über 60 Prozent. So war es keine Seltenheit, daß ein Kreiskrankenhaus auf dem Land nicht mal ein Röntgengerät besaß, der Privatarzt für die Prominenten der Stadt dagegen über eine Privatklinik mit den modernsten Apparaturen verfügte.

Die Kindersterblichkeit war erschreckend hoch, es war schwierig, das dritte Lebensjahr zu erreichen, 15 Jahre alt zu werden, war schon Glückssache, da die immer wiederkehrenden Epidemien wie Pocken, Tollwut, Cholera, Typhus die ausgehungerten Körper dahinrafften. Die Menschen, die 20 wurden, waren sozusagen aus Eisenbeton. Es hatte eine „natürliche Auslese" stattgefunden.

Miguel Antonio spricht für seine Genossen im Alentejo, wenn er sagt: „Einige Großgrundbesitzer, die sich nach Spanien oder Brasilien abgesetzt haben, bezahlen ihre alten Verwalter weiter, weil sie glauben, sie könnten in einiger Zeit ihre Güter wieder übernehmen. Aber wir werden nie wieder zu den alten Zeiten zurückkehren. Wir im Alentejo werden unser Land zu verteidigen wissen und eher sterben, bevor wir unser Land hergeben. Wenn wir von einer rechten Regierung dazu gezwungen werden sollten, liefern wir keine Nahrungsmittel mehr nach Lissabon, dann verbrauchen wir selbst, was wir anbauen."

Die Bauern waren Parias und Sklaven

Manuel da Fonseca, Schriftsteller aus dem Alentejo, der das Leben der Landbevölkerung in seinen realistischen Romanen darstellt, heute in Lissabon lebt und an einem Theaterstück über die Agrarreform arbeitet, berichtet:

„Es war eine besondere Form der Sklaverei im Alentejo. Ich habe mich viel auf dem Land aufgehalten und kann von Dingen erzählen, die ich selbst erlebt habe. Nur ein Beispiel: ich komme in ein Dorf, in dem ich nie gewesen war. Es war vier Kilometer von der Bahnstation entfernt, zu erreichen über einen unbefestigten Weg, auf dem man knöcheltief im Sand

versinkt. Ich ging in das erste Bauernhaus, wo ich niemanden kannte, wurde sofort als Gast freundlich aufgenommen und wohnte einige Wochen dort."

„Es sind wirkliche Parias dort. Von den höheren Schichten verirrte sich nie jemand zu ihnen, sie haben eine Berührungsangst davor. Sogar nach der Revolution kann man es selbst bei linken Intellektuellen beobachten, daß sie sich verbal mit diesen Bevölkerungsschichten solidarisieren, jedoch den unmittelbaren Kontakt aus einem überlieferten Berührungsverbot heraus meiden."

„Dieser Einödweiler, 25 Kilometer vom nächsten größeren Ort - Santiago do Cacem -entfernt, hat einen kleinen Friedhof, dan man gar nicht als solchen erkennen kann. Der Wind bläst die Getreidekörner dort hin und so ist alles zugewachsen. ‚Wie beerdigt ihr eure Leute?` fragte ich - ‚Wir graben ein Viereck, und dann kommen die Toten dort rein.` -Die Armut war so groß, daß ein Sarg unerschwinglich war. Priester sind weder bei Beerdigungen noch bei Hochzeiten zugegen. Der Alentejo ist nicht religiös, im Gegensatz zum Norden hat sich die Bevölkerung nie durch die Kirche einschüchtern lassen."

Im Alentejo weiß man: Der Priester ist der natürliche Feind

„Nördlich des Tejo und auch im Algarve lassen sich die Priester weitgehend von der Bevölkerung aushalten. Dort werden ihnen Haus, Lebensmittel und Geld zur Verfügung gestellt. Jedes Jahr werden von den Familien ein oder zwei Feste veranstaltet, zu Ehren des Dorfpopen. Da findet ein Tauschgeschäft materielle gegen geistliche Ware statt. Die armen Leute tafeln das Beste vom Besten auf, was sie sich selbst nie leisten können. Im Gefolge des Priesters erscheinen Typen mit Säcken in der Hand, die Pfarrhelfer, und packen die Gaben, wie Hühner, Puter usw. ein. Dafür segnet der Priester das Haus."

„Im Alentejo aber gibt es eine vollkommene Trennung zwischen Landarbeitern und Priestern. Dort gibt es laut Statistik die meisten Zivilehen und viele Paare auch mit Kindern - leben unverheiratet zusammen und werden ganz selbstverständlich toleriert. Hier fing die Kirche an, die Leute zu belohnen, die sich noch nachträglich trauen ließen. Aber dieser Versuch fand im Alentejo keinen großen Anklang, da der Alentejaner fühlt, daß der Priester sein natürlicher Feind ist. Die Priester waren immer für die Reichen da."

„Es gab zwei Arten von Landarbeitern. Diejenigen, die nur zum Ernteeinsatz geholt wurden - drei bis sechs Monate im Jahr -und den Rest des Jahres über sehen konnten, wie sie überlebten, das waren die ‚Parias` (etwa zwei Drittel), die anderen waren bessere Sklaven. Der jüngste Sohn der Familie, bei der ich lebte, war 18 Jahre alt. Er hatte einen Wunsch im Leben, nämlich den, ein Hemd zu besitzen. Er hatte nie ein Hemd besessen."

„Es war eine Trostlosigkeit und Verlassenheit in diesen Gegenden, über die selten etwas in die sogenannte zivilisierte Welt drang und erst recht nicht ins Ausland, denn wer wollte sich schon dort hin verirren. Dort zum Beispiel, wo ich zu Gast war, gab es weder einen Brunnen noch eine Quelle. Das Wasser mußte oberirdisch aufgefangen werden. In Trockenzeiten wurden Krüge auf einen Karren geladen, ein Esel vorgespannt, der dann in eine Höhle getrieben wurde, damit das herunter tropfende Wasser eingesammelt wurde. Dadurch wurden Epidemien verursacht. Im vergangenen Jahr noch gab es in dieser Gegend 18 Tote. Den Erkrankten schwoll die Zunge an, so daß sie über die Beschwerden und Ursachen der Krankheit nichts aussagen konnten. Sie hatten keinen Arzt, hätten auch keinen bezahlen können. Immer wieder kam es dort zu Typhus- und Choleraepidemien. In den seltensten Fällen gibt es so etwas wie Toiletten, selbst Plumpsklos sind so gut wie unbekannt. Man hockt sich hin ter die Hütten auf die Felder zur Verrichtung der Notdurft. Hygienekampagnen werden erst seit der Revolution durchgeführt, aber so etwas geht nicht von heute auf morgen."

Portugal-Berichte aus dem Luxushotel

Mit zynischer Ignoranz, meist wider besseres Wissen, leistet unsere „freie" Presse bis hin zu „Zeit" und „Spiegel" den enteigneten portugiesischen Großgrundbesitzern publizistisch Beihilfe zur Sabotage.

Im „Spiegel" vom 2. 2. 76 werden die wirklichen Ereignisse einfach auf den Kopf gestellt, um die beabsichtigte Wirkung zu erzielen: „Sie (die Landarbeiter) jagten die Eigentümer davon, soweit diese nicht ohnehin fern von *ihrem* Gut in Lissabon residierten, und verkauften Vieh sowie Maschinen, um erst einmal den Fonds für ihre *überhöhten* Löhne aufzufüllen. Wegen der hastigen und chaotischen Landbesetzungen erwarten Agrarexperten, daß die landwirtschaftliche Produktion im Vergleich zu den Vorjahresernten in diesem Jahr um 30 Prozent sinken wird. Doch *schon jetzt* sind Lebensmittel in den portugiesischen Städten rar und teuer."

Setzt der „Spiegel` die monatlichen Hungerlöhne im Faschismus, die selten 1000 Escudos (90 Mark) überstiegen, als Norm, sind die jetzt von der Regierung festgesetzten Landarbeiterverdienste von 4000 Escudos (360 Mark) sicher „erhöht". Im übrigen werden diese Löhne vom Agrarministerium auf Kreditbasis gewährt, rückzahlbar mit sechs Prozent Zinsen, wenn die Kooperativen ihre ersten Überschüsse abwerfen. Zahlreiche Kooperativen - so auch die „Uniáo faz a forca" - bestreiten von diesen immer noch schmalen Löhnen noch Einkäufe von Saatgut und Dieselsprit für den Traktor.

Im Gegensatz zu den Hoffnungen der Agrarexperten vom „Spiegel" haben die von Kooperativen eingebrachten Ernten trotz der durch die Sabotageaktionen der Großgrundbesitzer „chaotischen" Startbedingungen bis zu 30 Prozent höhere Erträge gebracht. Die schadenfrohe Mittelung des „Spiegel", daß Lebensmittel „schon jetzt rar und teuer" seien, verschweigt wiederum den Tatbestand, daß durch die jahrzehntelange Raubbauwirtschaft der Großgrundbesitzer die Versorgung der eigenen Bevölkerung nie gewährleistet war. 65 Prozent der Lebensmittel mußten aus dem Ausland eingeführt werden, da die Latifundisten danach trachteten, aus „ihrem" Boden in möglichst kurzer Zeit möglichst viel Geld herauszuholen.

Durch das Anpflanzen von Eukalyptuswäldern (alle zehn Jahre abzuernten) für die ausländische Papierindustrie; der Boden wird dadurch so ausgelaugt, daß dort für Jahre nichts anderes mehr angepflanzt werden kann. Das Anlegen riesiger Korkeichenwälder (alle acht bis zehn Jahre Abschälen der Korkrinde) bei niedrigsten Lohnkosten brachte jahrzehntelang - bis in der Bauindustrie Kork durch Kunststoffe verdrängt wurde - ebenso hohe Rendite (Über die Hälfte des Korks auf dem Weltmarkt kam aus Portugal).

Erst nach der Revolution, seit die Landarbeiter über die Hälfte des Landes im Süden besetzten (über eine Million Hektar), bestimmen sie selbst, beraten von örtlichen Experten des Agrarministeriums, was in welcher Folge angebaut wird. Erstmals auch unter dem Gesichtspunkt der Selbstversorgung der Landbevölkerung, unter weitgehender Ausschaltung der Zwischenhändler. So habe ich erlebt, wie Kooperativen ihre Produkte selbst auf den Markt brachten, zu wesentlich billigeren Preisen als im Faschismus, wie in Dörfern, von der Bevölkerung genossenschaftlich verwaltet, die ersten „Supermärkte" entstanden, mit Produkten aus den Kooperativen.

In Pias bei Beja zum Beispiel konnte die Bevölkerung dank der Direktverteilung Apfelsinen zur Hälfte des im Faschismus üblichen Preises einkaufen, und die Liefer-Kooperative konnte noch dank der Ausschaltung des früher monopolisierten und die Preise drückenden Zwischenhändlers 30 Prozent mehr Gewinn für weitere gemeinschaftliche Aufgaben verbuchen Ich habe drei- bis fünfjährige Kinder auf Kooperativen getroffen, die seit der Landübernahme in ihrem Leben zum ersten Mal Kuh- oder Ziegenmilch zu trinken bekommen haben. Milchkühe sind aber immer noch eine Seltenheit auf dem Land, weil im Faschismus damit nicht das schnellste Geld zu machen war und die begüterten Schichten es sich leisten konnten auch ihre Milch aus dem Ausland zu importieren.

All das zählt nicht für das Gros der Korrespondenten und die durchreisenden Abgesandten der bürgerlichen Blätter, die sich ihre vorgefaßten Meinungen lieber in den Bars der Lissabonner Luxushotels einhandeln und bestätigen lassen. Es sieht schon nach konzertierter Hetzaktion aus, wenn vier Tage nach dem „Spiegel"-Bericht der „Zeit"-Redakteur Horst Bieber, der zuvor aus Chile sehr viel Positives zu berichten hatte, aus Portugal ganzseitig eine Höllenvision zeichnet:

„Dabei schießt in der Verzweiflung die Sehnsucht nach der alten Zeit ins Kraut. Eine gängige Bemerkung heißt: ‚Ein Salazar reicht jetzt nicht mehr, er muß seinen Sohn mitbringen.'... In den Schlangen vor den Lebensmittelläden wird lauthals geschimpft: ‚Unter Caetano ging's uns besser. Zum Teufel mit den Sozialisten.`

Einmal abgesehen davon, daß in den portugiesischen Lebensmittelläden, Gemüse-, Obst- und Fleischmärkten Schlangestehen bisher nicht vorkommt, legt der unter der Maske des liberalen Journalisten reisende Imperialismus-Freund entweder seine eigenen Wunschträume dem „Volk" in den Mund oder er zitiert Kunden eines der wenigen Delikatessengeschäfte, denen es sicher unter Salazar und Caetano besser ging (Von Arbeitern und Angestellten sind derartige Äußerungen nicht zu hören, sie haben genug unter dem Faschismus gelitten, und wenn es ein hirnverbrannter Einzelner aus der besitzlosen Schicht wirklich so meinte, würde er es sicher nicht öffentlich äußern.).

Zur Verschleierung des eigenen Standpunktes, und um die darauf folgende Sage glaubhafter zu machen, nimmt Bieber im Absatz danach eine ganz im Gegensatz zu seiner sonstigen Aussage stehende plump-heuchlerische Wertung vor:

„Mit bösartiger Härte geht die Armee gegen das 30 000-Mann-Heer fremder Linksradikaler in Portugal vor, die abgeschoben oder vertrieben werden -unter dem Beifall des ‚kleinen Mannes` den die Nachricht unsäglich erbittert hat, daß mancher dieser Utopie-Apostel mit 600 Mark pro Monat aus staatlichen Kassen unterstützt wurde: Viele Arbeiter verdienen weit weniger."

Ich habe auf diese Falschmeldung sowohl den Sprecher des Revolutionsrates Vasco Lourenco als auch den Landwirtschaftsminister Lopez Cardoso, beide PS, in persönliche Gesprächen und unter Zeugen angesprochen. Beide versicherten, daß es sich bei den sogenannten „unerwünschten Ausländern", die man lieber loshaben wolle, um einige Hundert bis Tausend handele, und daß bisher in keinem Fall Unterstützungssummen und erst recht nicht in dieser

Größenordnung gezahlt wurden, allenfalls mal eine Fahrkarte zur Grenze des jeweiligen Heimatlandes, wie es im Ausweisungsverfahren von allen Staaten gehandhabt wird.

Das Phantom eines „30 000-Mann-Heeres" von linken Ausländern wurde auch von Spinola - den Bieber an anderer Stelle positiv zitiert - in den Putsch-Verhandlungen in Düsseldorf aufgetischt, um so seinen eigenen Putschplan besser motivieren zu können. Ansonsten zirkuliert es über den Bundesnachrichtendienst, über Strauß und die Springer-Presse, um die Intervention der Reaktion aus dem Ausland nachdrücklich er begründen zu können. Dort, wo linke Studenten zusammen. mit der Landbevölkerung auf den Kooperativen wirklich gelebt und gearbeitet haben, sind sie in der Regel in bester Erinnerung.

Sie haben meist geringe Ersparnisse mitgebracht, fallen nicht zur Last, sind gekommen, um in und aus der Praxis zu lernen und sich gleichzeitig nützlich zu machen. Der bei einer Demonstration von der Guarda Republicana in Porto erschossene, in unserer Presse als „linksextrem" diffamierte, Hamburger Student Günter Bruns ist auf der Kooperative „Estrela vermelha", auf der er eine Zeitlang lang lebte, in bleibender Erinnerung. Eine 38jährige Landarbeiterin sagt über ihn aus:

„Er war sich für keine Arbeit zu schade und half auch bei Frauenarbeiten mit, die die portugiesischen Männer noch unter ihrer Würde ansehen, wie beim Olivenaufsammeln, beim Kartoffelschälen in der Küche und beim Spülen und Abtrocknen. Obwohl wir ihm als Gast ein Bett angeboten hatten, bestand er darauf, um uns keinen Platz wegzunehmen, im Stall au dem Stroh zu schlafen. Die ausländischen Studenten, die sich nicht zu schade sind, bei unseren primitiven Verhältnissen mit uns zu leben, sind uns immer sehr willkommen, denn sie zeigen uns, daß es aus dem Ausland nicht nur bösartige Verleumdung, sondern auch ganz praktische Hilfe gibt, und sie informieren im Ausland über unsere wirklichen Schwierigkeiten."

Auf der „Estrela vermelha" waren es solche „Utopie-Apostel", die ganz realistische Hilfe leisteten, zum Beispiel Medizinstudenten aus Hamburg und Frankfurt, di eine Sanitätsstation mit den wichtigsten Medikamenten einrichteten. Die Düsseldorfer Zeichnerin und „Utopistin` Marion Zeissler lebte ein halbes Jahr dort und half mit einfachen Bildsymbolen den über 70 Prozent Analphabeten zur Alphabetisierung. Auf der „Uniáo faz a forca" waren es vier junge linke schwedische Studenten, die einen echten Kader darstellten, morgens die Ersten waren und die unbeliebtesten Arbeiten wie Ställe ausmisten, Kartoffeln pflanzen usw. von sich aus auf sich nahmen. Daß derartige praktische Hilfe einen Schreibtischtäter vom Schlage Bieber „utopisch" erscheint, ist nur konsequent. Mit seinem eigenen politischen Standort rückt er dann auch am Ende des Artikels deutlich heraus: „;.. Unter einer Mitte-Rechts-Regierung mit fachkundigen Ministern bestünde jedoch begründete Hoffnung, daß dies anders würde."

Konkret 08/76, S. 17

„Merken Sie sich, das war eine letzte Warnung!"

Hetzjagd gegen Wallraff

Seit KONKRET-Autor Günter Wallraff durch seinen Enthüllungsbericht über General Spinola nicht nur den Rechts-Putsch in Portugal verhinderte, sondern auch die Kontakte des portugiesischen Reaktionärs zu bundesdeutschen Gesinnungsgenossen im Dunstkreis des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß aufdeckte, ist er seines Lebens nicht mehr sicher.

Die Eskalation der Ereignisse - vom Telefon-Terror bei Tag und Nacht gegen Günter Wallraffs Mutter (er selbst hat eine Geheimnummer) über anonyme Morddrohungen bis zum Brand in der Wohnung des Schriftstellers - belegt nicht nur eine Steigerung der eingesetzten kriminellen Mittel, sondern in den zeitlichen Abläufen auch die Beihilfe des Rechts-Kartells in Presse und Fernsehen bei dieser Hetzjagd gegen Wallraff.

Hier die Belege:

Die erste Morddrohung gegen Wallraff-Absender Hamburg, Poststempel Lübeckdatiert vom 15. April, geht an eine alte Anschrift von Wallraff in Köln, die noch immer im `Who is who` steht. Ein „Deutscher Bund, Sektion Hamburg" schreibt: „Wir haben mit Abscheu von Ihrer ekelhaften Agententätigkeit (die nur eines Ostagenten würdig ist, vielleicht sind Sie in Wirklichkeit auch einer?) im Fall „Spinola" Kenntnis genommen! Wir sind nach Sachlage der festen Meinung, daß die betroffenen Kreise Ihnen in Kürze die erforderliche Belohnung geben werden! Und das dann mit Recht. So soll es allen solch charakterlosen Kreaturen ergehen."

Am 28. April veröffentlichen Strauß-Freund Gerhard Löwenthal im ZDF und am 20. Mai Ex-Strauß-Referent Bruno Bandulet in der Münchner QUICK die richtige Anschrift von Wallraff in Köln.

Am 21. Mai bittet die Kölner Kripo (14. K. - Politische Abteilung) Wallraff „Zum Zwecke der Durchführung von Sicherungsmaßnahmen" um einen Besprechungstermin, nachdem die Staatsanwaltschaft Hamburg, bei der ein Ermittlungsverfahren wegen anonymer Morddrohung unter dem Aktenzeichen 141 Js 377/76 läuft, die Kölner Kripo um Sicherheitsmaßnahmen ersucht hat. Die Kölner stufen Wallraff in die Gruppe 6 der Sicherungsmaßnahmen ein, was soviel bedeutet, daß Streifenwagen, wenn sie schon einmal in der Nähe sind, am Haus von Wallraff vorbeifahren.

Am 25. Juni brennt gegen 20 Uhr der Dachstock im Hause Wallraff. Zwei Drittel seines Archivs, Büromaterial und Mobiliar sind vernichtet. Der Sachschaden beträgt 50 000 Mark. Polizisten am Brandort wollen Brandstiftung nicht ausschließen, doch der erst am vierten Tage eintreffende Brandexperte der Kölner Kripo, Kriminaloberkommissar Kurt Boge, erklärt einem Kölner Journalisten: „Hier besteht auch nicht der kleinste Anhaltspunkt für eine vorsätzliche Brandstiftung oder Sabotage."

Die Kölner Kripo denkt offenbar anders. Einmal bot sie nach dem Brand Wallraff einen verstärkten Polizeischutz an zum zweiten hat sie nach Abschluß ihrer Ermittlungen den Fall der Staatsanwaltschaft übergeben, die nun ihrerseits wegen Brandstiftung zu Lasten von Günter Wallraff unter dem Aktenzeichen 55Js525/76 ermittelt. Und die Pressestelle der Kripo mag inzwischen Auskunft nur noch auf Telex-Anfragen an Polizeipräsident Hosse geben.

Am 28. Juni, drei Tage nach dem Brand, meldet sich - wieder Absender Hamburg und Poststempel Lübeck - der anonyme Briefschreiber erneut, diesmal mit der richtigen Anschrift von Wallraff: „Merken Sie sich, das war eine letzte Warnung. Sollten Sie Ihre verleumderischen Machenschaften im Sold östlicher Stellen fortsetzen, sehen wir uns gezwungen, das nächste Vorkommnis zum Anlaß zu nehmen gegen Sie selbst vorzugehen."

Konkret 08/76, S. 20

Henning Venske

Sprengt die Funkhäuser in die Luft

„Vergiß es keinen Tag, Prolet/daß hinter deinem Funkgerät/ob Spiel ob Ernst/von früh bis spät/der Gegner deiner Klasse steht!" reimte in den zwanziger Jahren die Arbeiter-Radio-Bewegung. Was nun aber, wenn man selber in den Funkhäusern sitzt und nicht „Gegner deiner Klasse" sein will? Muß man sich in der öffentlich-rechtlichen Bürokraten-Hierarchie kaputt machen lassen? Henning Venske macht Vorschläge

Korruption, Kungelei, Machtkämpfe, Geldverschwendung und ein mieses Programm - unübersehbar, unüberhörbar: unser Fernsehen ist eine kapitale Mißgeburt, ausgestattet mit allen negativen Erbanlagen seiner Ahnen - dem verkalkten Rundfunk und der alten Hure Kino. Der Rundfunk, deformiert durch den Überlebenskampf gegen das mächtig aufkommende Kind, hat sich eingerichtet in einer Ecke, in der er nur noch als Geräusch fungiert, als Werbeträger der Schallplattenindustrie, als steter Künder einer miserablen Verkehrsplanung, als Distributionsapparat von Statements. Das Fernsehen sitzt im Rollstuhl und terrorisiert seine Umwelt -durch Lichtbildervorträge, minderwertige Wiederbelebung alter Kinoherrlichkeit und Selbstdarstellungsorgien. Es nutzt seine technischen Möglichkeiten nicht aus, es ist kein eigenständiges Medium, es ist charakterlos: eine Tonbildzeitung. Beide Institutionen sind nicht produktiv, und beide stehen ständig am Rande des Bankrotts.

Was tun mit den beiden? Das Unbehagen, das sie erzeugen, ertragen in Demut und stiller Duldung? Kleine kosmetische Operationen herbeisehnen? Abschalten? Nein, sage ich, totschlagen und verscharren, sage ich, sprengt die Funkhäuser in die Luft, sage ich. (Pierre Boulez wollte das vor zehn Jahren mit den Opernhäusern machen. Leider wurde nichts daraus. Wir sollten das jetzt gleich miterledigen!) Es ist zu fordern die Hinrichtung von ARD und ZDF: Organisationsform und die dafür Verantwortlichen gehören auf den Seziertisch der Historiker. Und diejenigen, deren Denken und Handeln noch nicht okkupiert ist von Festanstellung, Pensionsansprüchen, Proporz- und Pöstchenklüngel, von Formularismus und Sesselfurzerei, sind aufgerufen als Sprengmeister. Treibt sie mit kräftigen Hieben hin zum Arbeitsamt und meldet sie dort als erwerbsuntauglich an - die Routiniers der Faulheit, die Mörder der Phantasie, die Schmarotzer aus der Verwaltung und die Parasiten aus den Direktionsetagen! Und vergeßt nicht, den Verwaltungsräten, bevor ihr sie mit Verwaltungsverbot belegt, zuvor ein Rundfunk- oder Fernsehstudio von innen zu zeigen, damit sie ihrer Überflüssigkeit gewahr werden . . .

Jedoch: kein Todesurteil ohne Begründung. Wer und was verhindert die Lebendigkeit von Rundfunk und Fernsehen? Es ist die horizontale und die vertikale Gliederung der Sendeanstalten.

Die horizontale: das Nebeneinander der sogenannten ‚Hauptabteilungen`. Da gibt es eine Hauptabteilung Politik und eine Hauptabteilung Kultur und Wissenschaft, da existieren Hauptabteilungen Sport, Wort, Bildungs- und Kursusprogramm oder auch Nachmittagsprogramm. Die Maximierung des Unfugs erreichte man mit der Bildung der Hauptabteilung Unterhaltung. Erschiene doch ein gewaltiger Konsumentenmarsch am Horizont und würde dieses alles einfach zuscheißen!

Die Hauptabteilung Unterhaltung ist in erster Linie verantwortlich zu machen für die mangelnde Unterhaltsamkeit in Rundfunk und Fernsehen: Unterhaltung ist eine Form, mit dem Stilmittel Unterhaltung wird man der Langeweile Herr. Unterhaltung hat kein Recht auf ein Eigenleben, denn sie hat keinen Inhalt. Alles, womit Rundfunk und Fernsehen an die Öffentlichkeit treten, muß Unterhaltung sein. Jeder, der in diesem Metier tätig ist, muß die seinem Thema angemessene Form Linden, muß unterhaltend sein. Man konstruierte in den Sendeanstalten einen Gegensatz zwischen Unterhaltung und Information (nicht etwa aus Schwachsinn, nein, aus politischem Kalkül): der Gegensatz versetzt die Mächtigen des Staates und ihre Hauspapageien in die Lage, in einer Art Geheimsprache Monologe aneinanderhinzureden, und das von der Teilnahme ausgeschlossene Volk wurde durch Fernsehballettklimbim tranquilisiert.

Die Sendeanstalten sind heute voller Leute, die offensichtlich nicht wissen, daß das informierende Wort, das nicht gleichzeitig unterhält, wertlos ist und nur unnütze Stromkosten verursacht. Beispiel - die Nachrichten. Dieses monströse Wortgeklingel ist nicht unterhaltend, folglich informiert es auch nicht - es sei denn ein paar durchhaltewillige Eingeweihte. Nachrichten - die Personalunion von Heiliger Kuh und Bolzenschußgerät: „Die EG-Agrarministerkonferenz hat auf ihrer heutigen Sitzung in einem einstimmig verabschiedeten Kommuniqué eine Anhebung der Einfuhrzölle in den Ländern der Gemeinschaft als nicht mehr auszuschließende Maßnahme bezeichnet und eine entsprechende Vorlage an die Ausschüsse überwiesen . . ." Es wurde versäumt, die Erfinder solcher Verbalkarikaturen - studierte Leute ganz gewiß - nach ihrem Hauptschulabschluß und dem Sinngehalt des Satzes „nächste Woche wird wahrscheinlich die Butter teurer" zu fragen.

Die Hauptabteilungen haben zu nichts anderem geführt als zu Kästchendenken und Industrialisierung. Rundfunk und Fernsehen müßten jedoch Handwerksbetriebe sein. Ein Tischler kann nicht nur Tische bauen, sondern auch Stühle, Betten, Schränke. Ein Schauspieler kann nicht nur Abel, sondern auch Kain spielen, ein Journalist kann außer über Mord auch über Geburt berichten.

Gerät man gelegentlich in Erstaunen, daß Rundfunkgerät und Fernsehapparat trotz ihrer ‚Hauptabteilungen` Rudimente eines Programms abstrahlen, so wundert einen die finanzielle Misere der Sendeanstalten überhaupt nicht mehr, angesichts der verschiedenen ‚Hauptabteilungen` der Verwaltung (Hauptabteilung Finanzverwaltung oder Hauptabt. Allgemeine Verwaltung oder Hauptabt. Programm- und Personalverwaltung usw.). Den Verwaltern würde es vermutlich gar nicht auffallen, wenn überhaupt kein Programm stattfinden würde-gelegentlich fällt auf, wenn ein Redakteur eine Spesenabrechnung einreicht und seine Essensmarken liebenswürdigerweise einem freien Mitarbeiter zugesteckt hat . . . (Übrigens: in fast allen Sendeanstalten befindet sich die Kantine im Verwaltungstrakt und nicht etwa in der Nähe des Studios!) Ungefähr vier Verwalter kommen auf einen Programmgestalter - das führt zu den hirnrissigsten Arbeitsbedingungen. (Ich bestelle ein Klavier für eine Kinderfunkproduktion, fülle deswegen ein Formular aus, bekomme das Klavier - ohne Klavierhocker. Hätte ein zweites Formular ausfüllen müssen. Versuche, den Hocker herbeizutelefonieren - vergebens: der zuständige Sachbearbeiter ist beim Arzt, der Pianist hockte mißgestimmt auf einem Stuhl . . .)

Die vertikale Gliederung: das Untereinander, das Übereinander, das Durcheinander der Interessengruppen. Die Sendeanstalten sind konstruiert wie Bananenmonarchien: Da gibt es einen König mit vielen kleinen Unterkönigen - und jeder hat so seine speziellen Drähte zur alles beherrschenden United-Fruit-Company. Selbige Company - wenn auch in verschiedene Abteilungen gegliedert und durchaus nicht immer eines Sinnes - weiß sich durchaus einig in dem Bestreben, Einfluß zu nehmen, Interessen zu wahren, Macht auszuüben. Der König - Intendant genannt - hat zumeist keine Ahnung von Bananen, sprich vom Programm und wie es herzustellen sei. Er wird von den Mächtigen des Staates, also von Parteifunktionären, hinter seinen Intendantenschreibtisch gesetzt: „Gestern noch war ich Oberstadtdirektor in Uelzen."

Sitzt der Intendant fest auf seinem Schreibtischstuhl - dank der vielen Versprechungen, die er machen mußte, daß er sich anständig benimmt und dieses tun und jenes unterlassen wird - dann darf er, im Sinne seiner Drahtzieher, tätig werden wie der Teufel auf der Marionettenbühne: Es gilt, eine Sammlung Mitspielender Unterkönige zusammenzupuzzlen: Direktoren, Hauptabteilungsleiter, Abteilungsleiter, Chefredakteure. Auch diese leitenden Mitglieder des Hofstaates müssen nicht durch Sachkenntnis oder besondere Könnerschaft in der Programmgestaltung brillieren - sie figurieren nur als Repräsentanten rivalisierender Gruppierungen im Staatsapparat. Es geht keinem von ihnen um ein Rundfunk- oder Fernsehprogramm, es geht ihnen um die Stärkung ihrer Hausmacht. Den staatstragenden Parteien geht es auch nicht um ein Rundfunk- oder Fernsehprogramm - ihnen geht es nur um die Okkupation möglichst vieler Lautsprecher ihres Parteiprogramms.

Laut und deutlich sei's gesagt: In den deutschen Sendeanstalten gibt es keine Unabhängigkeit. Durch die schon weit ‚fortgeschrittene Ausschaltung von Arbeitsmöglichkeiten freier Mitarbeiter, durch die Verbeamtung, hat man in den Funkhäusern nach Schließung der Fenster und Türen auch die Ventilatoren abgestellt. Dienstanweisungen, Reglementierungen, nicht festgelegte, aber häufig beschworene „Spielregeln" und die daraus resultierende Selbstzensur von Mitarbeitern, die lieber Unterkönig als Stempelgeldempfänger werden wollen, zementieren eine Feudalstruktur, die durch den Parteienproporz nicht neutralisiert, sondern verdeutlicht wird.

Auf dem Papier haben wir es immer noch mit Anstalten des Öffentlichen Rechts zu tun. Aber der Weg zur Anstalt des Öffentlichen Unrechts ist bereits kräftig beschritten. Rundfunk und Fernsehen sind auf der Höhe der Zeit. . . Sage niemand, das ließe sich nicht steuern, sage niemand, dieses alles sei organisch gewachsen auf dem Boden der Demokratie, gewisser Wildwuchs sei unvermeidlich, mit ein bißchen gutem Willen lasse sich alles reparieren.

Jawohl, die Verkarstung in den Sendeanstalten geht zwar händchenhaltend einher mit der Gewöhnung der meisten und der Resignation eines kleinen Teiles der Zuschauer und -hörer. Mit allen möglichen Umfragen läßt es sich beweisen: Je simpler, desto beliebter. Je unwirklicher- desto erfolgreicher. Je reaktionärer - desto unangreifbarer. Die Seh- und Hörgewohnheiten haben zu einer weit verbreiteten Gehirnkaries geführt, bei den Herstellern der Programme wie bei deren Konsumenten. Man nimmt es hin - die realitätsferne Sprache, den unverbindlichen Dummschwatz. Man findet sich damit ab, im Fernsehen Rundfunksendungen mit Diapositiven vorgesetzt zu bekommen. Keiner vermißt Spontaneität und Improvisation.

Aber: Wie kann man diesen Kreislauf zerbrechen? Die Konsumenten könnten es leicht: Wenn 30 Millionen Rundfunk- und Fernsehteilnehmer drei Monate konsequent die Gebührenzahlungen verweigerten, wären die Anstalten des Öffentlichen Rechts im Nu Anstalten der öffentlichen Pleite. Nun, das werden die Konsumenten nicht tun, so unzufrieden sind sie ja nicht, sie haben sich ja gewöhnt. Und um das zu verhindern, genügt zur Zeit eine Häufung alter Rühmann-Filme, ein freundliches Wort von Herrn Bott und ein Illustriertenbericht „Mein Wochenende mit Ernst Huberty".

Nein, es ist wenig Hoffnung, daß die Konsumenten mit ihrem Wahlrecht sich für ein freies, unabhängiges Rundfunk- und Fernsehprogramm entscheiden und stark machen - wie sollten sie auch? Sie können sich darunter kaum etwas vorstellen, die Alternative zum Bestehenden haben sie nie kennengelernt. (Um nicht mißverstanden zu werden: Ein durch Werbung finanziertes Programm ist keine Alternative - da tauschen wir bloß Herrn Filbinger gegen Herrn Unilever ein . . .)

Eine Änderung der Zustände zu erhoffen durch Initiative der Anstaltsinsassen oder gar durch Einflußnahme wichtiger Politiker dahingehend, daß kein Einfluß mehr genommen wird, ist realitätsfern. Ganz und gar illusorisch. Da wird weitergewurstelt werden bis . . .

Aber man kann ja mal einen Gegenvorschlag unterbreiten, einige Anregungen vielleicht für den einen oder anderen Programm-Macher, der die Lust an der Unbequemlichkeit noch nicht verloren hat, der auch Programm machen will und nicht nur Karriere, der Spaß daran hat, Fossilien Fossilien zu nennen und Zensur Zensur, und der Parteienproporz nicht mit Meinungsfreiheit verwechselt:

Versuche, soviel wie möglich außerhalb deiner Abteilung zu arbeiten. Wenn du im Kursus- und Bildungsprogramm des Fernsehens beschäftigt bist, versuche hartnäckig, im Rundfunk Schlager- und Sportsendungen zu moderieren. Das ist verwaltungstechnisch von den Sendeanstalten kaum zu bewerkstelligen. Du wirst vermutlich abgewimmelt werden. Aber: Was für Kameraleute und Tontechniker gilt (daß sie der Sportsendung genauso gerecht werden wie dem Nachruf auf Heidegger), das sollte man auch von Redakteur, Regisseur, Autor und Produktionsleiter erwarten dürfen - Interesse und Sachkenntnis der Betreffenden am jeweiligen Thema einmal vorausgesetzt. Laß dich nicht in das Nähkästchen der Hauptabteilungen einsperren. Das Ziel in den Sendeanstalten muß sein der freie Zusammenschluß von Projektgruppen.

Halte dich strikt an die von der Verwaltung aufgestellten Regeln. Es ist in den Sendeanstalten mittlerweile eine sportliche Disziplin geworden, Sendungen trotz der Verwaltungsmaßnahmen fertigzustellen. Beteilige dich nicht daran, verlange, daß man für dich eine Ausnahmeregelung schafft. Das Ziel muß sein, daß so viele Präzedenzfälle existieren wie denkbare Arbeitssituationen.

Überfordere, wo's nur geht, die Computer der Sendeanstalten mit komplizierten Spesenabrechnungen, Vorschüssen, Taxiquittungen. Unterstütze die Forderung freier Mitarbeiter nach sofortiger Bezahlung, anderenfalls die Produktion unterbrochen wird. (Beim WDR wartet ein freier Mitarbeiter durchschnittlich zwei Monate auf sein Geld!) Das Ziel muß sein eine Vereinfachung durch Neuverteilung der Verantwortung: Fort mit den hartleibigen Computern, jede Projektgruppe hat einen verantwortlichen Produktionsleiter, für mehrere Produktionsleiter sorgt ein Buchhalter. Scheue dich nicht, dem Sender sofort Verzugszinsen in Rechnung zu stellen.

Frage deinen Hauptabteilungsleiter bei jeder Produktion nach der sogenannten Zielgruppe. Er hat erfahrungsgemäß nur Einschaltquoten im Kopf und wird sagen „alle". Versuche, ihn durch das Engagement von Anneliese Alexander zufriedenzustellen bzw. lächerlich zu machen. Das Ziel muß sein, daß die Projektgruppen verwirklichen, was ihnen am Herzen liegt. Ein überzeugendes Programm kann man nur für sich selbst machen. Man muß das erarbeiten, was man selbst als Hörer oder Zuschauer vorgesetzt erhalten möchte.

Frage deinen Chef nach der Konzeption, in der er seine Hauptabteilung leitet. Er wird dir sagen, daß er auf dem Boden des Grundgesetzes steht. Stelle dich neben ihn und hänge jeden Eingriff, der nicht nachprüfbar auf technischen Dingen beruht, an die große Zensurglocke. Das Ziel muß sein die Abschaffung der hierarchischen Struktur. Das Ziel muß sein die Schaffung einer Dramaturgie-Projektgruppe, die verantwortlich ist für Sendeplan und Koordination. Ihre Besetzung wechselt im regelmäßigen Turnus, ihre Angehörigen rekrutieren sich aus den ständigen Mitarbeitern der Projektgruppen.

Geh in politische Versammlungen und frage die dort auftretenden Abgeordneten nach ihrer Tätigkeit im Verwaltungsrat deiner Sendeanstalt, und wie sie's mit der Meinungsfreiheit halten. Vielleicht gibt es zwei oder drei Leute im Saal, die von der Antwort genauso erschüttert sein werden wie du . . . Das Ziel muß sein: Machthaber raus aus den Sendeanstalten. Ein Aufsichtsgremium - wenn es denn schon sein muß, um Unabhängigkeit und Meinungsvielfalt der Mitarbeiter zu garantieren -kann nur gewählt sein von allen Mitarbeitern. Wählbar muß sein jeder Hörer, jeder Zuschauer.

Frage deinen Intendanten bei Gelegenheit (die Gelegenheit hat ein normaler Sterblicher allerdings fast nie), ob es nicht a) sparsamer wäre und b) ein viel besseres Programm garantieren würde, wenn man die ARD-Anstalten auflöste, in Frankfurt einen zentralen Sender installierte und die regionalen Sendeanstalten das fabrizieren ließe, wozu sie prädestiniert sind: ein Regionalprogramm, zwei Stunden am Tag. „Ja, aber" - wird er antworten - und dann kannst du weggehen, denn die Begründung verstehst du sowieso nicht. Das Ziel muß sein, Adenauers Horizont ein wenig zu erweitern.

Wenn du dich so in deiner Sendeanstalt verhältst, bist du natürlich ein subversives Element. Ein sehr massives Gerücht besagt, daß in den Schubladen der Intendanten ein öffentlich-rechtlicher Radikalenerlaß herumliegt - als Angehöriger einer öffentlich-rechtlichen Anstalt darfst du dich mit Recht davor fürchten. Wenn du also in der Richtung meiner Vorschläge tätig wirst, sieh deiner Entlassung entgegen. Oder deiner Nichtbeschäftigung.

Sei's drum. Die Funkhäuser wissen, warum sie so strenge Sicherheitsbestimmungen eingeführt haben . . .

Konkret 08/76, S. 23

konkret magazin

Gustav Heinemann

Der Mann, der auch als Bundespräsident seine Frau und nicht den Staat geliebt hat, hat in seiner letzten politischen Äußerung noch einmal vor den neuen Metternichs gewarnt:

Wir erleben eine sich verstärkende Gleichsetzung unseres gesellschaftlichen Lebens, so wie es stattfindet, mit der Verfassung selbst. Es wird mehr nach dem Staat als nach Demokratie gerufen. Auch heute werden wieder manche Vorschläge zur Verbesserung unseres demokratischen Zusammenlebens in den Verdacht der Verfassungsfeindlichkeit gerückt, obwohl sie in der Verfassung gründen und mit der Absicht vorgetragen werden, die Verfassungswirklichkeit am Verfassungsgebot auszurichten. Derartige Verdächtigungen führen zu Gesinnungsschnüffelei. Der Mut, öffentlich für eine Meinung einzustehen, sinkt. Amnesty International z.B. beklagt, daß immer weniger Menschen bereit sind, zu einem Protest gegen Folterungen auch nur eine Unterschrift zu geben.

Die Zahl der politischen Gefangenen ist heute groß. In vielen Ländern, insbesondere in solchen der Dritten Welt, regt sich Widerstand gegen Unrecht und Unterdrückung. Das läßt die Machthaber zu oft brutalen Gegenmaßnahmen zu schreiten. Wir hören fast täglich von Freiheitsbewegungen; sie werden z.B. vom Weltrat der Kirchen mit Sympathie begleitet und unterstützt. In der Bundesrepublik Deutschland dagegen sind das Entwicklungen, die wir in ihrer Bedeutung vielfach erst erkennen, wenn es zu spät ist. Deutsche Terroristen, die sich fälschlich zu Anwälten dieser Bewegungen ernennen, sind auch hier wirksame Helfer derer, die von Freiheitsbewegungen nichts oder möglichst wenig hören mögen.

Um so deutlicher müssen wir daran festhalten, daß eine freiheitliche Gesellschaft auch bei uns eine Gesellschaft in Bewegung ist. Sie kann kein fertiger und ein für allemal bleibender Zustand sein. Ihre Weiterentwicklung muß bewußt betrieben werden, damit es nicht zu Rückfällen kommt.

Der Staat soll wieder einmal als das hohe, über uns schwebende Etwas verstanden werden, das unabhängig von Parlamenten, Parteien und Volkssouveränität als ein Inbegriff von ausübender Gewalt besteht. Deshalb werden radikale Verfechter von Freiheit und Demokratie auch da in den Verdacht von Verfassungsfeindlichkeit gerückt, wo sie mit und aus der Verfassung heraus für bessere Freiheit und Demokratie eintreten. Das läßt an Parallelen zu Metternich denken. Ich meine, wir sollten dem nachdrücklich widerstehen.

Grundwerte wie Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Solidarität müssen alle Bereiche unseres öffentlichen Lebens durchdringen. Vielfach müssen dabei aber Verkrustungen aufgebrochen werden. Dazu bedarf es auch radikaler, in die Tiefe der Probleme dringender Kritik. Solche Kritik muß nicht nur geduldet werden, sie soll auch erwünscht sein.

Wie sehen die roten Ratten aus?

Mm 22. Juni dieses Jahres verschickten die Ausfrager von Infratest die Unterlagen für ihr Projekt 75/6131 an die liebe Mitarbeiterin und den lieben Mitarbeiter. Aber nur, wenn die besonders vertrauenswürdig waren. So harmlos wie der Titel („Umwelt - Beruf - Gesellschaft") waren die „Explorationen", die dann bis zum 9. Juli durchgeführt werden sollten, nämlich ganz und gar nicht. Mit mehreren Fragebögen (Infratest: „Machen Sie Eintragungen auf gar keinen Fall im Beisein der Zielperson,") wurden drei Bevölkerungsgruppen untersucht: „A)Personen bis 25 Jahre, die arbeitslos sind (insbesonders mit akademischer Vorbildung). B) Personen, die unter den Radikalenerlaß fallen. C) Mitglieder von Linksparteien, Linksorganisationen (KPD, DKP, KPD/ML, KBW, Spartakus usw.)."

Die Adressen der Probanden wurden den Interviewern vorgegeben. Wer nicht mitspielen wollte, wurde besonders scharf beleuchtet. Infratest-Anweisung: „Es wäre uns lieb, wenn Sie Ausfälle, die als Verweigerungen der Zielperson zustande kamen, uns zusätzlich noch genauer kommentieren würden."

Wichtigstes Ziel der Untersuchung ist offensichtlich herauszufinden, „welche Gruppe in welchem Ausmaß zu politischem Protest neigt" (Uwe Bliesch von der Infratest Interviewer-Führung). Ausgefragt wurden die jungen Arbeitslosen und Linken über Neurosen, Drogen, Wohngemeinschaften, die Vor- und Nachteile der sozialen Marktwirtschaft, Sexprobleme, Sit-ins und Rohstoffverknappung. Arbeitsanweisung von Infratest: „Geben Sie im Anschluß an das Interview eine Beschreibung der äußeren Erscheinung Ihres Gesprächspartners und seines Verhaltens, so wie es auf Sie gewirkt hat. (Bitte nicht in Anwesenheit des Probanden!) Versuchen Sie, ihn sich genau vorzustellen, und bringen Sie Ihre Eindrücke zu Papier." Und dann kommen Anhaltspunkte. Etwa zum Haarbild: „unordentlich- wirr - normal-gepflegt - modisch", zur

Brillenform: „Metall - Plastik (Horn) - rund (Opa-Look) -intellektuell (zum Typ, zum Gesicht) - normal", zum Gesamteindruck der Kleidung (von schmutzig bis exclusiv teuer), zu „Stereotypen": „Blue Jeans - Cord Jeans - Parkas - Jeansjacken - Anzug - etc." Aber auch zu „auffälligen Verhaltensweisen": „Tics - völlig aus dem Rahmen fallendes Verhalten - Aggressionen - intime Annäherungsversuche -`psychotische` und `neurotische` Verhaltensweisen - außergewöhnliche Ausstrahlung (vibrations) - Krankheitsanzeichen (außergewöhnliche Blässe, Zittern, Schwitzen etc) - Alkohol-, Tablettenkonsum während des Interviews -`Black outs` ` . Auftraggeber des Ganzen: nein, nicht der Verfassungsschutz direkt, sondern die Bundeszentrale für politische Bildung.

Euro-SAVAK

Wenn der Generalkonsul des Iran in Genf auf Anweisung des Chefs, Schah Reza Pahlevi, Strafanzeigen gegen dreizehn persische Studenten, die das Generalkonsulat zwei Stunden lang besetzt hielten, wieder zurückzieht, muß er dafür gute Gründe haben. Hier sind sie: Die linken Perser haben bei ihrem Besuch geheime Papiere gefunden und mitgehen lassen, die belegen, daß von Genf aus sämtliche Aktivitäten des berüchtigten iranischen Geheimdienstes SAVAK in Westeuropa koordiniert werden, zum Beispiel mysteriöse „Unfälle". Kopf der Euro-SAVAK ist Ahmed Malek-Mahdavi, auf dessen Visitenkarte „Vertreter Irans bei der UNO in Genf" steht. In Persien selbst sind im letzten Vierteljahr rund hundert Regimekritiker erschossen worden.

A Bomben-Geschäft

Nach atomarer Zusammenarbeit mit Südafrika, Brasilien und Iran steigt die Bundesrepublik jetzt in einem weiteren demokratischen Musterländle in's Uran-Geschäft ein: in Indonesien. Einer knappen Notiz der Londoner „Financial Times" ist zu entnehmen, daß die indonesische Atomenergie-Agentur und das Deutsche Institut für Geologie und Rohstoffe einen Vertrag unterzeichnet haben, in dem sich die BRD verpflichtet, den Indonesiern mit einem Finanzaufwand von zwei Millionen Mark bei der Suche nach Uran zu helfen.

Gewohnheitsverbrecher

Mehr als eine halbe Million mehr haben die Unternehmer in Nordrhein-Westfalen im vergangenen Jahr gegen Arbeitsschutz- und Nachbarschutzbestimmungen vcrstoßen. Am häufigsten wurden dabei Gesetze durch Luftverunreinigung, Lärm- und Geruchsbelästigung verletzt. Die Zahl der akuten Fälle von Lärmerkrankungen ist im Vergleich zum Vorjahr 1975 um rund tausend auf 5783 Fälle gestiegen.

Gegendarstellung

Im Heft 5/76 behaupten Sie in dem Artikel „Lockheed à la française", die „Neue Heimat" sei „an den Waffengeschäften Kashoggis beteiligt". Diese Behauptung ist falsch. Richtig ist, daß die „Neue Heimat" weder direkt noch indirekt an irgendwelchen Waffengeschäften beteiligt ist. Die „Neue Heimat International" hat sich 1969 an der französischen Wohnungsbaugesellschaft Manera S. A. beteiligt. Die Manera-Promotion AG ist eine Beteiligungsgesellschaft der Manera S. A. Beide Gesellschaften beschäftigen sich ausschließlich mit dem Wohnung- sund Städtebau sowie den dazugehörenden Immobiliengeschäften. 1975 hat die Kashoggi-Firma „Triad-Holding-Corporation" die Beteiligung eines anderen Aktionärs an der Manera S. A. (35 Prozent) erworben. An der Firma S. E. P. G. ist die Neue Heimat weder direkt noch indirekt beteiligt.

Richtig ist lediglich, daß Herr Boissavit als Vertreter der Firma Triad dem neunköpfigen Verwaltungsrat der Manera S. A. und dem dreiköpfigen Verwaltungsrat der Manera-Promotion AG angehört. Die Neue Heimat hat keinen Einfluß darauf, welche Vertreter die Firma Triad in die Verwaltungsräte entsendet.

gez. Iden Baumann

Kirchenrecht

Das Kölner Arbeitsgericht hat entschieden, daß die Sozialarbeiterin Barbara Schreiber-Melzer zurecht entlassen wurde, weil sie einen geschiedenen Mann geheiratet hat. Als Leiterin des „Tendenzbetriebes Katholisches Familienhilfswerk" sei sie - so die Arbeitsrichter - zu einem tendenzkonformen Verhalten „auch außerhalb ihrer beruflichen Arbeit" verpflichtet.

Und da nach kanonischem Recht eine Ehe nicht auflösbar ist, gilt ihr jetziger Mann als Bigamist.

Aus gegebenem Anlaß

Der Trikont-Verlag bittet uns, darauf hinzuweisen, daß er nicht zu den rund 300 prominenten Herausgebern des Buchs „Wie alles anfing" von Bommi Baumann gehört. Gegen den Verlag ist noch ein Verfahren anhängig, weil er das Buch, das Ende letzten Jahres beschlagnahmt wurde, veröffentlicht hatte. Gegen die jetzigen Herausgeber ist die Staatsanwaltschaft bisher noch nicht vorgegangen.

Rund fünfhundert Studenten wurden am 19. Mai während einer vom Rektor verbotenen studentischen Vollversammlung in der Münchner Universität von der Polizei festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Aber nicht nur Bayern versucht das Ordnungsrecht schon ohne Hochschulrahmengesetz durchzusetzen: Auch 24 Studenten im sozialdemokratischen Hessen werden gegenwärtig strafrechtlich verfolgt. Willkürlich herausgegriffen, wurden sie vom Marburger Universitätspräsidenten Zingel wegen angeblichen Hausfriedensbruchs angezeigt, als sie sich zusammen mit mehreren tausend Kommilitonen an einem Streik beteiligt hatten. Die Allgemeinen Studentenausschüsse der beiden Universitäten wenden sich jetzt an die Öffentlichkeit, um Unterstützung bei ihrem Protest gegen die Kriminalisierung studentischer Politik zu erhalten. Einen entsprechenden Aufruf, der bereits von mehreren namhaften Professoren unterzeichnet wurde, verschickt der AStA der Philipps-Universität, Edenring 5, 3550 Marburg/L,ahn.

Konkret 08/76, S. 24

Carl L. Guggomos

Nie so pingelig

Über die Aggression Israels in Entebbe und über das Schenkelklopfen

Die Biertischstrategen aller Länder erstarrten in Ehrfurcht, als ein israelisches Kommando in einer Mischung aus Wüstenfuchs-Rommel-Masche und Mussolini-Befreier-Skorzeny-Manier den Flughafen eines einige tausend Meilen entfernten unabhängigen Landes angriff, alles kurz und klein schoß und sich die von Luftpiraten entführten Geiseln, Faustrecht gegen Faustrecht setzend, heimholte.

So möchte mancher gerne seine Probleme lösen, traute er sich nur! Die kleinen privaten Querelen, aber auch die globalen. Wie herrlich wäre es, hätte man Narrenfreiheit wie Israel und könnte Castro samt Anhang mit einem dicken Stein am Bein in der Karibik versenken, Netos MPLA mit einer Schiffsladung Rattengift auslöschen, die mißliebigen Italiener Berlinguerscher Prägung nach Libyen verbannen und mit ein paar Tonnen Dynamit die Mauer zu Berlin in die Luft sprengen.

Israel hat sein durch den Jom-Kipur-Krieg angeknackstes Blitzkriegsimage wieder aufpoliert. Daß dabei die Prinzipien des geregelten Zusammenlebens der Völker und ein paar Dutzend Tote auf der Strecke blieben - was tut's? Die meisten Toten waren ja nur afrikanische Soldaten, also praktisch Halbaffen in Uniform, die unklugerweise den israelischen Invasoren nicht gleich Platz machten, sondern sich anschickten, ihre Heimat und deren Souveränität zu verteidigen. Und der Staat, dessen Integrität da angetastet wurde, ist durch die westliche Presse ohnehin längst zu einer schaurig-grotesken Operettenrepublik herunterstilisiert, sein Präsident gilt als Cassius-Clay-Parodie mit einem Frankenstein-Hirn. Da kann man sich schon mal drüber lustig machen.

Daß Flugzeugentführungen und Geiselnahmen von unbewaffneten, hilflosen und im Wortsinne ohn-schuldigen Personen kriminellen Charakter haben, steht außer Zweifel. In der Euphorie über den „glücklichen Ausgang des Geiseldramas" - so die angesichts der vielen Toten zynische Allgemeinformulierung - möchten wir aber doch darauf hinweisen, daß die Flugzeugentführer von Entebbe (und manche ihrer Vorgänger) doch nicht einfach jenen Mafiosi gleichzusetzen sind, die aus Unlust an geregelter Arbeit sich mal da ein Kind und dort einen Industriellen schnappen, um ihre Kassen aufzubessern.

Die Palästinenser, die in ihrer Verzweiflung da und dort Züge politischer Banditieros annehmen, führen Krieg gegen Israel, das ihnen die Heimat weggenommen hat und sie, dem Willen nahezu der gesamten Welt trotzend, nicht herausgeben will. Uns ist kein Volk dieser Erde in Erinnerung, das in den letzten Jahren einen Leidensweg zu gehen hatte wie das palästinensische - Chiles Volk, das einer blutrünstigen faschistischen Bande ausgeliefert ist, kann wenigstens auf der eigenen Erde weinen.

Die aus der Heimat vertriebenen Palästinenser aber wurden, ohne daß die Welt sich sonderlich entrüstete, erst in Husseins Jordanien niedergemetzelt und nun ohne größere Anteilnahme der Welt im Libanon massakriert. Jene, die unter israelischer Besatzung leben, laufen Gefahr, wie Hasen niedergeschoßen zu werden wenn sie aufzumucken wagen. Da echauffiert sich nirgendwo ein Krisenstab - warum sind die Leute auch nicht nett zu den Besatzern?!

Erregung löst der individuelle Gewaltakt aus, den die Verzweifelten begehen. Daß er, wie die Geschichte lehrt, nie weitergeholfen hat, am wenigsten den Verzweifelten; daß er grausam und oft heimtückisch, weil im Geheimen geplant und isoliert durchgeführt; daß er meist Unschuldige trifft, weil die Schuldigen sich zu schützen wissen; daß er kollektives Recht bricht und individuelles Unrecht schafft - dies alles ist klar und dies sind die Gründe, daß die Demokraten und Sozialisten aus ihrer humanistischen Grundhaltung heraus den individuellen Terror, wie er sich in Entführung und Geiselnahme ausdrückt, ablehnen.

Dies aber setzt voraus, daß man sich darüber einig sein muß, daß die Polizei dem Verbrechen, und sei es noch so grausam, nach Recht und Gesetz begegnet. Wenn die staatlichen Organe oder ein ganzer Staat den Gangstern in Gangstermanier begegnen, verliert der Staat seine Legitimation. Begegnet der Staat einer zur kriminellen Vereinigung deklarierten, in Wirklichkeit aber politisch motivierten Gruppe von Gewalttätern mit kriminellen, rechtswidrigen Akten, wird er selber zur kriminellen Vereinigung.

Dazu kann man sich nicht vor Vergnügen auf die Schenkel schlagen, dies ist nicht zu billigen. An das Verhalten des Staates Israel, der sich in einer schwierigen Situation sieht, gar in einer - auch durch eigene Schuld verursachten - ausweglosen Lage, wird man strenge Maßstäbe nicht mehr anlegen können. Das Land befindet sich im Ausnahmezustand und nimmt das permanente Notwehrrecht für sich in Anspruch.

Israel hat es mit internationalem Recht und Gesetz nie so pingelig gehalten, mußte sich dafür freilich gefallen lassen, nicht als Hort der Freiheit und des Rechtes angesehen zu werden.

Daß jedoch Staaten, die sich auf ihre Rechtsordnung und ihr internationales Ansehen etwas zugute halten, nun per Regierungserklärung in Hochrufe auf den israelischen Rechtsbruch, die Aggression gegen Uganda, ausbrechen, wie etwa die Bundesrepublik, ist schändlich.

Wir sind uns klar darüber, daß dieses Blatt auch in diesem Fall wieder einsam in die liberale Wüste dieser Republik hineinruft. Wir zählten jedoch nie zum Dunstkreis der Sympathisanten abenteuerlicher und anarchistischer Gewaltakte; wir legen aber auch Wert darauf, uns beim Drehen des Windes nicht gemein zu machen mit den Claqueuren hoheitlicher Gewalttätigkeit.

Konkret 08/76, S. 25

Alexander Frei

Anstalt des öffentlichen Unrechts

Helmuth Weiland und Istvan Bury, das erfolgreiche Filmteam des NDR - („Die Schönen und die Reichen": mit 48 Prozent Einschaltquote das spektakulärste Feature aller Zeiten! Andere bekannte Arbeiten: „Der schöne teure Tod", „Schöne neue Heimat", „Die Wucht am Rhein") - hatten am 30. März in Caracas einen Autounfall. Weiland und Bury wurden schwer verletzt, überlebten mit knapper Not. In Caracas waren sie nicht im Auftrag des NDR, hatten aber mit den Redaktionen „Weltspiegel", „Kulturspiegel" und „Sport" lose Absprachen getroffen, Beiträge zu liefern, falls sich etwas Interessantes ergäbe. Es ergab sich nichts - außer daß Bury einen zertrümmerten Arm und Weiland (immer noch) ein Stahlkorsett hat, nachdem er mit zertrümmerten Wirbeln ein Vierteljahr in Gips lag. Sie sind erwerbsunfähig und leider auch freie Mitarbeiter. Die beiden parteipolitisch unabhängigen Hersteller häufig unbequemer Dokumentationen erhielten bislang (Juli) folgende Unterstützung vom NDR: Fernschriftliche Genesungswünsche von Intendant Neuffer und seinem Vize Schwarzkopf, telefonische Genesungswünsche von Peter Merseburger und Dieter Kronzucker, einen Telefonanruf des Gewerkschaftsvorsitzenden und einen Besuch des Beauftragten des NDR-Sozialwerks.

„Pittipat" Seifert, Leiter der Wirtschaftsredaktion Regionalprogramm NDR-Fernsehen, ist Spezialist für nahezu unverschleierte Industriewerbung: Schon mindestens drei Filmchen hat er auf großen Schiffen gedreht. Nun dreht er schon wieder eins. Und deswegen war Pittipat gerade auf Vorbesichtigungstour (auch Recherche genannt), und zwar auf einem Dampfer, auf dem er bereits einmal einen Film gedreht hat. Übrigens fährt dieser Dampfer bei dieser Torbesichtigung eine ganz andere Route als dann, wenn Pittipat sein Kamerateam mitbringt. Die Recherche dauerte ungefähr eine Woche, und Pittipat hat gesagt, er muß sich schließlich vorher mit dem Kapitän absprechen. Wenn Bury oder Weiland in die Kantine des NDR gehen, um dort eine Tasse Kaffee zu trinken, zahlen sie als freie Mitarbeiter 55 Pfennig dafür. Pittipat Seifen gibt als Festangestellter nur 40 Pfennig aus. Ein Glück, daß es im NDR-Fernsehen ernsthaft engagierte Leute gibt - Bott von Panorama zum Beispiel. Der kann so schön besorgt dreinschauen, wenn's um die Aufdeckung sozialer Mißstände in kapitalistischen Firmen geht. Sicher wird er auch seinen NDR-Direktoren klarmachen können, daß es zwar ohne Pittipats, nicht aber ohne qualifizierte Autoren und Regisseure geht

---

Der Werkkreis Literatur der Arbeitswelt (Region Süd) hat dazu aufgerufen, Texte, Lieder und Grafiken zum Thema „Jugend/Krise" einzuschicken. Bestimmte formale Festlegungen gibt es nicht; Einsendeschluß ist Ende Dezember. Die Texte sollen nach der Aaswahl durch Schriftsteller und DGB-Funktionäre in verschiedenen Medien und Zusammenstellungen veröffentlicht werden. Näheres beim DGB Nürnberg, Abteilung Jugendsekretariat, Kornmarkt 5-7, 8500 Nürnberg.

Konkret 08/76, S. 26

Berufsverbot

Röder fährt weiter

Der Lokführer Rudi Röder wurde entgegen der ursprünglichen Ankündigung am 30. Juni noch nicht wegen seiner DKP-Mitgliedschaft entlassen. Das als Erfolg (vor allem internationaler Proteste) werten zu müssen, ist erbärmlich genug. Noch erbärmlicher aber ist die Tatsache, daß die Entlassung noch nicht endgültig rückgängig gemacht wurde. Die Akte Röder liegt jetzt in Bonn. Wir wären den zuständigen Ministern Gscheidle und Maihofer für eine definitive Entscheidung noch vor der Bundestagswahl dankbar.

Bekannte Taktik

Was man sagt, ist falsch. Als der Regierungspräsident Köln dem Lehramtsbewerber Diethelm Jeske in einer Anhörung nichts anhängen konnte, außer der Vermutung, Jeske sei Mitglied der DKP, ließ er ihm kurzerhand „Im Auftrag" mitteilen: „Nach bekannter kommunistischer Taktik verletzt ein Kommunist geradezu seine gegenüber der Partei übernommene Pflicht zu sinnvoller Aktivität, wenn er vorzeitig seine Ziele und seine Gesinnung preisgibt." Ablehnung.

Belufsvelbote

Helmut Schmidt: Es gibt bei uns keine Berufsverbote. Inzwischen wissen es sogar die Japaner besser. Vom 12. bis 18. Juli bat ein Team der Japan Broadcasting Corporation (NHK), der größten nichtkommerziellen Fernsehanstalt Japans, Berufsverbote-Opfer vor die Kamera. Titel der Sendung: Der häßliche Deutsche.

Weil er Antifaschist ist

„Geschäftsstelle der Anhörungskommission beim Niedersächsischen Minister des Innern - A 123 -

---

Hannover, den 4. Juni 1976, Lavesallee 6, Postfach 221, Fernruf: (05 11) 190 - 68 96.

Gegen Postzustellungsurkunde

Herrn Rolf Gerdes, Am Burggraben 24, 3400 Göttingen

Betr.: Anhörung von Bewerbern um Einstellung in den öffentlichen Dienst - Bezug: Ihre Bewerbung um Einstellung in den Schuldienst des Landes Niedersachsen

---

Sehr geehrter Herr Gerdes, nach den der Anhörungskommission vorliegenden Unterlagen sind Sie 1. Vorsitzender der Kreisvereinigung Göttingen der ‚Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) - Bund der Antifaschisten Niedersachsen e. V.'. Am 27. und 28. 9.1975 nahmen Sie an einer Präsidiumstagung der Organisation in Springen/Taunus teil. Am 15. 11. 1975 waren Sie Teilnehmer an einer Landesvorstandssitzung der VVN in Hannover. Diese Aktivitäten können Zweifel begründen, ob Sie die Gewähr bieten, jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes einzutreten. Die gegen Ihre Eignung sprechenden Umstände sollen mit Ihnen erörtert werden.

Der Anhörungstermin ist auf den 16. Juni 1976 anberaumt. Sie werden gebeten, sich an dem genannten Tage um 10.00 Uhr im Innenministerium, Zimmer 67, einzufinden.

Reisekostenvergütung kann Ihnen gegen Vorlage des Fahrausweises nach Maßgabe des Runderlasses des Ministeriums der Finanzen vom 29. 7. 1974 (Nds. MBL. S. 1485) gewährt werden.

Hochachtungsvoll, (gez.) Marx (Geschäftsführer)"

Neue Materialien

GEW/Jungdemokraten/Jusos, Erlangen: **„Berufsverbote -Eine Dokumentation",** DM 1,00, p. Adr. H. ü. Hess, HummelsteinerWeg 73, 8500 Nürnberg

„Berufsverbote in Hessen`, herausgegeben von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Frankfurt, Bleichstr. 38 a. In dieser Dokumentation werden u. a. der Ablauf von Einzelfall-Verhören geschildert und Protokolle einzelner Anhörungen veröffentlicht.

„Dokumentation und Berichte zur Berufsverbote-Veranstaltung am 6.12. 75 in Stuttgart- **Chronik der Eskalation",** Herausg.: Vorstand SPD-Ortsverein Stuttgart-Mitte und Juso AG Stuttgartwest, Vertrieb: Jungsozialisten, Kreisverband Stuttgart, Rotebühlstr.91, 7000 Stuttgart 1

„Internationale Konferenz gegen die Berufsverbote am 29. 5. 1976 in Karlsruhe" - verschiedene Kongreßmaterialien mit Reden, Grußschreiben und Pressespiegel, erhältlich bei der „Initiative Weg mit den Berufsverboten" Schanzenstr.115, 2000 Hamburg 6

„Demokratische Rechte verteidigen",

VdS-Press Nr. 2, Vereinigte Deutsche Studentenschaften, Kaiserstr. 71, 5300 Bonn 1

Dokumentation zu Max Willutzkis Film **„Vera Romeyke ist nicht tragbar",** BasisFilm, Exerzierstr. 23, 1000 Berlin 65

Aufkleber, rot und gelb, Stück 0,10 + Porto (ab 20 Stück portofrei), Aufschrift: „Für das Grundgesetz-gegen Berufsverbote" oder „Weg mit den Berufsverboten", Bezug: Arbeitskreis Berufsverbote im SPD-Ortsverein Sendling West, Hans Neuber, Hansastr. 112, 8000 München 7, Tel. 760 69 83.

Konkret 08/76, S. 27

Eva Althainz

„Wie im Nationalsozialismus"

Im Februar 1974 zeigte die „Vereinigung Demokratischer und Sozialistischer Künstler" (VDSK) im Westberliner Restaurant „Merhaba" eine Ausstellung mit Chile-Bildern ihrer Mitglieder, darunter ein Gemälde der Kunsterzieherin Eva Althainz. Der Charlottenburger Stadtrat Hartmut Röseler nahm dies zum Anlaß, die Lehrerin zu einem Verhör zu laden, als jetzt ihre Verbeamtung zur Entscheidung stand. Die Anhörung, an der neben Röseler noch ein Herr Müller von der Personalstelle und ein Leitender Magistratsrat Gosten teilnahmen, fand am 19. Mai um 14 Uhr im Bezirksamt Charlottenburg, im freien Teil Berlins, statt. Hier das Gedächtnisprotokoll von Eva Althainz.

STADTRAT RÖSELER: Das Verhältnis Berlins zur Bundesrepublik - im VDSK herrscht da eine gegensätzliche Auffassung zu unserer. Nehmen Sie dazu Stellung.

LEHRERIN: Ich bin überfragt.

STADTRAT: Ja, dann eben nur inhaltlich.

LEHRERIN: Das ist mir noch nie irgendwo als Problem aufgetaucht, ich bin tatsächlich überfragt. STADTRAT: Sie sind aber verpflichtet, das zu wissen. Wie im Nationalsozialismus. Auch wer nicht genau informiert war, mußte sich hinterher verantworten. Außerdem haben Sie bei Ihrer Einstellung einen Eid auf die Berliner Verfassung geleistet.

VERTRETER DER PERSONALSTELLE: Haben Sie im VDSK nie politisch diskutiert?

LEHRERIN: Nein, das stand nie zur Diskussion. Wir haben zusammen gezeichnet und fachlich diskutiert, dann ist der Abend auch herum, und das genügt mir auch. Außer Chile, dahaben wir ganz breit diskutiert.

Stadtrat Röseler liest eine sogenannte Solidaritätsadresse des VDSK vor, d ie in der „Wahrheit" vom 23./24. z. 74 erschienen ist. Inhalt: „Westberlin ist nicht Chile, aber hier wie dort herrschen Monopolinteressen. Monopolinteressen ertränkten in Chile die Demokratie in Blut. Monopolinteressen zeichnen in Berlin für Miet- und Preisexplosion, für verstärkten Druck auf die Werktätigen und Gewerkschaften verantwortlich."

STADTRAT: Was halten Sie davon?

LEHRERIN: Das kann ich jetzt so schnell nicht nachprüfen, der Inhalt ist mir zu komplex, eine so plötzliche Stellungnahme ist mir zu happig.

STADTRAT: Sie wissen, daß man aktiv verfassungstreu sein muß, das heißt, man muß gegen so etwas auftreten, weil das für unseren Rechtsstaat eine Diffamierung ist.

EIN VERTRETER DER PERSONALSTELLE: Ein starkes Stück ist doch die Erklärung selbst. Daß Sie da überhaupt überlegen müssen, gibt zu denken. STADTRAT: Im VDSK gibt es Proteste gegenüber Chile, dem 3. Reich und die KZ's (er liest einige weitere Themen vor). Aber kein einziger Protest ist zu finden gegen die Verletzung der Menschenrechte in den Ostblockstaaten.

LEHRERIN: Derartige Dinge sind mir auch nicht bekannt. Chile war ein ganz eklatanter Fall. Da ist ja ein legal gewählter Staat mit brutaler Gewalt zerstört worden.

STADTRAT: Halt, halt! Worum geht es Ihnen? Um die Menschen oder um den Staat?

LEHRERIN: Um die Menschen natürlich zunächst.

STADTRAT (zu den anderen): Ach so, ganz bestimmte Vokabeln! (zur Lehrerin): Das war ein Militärputsch. Sie bagatellisieren Menschenrechtsverletzungen im Ostblock.

LEHRERIN: Mein Repertoire ist nicht so groß, daß ich mich über alle Ungerechtigkeiten der Welt äußern kann in Bildern. Chile ist ein ganz eklatanter Fall.

STADTRAT: Sie wissen von den KZ's im Dritten Reich. Was wissen Sie über die KZ's im Ostblock?

VERTRETER DER PERSONALSTELLE: Zum Beispiel Brandenburg, DDR. LEHRERIN: Da ist mir nichts bekannt.

STADTRAT: Haben Sie Solschenizyn gelesen, nichts gehört von den schrecklichen Taten, wo man gesunde Menschen in Nervenheilanstalten einsperrt? Was ist denn nun schlimmer?

LEHRERIN: (schweigt)

STADTRAT: Man kann sehen, daß sie sich nur einseitig informieren aus linker und linksextremistischer Presse. Im Dritten Reich konnten die Leute wenigstens noch raus. Aus der DDR nicht. Das ist ein einziges KZ mit der Mauer, den

Selbstschußanlagen usw.

LEHRERIN: Aber ich habe einen Schülerin der Klasse, der ist jetzt ganz legal mit seinen Eltern rausgekommen. Ich habe ihn nach dem Grund gefragt. Sie haben offiziell den Grund angegeben, daß sie von der DDR aus nicht überall hinreisen können und deswegen heraus wollten.

VERTRETER DER PERSONALSTELLE (erregt): Halten Sie das für die Ausnahme oder für die Regel?

LEHRERIN: Das wird wohl die Ausnahme sein (zum Stadtrat gewandt), aber Sie haben ja den Vergleich mit dem Dritten Reich gebracht, da war es wohl mindestens die Ausnahme.

(Etwas später erkundigt sich Stadtrat Röseler, ob die Lehrerin die Zeitschrift „Robi" kenne. Dabei blättert er in irgendwelchen Unterlagen.)

LEHRERIN: Nein.

STADTRAT: Aber Ihre Adresse, Mainzer Str. 9, die stimmt?

LEHRERIN: Ja, die stimmt.

STADTRAT (wechselt das Thema, kommt dann nach einer Weile abrupt, wieder in Unterlagen blätternd, auf die „Jung-Pioniere" zurück): Also, Ihre Tochter hat mit den Pionieren nichts zu tun. Sie wissen nicht, daß sie von der SEW gesteuert wird. Von der FDJW haben Sie auch noch nichts gehört?

LEHRERIN: Das habe ich nicht gesagt. Zu den Pionieren geht sie schon hin. VERTRETER DES PERSONALRATS: Wie alt ist Ihre Tochter?

LEHRERIN: Zwölf.

VERTRETER DES PERSONALRATS: Sie wissen ja, bei uns gibt es keine Sippenhaft oder so etwas, aber haben Sie da keine Befürchtungen . . .?

STADTRAT: Wo ist denn das, wo sie hingeht?

LEHRERIN (überlegt): Bei der U-Bahn-Haltestelle Güntzelstraße. Ist das jetzt so wichtig, wo das ist?

STADTRAT: Nein, wichtig ist das nicht. Wilmersdorf, nicht?

LEHRERIN: Ja, in Wilmersdorf wohne ich.

STADTRAT: Geht sie allein hin oder gehen Sie mit?

LEHRERIN: Sie geht allein.

STADTRAT: Waren Sie öfter in Ostberlin?

LEHRERIN: Ja.

STADTRAT: Auf Einladung?

LEHRERIN: Nein, wir haben weder Verwandte noch Bekannte dort. Wir gehen zu Ausstellungen und machen Ausflüge in die Umgebung.

STADTRAT: Waren Sie auch schon in der DDR?

LEHRERIN: Ja, in Dresden, auch zu einer Ausstellung.

STADTRAT: Auf Einladung?

LEHRERIN: Nein.

STADTRAT: Mit üblichem Passierschein?

LEHRERIN: Ja. (Stadtrat Röseler kommt wieder auf den VDSK und seine angebliche SEW-Steuerung zu sprechen.)

LEHRERIN: Die SEW ist meines Wissens keine verbotene Partei.

STADTRAT: Was heißt ‚verboten'? Wenn sie als verfassungswidrig festgestellt ist, ist sie für mich verboten.

Konkret 08/76, S. 28

Chile nach dem Putsch

Beifall für die Junta

In Hamburg beklatschten Bundeswehroffiziere die Hymnen ihres chilenischen Kollegen Kraushaar auf die Junta und in Santiago nennt ein Staatsminister dieser Bundesrepublik Pinochets Wirtschaftspolitik „erfolgreich". Professor Erich Wulff vom Antiimperialistischen Solidaritätskomitee in Frankfurt zu den Äußerungen von Karl Moersch (F.D.P.):

„Tatsache ist, daß die Wirtschaftspolitik der Junta mit über 20 Prozent Arbeitslosigkeit und einer Inflationsrate von 400 Prozent zu unvorstellbarer Verelendung und Not in breitesten Bevölkerungskreisen geführt hat. Die Junta nimmt dies bewußt in Kauf, um ausländischen Konzernen und der heimischen Oligarchie Höchstprofite garantieren zu können. Angesichts dessen müssen Moerschs Äußerungen als ungeheuerlicher Zynismus gewertet werden."

Juristen in Chile

Anläßlich der Konferenz der Organisation der amerikanischen Staaten (OAS) im Juni in Santiago, erlaubte die chilenische Junta einer internationalen Juristendelegation die Einreise. Der Leiter der Gruppe, der Bremer Jura-Professor Gerhard Stuby, faßt die Ergebnisse der Reise zusammen:

1. Die politische Basis des Widerstandes gegen die Junta ist breiter geworden. Er schließt heute auch Kräfte ein, die bisher in Opposition zur Unidad Popular gestanden haben.

2. Die Junta kann sich nur durch Verstärkung der Repression und durch die massive ökonomische und militärische Unterstützung gewisser Staaten, darunter auch der Bundesrepublik Deutschland, aufrechterhalten.

3. Auf Grund der Tatsache, daß es der Junta auch nach 21/2 Jahren noch immer nicht gelungen ist, in einem geplanten Prozeß gegen Luis Corvalan und andere führende Vertreter der Unidad Popular eine juristischfundierte Anklage zu erheben, versucht sie nun, sich ihrer Gegner durch neue Formen des Terrors zu entledigen, indem die durch die DINA verhafteten Personen spurlos verschwinden und ihre Verhaftung' bestritten wird.

4. In allen Gesprächen mit demokratischen Chilenen, die die Gruppe führen konnte, bestand die einhellige Meinung, daß jede ökonomische und militärische Hilfe für die chilenische Junta durch das Ausland eingestellt werden müsse, da diese die Aufrechterhaltung der Repression erst ermögliche.

Hamburger Boykottaktion

In Hamburg starteten 19 Facheinzelhändler eine Initiative zum Boykott chilenischer Waren, darunter vor allem Obst, Gemüse und seltene Südfrüchte. Die Waren können zu Billigstpreisen aus Chile importiert werden, weil der dortigen Bevölkerung das nötige Geld fehlt, um selbst die wichtigsten Grundnahrungsmittel zu kaufen. In einem Aufruf der Einzelhändler unter dem Motto: „Keine Sonderangebote aus Chile, solange Chiles Kinder hungern!" werden die Berufskollegen dazu aufgefordert, keine Waren aus dem faschistischen Chile zu verkaufen.

Ein Spitzel stellt sich vor

Die britische Fernsehgesellschaft ITB konnte kürzlich ihren Zuschauern einen Herrn vorstellen, der zugab, im Auftrag der Junta-Botschaft im Londoner Exil lebende Chilenen bespitzelt zu haben. John Cooper heißt er, und dies war sein Arbeitsplan:

Fotografieren von Demonstranten; Beobachtung der Aktivitäten des britischen Solidaritätskomitees für Chile, Entwenden von Dokumenten aus dem Büro des Komitees; nächtliche anonyme Anrufe bei prominenten Junta-Gegnern; Organisierung von Schlägertrupps, die bei Demonstrationen die Polizei provozieren sollten; Einschüchterung der Gewerkschaftsvertreter, die sich gegen die Lieferung von Kriegsschiffen an die Junta ausgesprochen haben. Die chilenische Botschaft in Groß-Britanien hat inzwischen zugegeben, den Spitzel Cooper zwei Jahre lang beschäftigt zu haben.

Don Quichote

Die Junta hat ein weiteres Buch auf den Index gesetzt: Im Juni wurde aus sämtlichen öffentlichen Bibliotheken, auch aus Schulen und Universitäten, Cervantes' „Don Quichote" entfernt. Windmühlenflügel sind vorerst noch nicht verboten.

Konkret 08/76, S. 28

Winfried Thomsen

Radikalauer

Wer in der Bundesrepublik hat eigentlich die Lockheed-Gelder veruntreut?

„Wo steht die Flasche?" fragte der Mann, dem gerade General Haig vorgestellt worden war.

Er log, stahl, bestach - alles aus Liebe zu Deutschland.

Personen, welche nicht jederzeit für die freiheitliche demokratische Wirtschaftsordnung eintreten, sind a sofort verboten.

Hausdurchsuchung: Personen kamen bei der Fahndung nicht ums Leben.

Er schob seine Enteignung auf die Deutsche Bank.

Gibt es außer der Verfassungsschutzstaffel eigentlich auch eine Verfassungssturmabteilung?

Warum ist die SPD für Notstand, Abhören, Berufsverbot und 88a? Ausschließlich und nur, um Schlimmeres zu verhüten.

Wen entführen wir denn am 2. Oktober?

Er hielt den Fortschritt für eine Bewegung des amerikanischen Präsidenten.

Der Aufsichtsratsvorsitzende des Atomwerks war kerngesund.

Hexenjagd", kreischte der Arzt und entkam auf seinem neuen Besen 300 SL automatic Super de Luxe.

Die EG-Länder wollen künftig bei Terroraktionen zusammenarbeiten.

Die DDR hat mit Sozialismus so wenig zu tun wie der Ochse mit dem Klavierspielen, sagte Willy, der Pianist.

Konkret 08/76, S. 29

Deutsche Gesellschaft für Sexualforschung

Vom schwarzen Mann

Angstkampagne beamteter Sexfeinde

Die Kripo hat im „Schatz ihrer Erfahrungen" gewühlt. „Hab keine Angst", eine Broschüre gegen den sexuellen Mißbrauch von Kindern ist das Ergebnis der Wühlarbeit. Ein Sud von Vorurteilen und wissenschaftlich unhaltbaren Behauptungen mischt sich zum Auftakt des Wahlherbstes zu einer fiesen Angstkampagne. Aufgeilende Plakate und ganzseitige Illustrierten-Anzeigen werben für das Traktat vom Sittenstrolch, das in einer Auflage von über 400 000 an allen Kiosken verkauft wird.

Die Kampagne ist daneben gegangen. Die Verantwortlichen reden sich raus. Prof. Undeutsch, der das Vorwort geschrieben hat, will den Text nicht gesehen haben. Jetzt findet er ihn dümmlich und ohne sachlichen Aufklärungswert. Die Kripo schiebt den Mißerfolg auf die „Werbetechnik".

In einer Stellungnahme macht die Deutsche Gesellschaft für Sexualforschung deutlich, daß die gesamte Kampagne-Werbetechnik hin und Pop her - aus der Angstkiste beamteter Sexualfeinde stammt. KONKRET dokumentiert die Kritik der Sexualforscher Gunter Schmidt (Psychologe), Bernd Meyenburg (Mediziner), Rolf Müller (Pädagoge) und Günter Amendt (Soziologe). Ihre Schlußfolgerung: Die Kampagne ist wissenschaftlich unhaltbar, pädagogisch sinnlos, schädlich und potentiell jugendgefährdend

1. Die Kampagne benutzt kriminalstatistische Daten irreführend. Die Broschüre geht von jährlich 100 000 Sexualdelikten an Kindern aus, ohne zu sagen, daß es sich hier um die Schätzung der Dunkelziffer handelt. Diese Angabe ist in mehrfacher Hinsicht irreführen:

zur Anzeige kamen 1974 -15 318 Fälle wegen sexueller Delikte an Kindern;

aufgeklärt wurden davon - 10 246 Fälle (Aufklärungsquote 66,9 Prozent);

verurteilt wurden 1974 - 2 621 Täter.

Im Jahre 1975 kamen 14 546 Fälle zur Anzeige, aufgeklärt wurden davon 9 975 Fälle (68,6 Prozent);die Zahl der verurteilten Täter liegt für 1975 noch nicht vor.

In allen statistischen Veröffentlichungen der letzten Jahre fällt der erhebliche Unterschied zwischen der Zahl der Anzeigen und der Verurteilungen auf. Dieser Unterschied erklärt sich zunächst daraus, daß sich ein Großteil der Täter aus Kindern und Jugendlichen zusammensetzt, die entweder nicht strafmündig sind oder nur bedingt verantwortlich gemacht werden können. Hinzu treten jene Fälle, in denen die Staatsanwaltschaft das Verfahren wegen Geringfügigkeit der Handlung einstellt, sowie jene Angeklagten, die freigesprochen werden.

2. Die Kampagne schafft ein unterscheidungsloses Feindbild vom „Sittenstrolch". Die angezeigten Fälle und die entsprechende Dunkelziffer beziehen sich auf so unterschiedliche .Sachverhalte wie: das Zeigen oder Entblößen der Geschlechtsteile vor Kindern; die Aufforderung an Kinder, ihr Geschlechtsteil zu zeigen; das Berühren oder Berührenlassen der Geschlechtsteile; den mit beiderseitigem Einverständnis praktizierten Geschlechtsverkehr; den mit Gewalt erzwungenen Geschlechtsverkehr; den Sexualmord. Zitat: „Diese Männer nennt man Sittenstrolche."

Die Kampagne versucht, den Eindruck zu erwecken, es handele sich in der Mehrzahl der Fälle um Sexualmord, mindestens aber um schwere sexuelle Gewalttätigkeit. Tatsächlich wird in etwa zehn Prozent aller Fälle physische Gewalt angewendet. Im Jahre 1975 wurden sieben Kinder aus offenbar vorwiegend sexueller Motivation getötet; an zwei Kindern wurden Mordversuche verübt. Von allen Kindstötungen sind 5 Prozent offenbar vorwiegend sexuell motiviert

Die unredliche Wiedergabe der Kriminalstatistik und das willkürliche Zusammenwerfen von Tatmerkmalen und Tätergruppen macht die prinzipielle Sexualfeindlichkeit der Autoren deutlich. Die Kampagne dient ihnen als Vehikel allgemeiner antisexueller Propaganda. Die unausgesprochene Behauptung der Broschüre, daß jeder sexuelle Kontakt zwischen Erwachsenen und Kindern schädlich sei, ist für die nichtaggressiven Sexualdelikte wissenschaftlich unhaltbar. Es gibt zahlreiche Anhaltspunkte dafür, daß unter bestimmten Umständen solche Kontakte von Kindern gelassen oder positiv erlebt und nicht selten sogar initiiert werden. Psychische Schäden entstehen dann erst durch kriminalpolizeiliche und staatsanwaltschaftliche Ermittlung und öffentliche Verfolgung.

3. Die Kampagne schürt Fremdenfurcht und Fremdenhaß. Durch die bösartige Interpretation alltäglicher Kindererfahrung wird ein Bild vom „bösen Fremden" geschaffen, das nur zu einer schädlichen Verunsicherung führen kann: „Wenn dich jemand freundlich anspricht.. ; dann hat er meistens etwas dabei. Das kann ein kleiner Ring sein (Trick!), eine Tüte Bonbons oder Kaugummis (Trick!) . . . Das sind so ein paar Tricks, an denen man böse Erwachsene erkennen kann." Mißtrauen, Angst und soziale Isolation sollen die Folgen dieser schrecklichen Vereinfachung sein: „Geh nie mit Fremden, wenn sie dich um einen Gefallen bitten. (Hol statt dessen Hilfe)" Zur Verstärkung des Feindbildes vom Unbekannten, der an jeder Ecke lauert, werden Eltern und Familie als die „naturgegebenen Beschützer" undifferenziert herausgestellt. Dieses harmonische Kontrastbild entspricht nicht der gesellschaftlichen Realität. 70 Prozent aller Kindestötungen im Jahr 1974 wurden von Müttern, Vätern und sonstigen Familienangehörigen begangen. Erziehung zur Feindseligkeit nach außen und zur Geborgenheitsideologie nach innen sind die Wurzeln einer verängstigten, mißtrauischen, autoritären Persönlichkeit.

4. Die Kampagne weckt gezielt Sexualangst. Die Broschüre wurde von einer Werbeagentur poppig und „kindertümlich" arrangiert. Die graphische Gestaltung und die Formulierung des Textes scheut nicht vor Schockeffekten und Angstbildern zurück. Das scheinbare Eingehen auf die kindliche Erfahrungswelt klärt nicht Vorurteile von Kindern und Erwachsenen auf, sondern bestärkt und verfestigt sie. Sexualität wird im Zusammenhang von Gefahr, Unheil, Häßlichkeit und Schmutz dargestellt.

Der Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Sexualforschung hält diese Kampagne gegen den „sexuellen Mißbrauch von Kindern" für wissenschaftlich unhaltbar, für pädagogisch sinnlos und schädlich und für potentiell jugendgefährdend. Die dringend notwendige Reaktion auf sexuelle Gewalttätigkeit jeder Art ist unter anderem eine angstvermeidende und sexualbejahende pädagogische Arbeit in Elternhaus und Schule sowie im Spiel- und Freizeitbereich von Kindern und Jugendlichen. Aufgabe der Bundesländer sollte es sein, statt Angstkampagnen zu schüren, die materielle und pädagogischen Voraussetzungen für diese Arbeit zu schaffen.

Zudem bedroht die Kampagne Ansätze zu einer aufgeklärten und ausgewogenen Beurteilung von Sexualdelikten durch Gerichte. Gleichzeitig behindert sie die weitere Entwicklung sozialtherapeutischer Ansätze bei Sexualstraftätern. Denn beides ist angewiesen auf eine vorurteilsfreie und unterscheidungsfähige öffentliche Meinung. In diesem Sinne ist die Kampagne ein weiterer Schritt zur Zurücknahme einmal angestrebter Reformen im Bereich der Sexualpolitik.

Konkret 08/76, S. 30

Günter Amendt

Schon bist du ein Sittenstrolch

Geschichte einer Bahnfahrt

«Komm, hilf mir mal." Der Junge, der mir die Abteiltür aufgeschoben hatte, als wollte er mich auffordern einzutreten, stieg aus seinen Sandalen auf den Sitz und half mir, meine Koffer zu verstauen. Ich schob den blauen Leinensack in dem ich eine Gitarre vermutete, vorsichtig zur Seite. „Spielst du die Gitarre?", fragte ich den Jungen, der so um die 13 sein mochte. Beim Hantieren am Gepäck hatte ich seine Hände gesehen und die leicht gebogenen Fingerkuppen bemerkt. Finger wie sie oft Geiger und Gitarristen haben.

0b die beiden wußten, daß sie in einem Raucherabteil saßen? Ich fragte den Jungen. „Rauchen Sie ruhig", war seine Antwort, „ich habe beim Einsteigen nicht darauf geachtet."

Das kleine Mädchen sagte nichts. Vielleicht hatte sie meine Frage auch gar nicht gehört.

Ihr Bruder hatte sie gerade auf etwas aufmerksam gemacht. Sie stürzte zum Fenster und riß es bis zum Anschlag runter. Es entstand ein schauriges Getöse im Abteil. Meine Zeitung flatterte durcheinander, und der Fahrtwind, der sich im Abteil fing, riß den Rock der Kleinen hoch.

Sehr viel später erklärte Gitte, ich wußte nun schon daß sie Gitte hieß, daß sie Zigarettenrauch hasse. Mißbilligend schob sie mit ihrer kleinen Hand den Rauch aus dem Gesicht.

Ich heiße Peter. Sie heißt Gitte." Peter stellte sich und seine Schwester vor. „Ich heiße Brigitte. Aber sie nennen mich Gitte", widersetzte sich die Kleine empört. „Ich finde Gitte blöd."

„Ihr seid Geschwister?" Die Frage war überflüssig, denn die Geschwisterähnlichkeit war unübersehbar. Eine braune, wohl auch im Winter braune Haut, braune Augen und dunkles Haar. Aber nicht die äußeren Merkmale, sondern ein verblüffender Rollentausch machte die Ähnlichkeit erst deutlich. Peters mädchenhafte Sensibilität kontrastierte mit der jungenhaften Robustheit seiner jüngeren Schwester.

Wo kommt ihr her, wo fahrt ihr hin? Wir kommen aus Darmstadt, fahren nach Hamburg, sind Schüler der gleichen Schule und besuchen den Patenonkel in Hamburg. „Fahren Sie auch nach Hamburg?" Peter wollte das wissen, nachdem wir uns bereits über Städtebau und römische Villen in der Antike unterhalten hatten. „Du kannst du zu mir sagen. Oder ich sage Sie zu dir." Mit der Bemerkung, „ist ja eigentlich egal" stieg Peter auf das du um.

Gitte begann zu nerven. Weniger mich als ihren Bruder. Sie konnte einfach nicht ruhig sitzen. Außerdem war sie wütend. Sie war hinter der Klingel des Servierwagens hergerannt und wollte was zu trinken holen. Enttäuscht kam sie zurück und steckte die sechs Groschen in die Tasche ihres dunkelblauen Anoraks. „Die verlangen zweizwanzig für'ne Limo." Währenddessen hatte ich Peter von Frankfurt erzählt. Vom John Lee Hooker-Konzert im Volksbildungsheim, und daß wir getanzt hatten. Peter spielte Gitarre, und er spielte den Blues. John Lee Hooker? Klar, den kannte er. „Eigentlich beherrscht der ja nur zwei Akkorde." Und dann: „Aber das ist eben der Blues." „Du hast doch ein Spiel dabei. Spiel etwas!" Peter war plötzlich sehr streng und ungeduldig. Aber er schien seine Schwester zu kennen. Sie war fürs erste gebremst.

Schau mal! Pferde. " Peter stand am Fenster und rief seine Schwester zu sich. Ich rutschte zum Fenster und konnte gerade noch sehen, wie ein Hengst eine Stute bestieg. Jedenfalls nahm ich an, daß es Hengst und Stute waren. „Wir haben oft Pferde beobachtet," sagte Peter zu mir gewandt. Er saß schon längst wieder in seiner Ecke und ich in meiner. Gitte hing noch immer ihren Kopf aus dem Fenster auf Ausschau nach Pferden.

Weil ich nicht genau wußte, wobei Peter Pferde beobachtet hatte, war ich vorsichtig: „War wohl so eine Art Sexualaufklärung, oder?" „Nein, Sexualaufklärung ist bei uns über Pflanzen und Bienen gelaufen." Wir hatten eine Art Dreiecksverhältnis. Peter am Fenster, ich an der Tür, beide in Fahrtrichtung. Uns gegenüber trohnte Gitte. Sie hatte die Armlehnen heruntergeklappt und lehnte mit den Armen besser mit den Ellbogenspitzen an den Lehnen. Von dort, mit gespreizten Beinen aufrecht an die Wand gepreßt, gab sie von Zeit zu Zeit ihren Kommentar.

„Die Lehrer werden rot", fuhr Peter fort. „Wenn die Lehrer nicht rot werden, dann sind garantiert die Eltern dagegen. Zu meiner Großmutter habe ich einmal ficken gesagt, Da ist sie aufs Klo gegangen und hat geweint. "

War Gitte gezähmt? Sie saß still und beobachtete von ihrem Kunstledertron aus, was zwischen Peter und mir lief. Ich hatte sie fast ein wenig vergessen. Und längst hatten Peter und ich wieder einmal das Thema gewechselt, als sie sich mit einer Replik in Erinnerung brachte. Auf allen Vieren kriechend wechselte sie ihren Platz und setzte sich zwischen Peter und

mich. Unser Blickkontakt war gebrochen.

In Hamburg, kurz vor der Ankunft, kam Gitte mit einer letzten Frage: „Darf ich auch du sagen?"

Gitte drehte sich noch einmal um und lachte mich an. „Du darfst so nicht lächeln! Höre, man darf so niemandem lächeln", dachte ich erschöpft. Ich warf mich auf eine Bank. Und zurückgelehnt, mit hängenden Armen überwältigt und mehrfach von Schauern überlaufen, flüsterte ich die stehende Formel der Sehnsucht, - unmöglich hier, absurd, verworfen, lächerlich und heilig doch, ehrwürdig auch hier: „There ain`t no excuse for the summertime blues."

Am 23. 6. 1976 bin ich mit lern „Hispania Express" von Frankfurt nach Hamburg gefahren. Ich trug ein blaues Samtjacket und blaue Jeans, eine braune Ledermütze, hochhackige grüne Stiefel und eine Sonnenbrille (sogen. Fliegerbrille).

Bei Einfahrt des Zuges in Frankfurt hielt ich mich etwa in der Mitte des Bahnsteiges auf. Es war meine Absicht, ein Abteil am Zugende zu nehmen, weil das Zugende in Frankfurt den Zuganfang in Hamburg bildet. Von anderen Gründen habe ich mich bei der Suche nach einem Abteil nicht leiten lassen. Unmittelbar nach Betreten des Waggons bin ich in das nächstliegende Abteil eingetreten, in dem ein Platz frei zu sein schien. Ich bin also nicht durch den Gang gegangen, um mir ein Abteil auszusuchen.

Im Abteil befanden sich - wie bekannt - zwei Kinder. Ein Junge und ein Mädchen. Beim Betreten des Abteils mußte ich davon ausgehen, daß die Kinder in Begleitung einer erwachsenen Person reisen würden. Ich muß allerdings einräumen, daß zum Zeitpunkt meines Eintretens sich niemand außer den Kindern im Abteil aufhielt.

Ich gebe zu, daß die Initiative zu dem Gespräch von mir ausgegangen ist. Ich habe mich jedoch ausschließlich in der Absicht an den Jungen gewandt, die Frage des Gepäcks zu lösen.

Von wem die Initiative zur Fortsetzung des Gesprächs ausging, kann ich heute nicht mehr sagen.

Unter Berufung auf die Personenbeförderungsordnung der Deutschen Bundesbahn verweise ich darauf, daß ich berechtigt war, in dem besagten Abteil zu rauchen. Ich habe zu keiner Zeit dem Jungen eine Zigarette angeboten. Ich habe den Kindern auch keinerlei andersartige Angebote gemacht. Vielmehr war es umgekehrt so, daß mich der Junge aufforderte, von seinem Obst bzw. seinen Keksen zu nehmen. Erst nach mehrmaliger Aufforderung habe ich einen gefüllten Schokoladenkeks Marke „De Beukelaer" entgegengenommen.

Es ist richtig, daß ich von mir aus dem Jungen angeboten habe, Du zu mir zu sagen. Das ist kein ungewöhnlicher Vorgang. Ich pflege zu Jugendlichen im Alter des betreffenden Jungen Sie zu sagen. Es sei denn, wir sagen wechselseitig Du zueinander. Die Richtigkeit dieser Angabe läßt sich unschwer durch Befragung der Kinder von Verwandten und Bekannten überprüfen.

Hingegen ist es unrichtig zu unterstellen, ich habe die Sitze des Abteils so verändert, daß eine Liegefläche entstand. Die Anregung hierfür ging eindeutig von dem Mädchen Gitte aus. Die Tatsache, daß ich die Schuhe auszog, spricht ebenfalls nicht gegen mich. Hierin ist lediglich die Folge der Sitzveränderung zu sehen. Richtig ist, daß wir alle keine Schuhe mehr trugen. Während jedoch die Füße des Jungen nackt waren, trug ich, auch nachdem ich mich der Schuhe entledigt hatte, weiterhin Socken (blaue Wollsocken). Auch die Füße des Mädchens waren bekleidet.

Ich bestreite, daß die mehrmalige wechselseitige Berührung unserer Füße von mir absichtlich herbeigeführt worden ist. Diese Berührungen sind zufällig zustande gekommen. Begünstigt wurde dieser Tatbestand dadurch, daß das Mädchen Brigitte (genannt Gitte) äußerst unruhig war, und daß wir eine liegende Haltung einnahmen.

Ich stelle nicht m Abrede daß ich im Verlauf der Fahrt mehrfach für kurze Zeit alleine mit einem der Kinder im Abteil gewesen bin. Ich widerspreche jedoch, wenn behauptet wird, ich habe die Trennung der Kinder betrieben.

Die zeitweilige Abwesenheit eines der Kinder dürfte, abgesehen vom Toilettengang des Jungen, primär darauf zurückzuführen sein, daß Gitte ein äußerst unruhiges Kind ist, das sich auf dem Gang des Waggons Bewegung verschaffte (Motorik). Ich leugne nicht, daß im Verlaufe der Gespräche über Sexualität gesprochen wurde. Das hat sich aus der Situation ergeben. Hieraus kann schon deshalb kein Vorwurf konstruiert werden, weil ich auch in beruflicher Eigenschaft mit dieser Thematik befaßt bin. Alle in diesem Zusammenhang geäußerten Vermutungen über angeblich persönliche Motive bei der Wahl des Themas weise ich als absurd zurück.

Außerdem erlaube ich mir hinzuzufügen, daß wir außer über die hier aufgeführten Themen über eine Vielzahl weiterer Themen gesprochen haben. Ich nenne aus der Erinnerung: Istanbul, Teezubereitung, Zeugniskonferenzen, Bosperus, Zelten, Fische, Segelschiffe, Marktplätze, Hinterhöfe, Eis, Cola, Preise, Schlagersänger, Hendrix, Dylan, Geschwister, Lehrer, Eisenbahnfahrten, Lokomotiven, Schwimmen, Berufsverbot und den Blues.

Ich versichere, den Verlauf der Reise wahrheitsgemäß wiedergegeben zu haben.

Mir ist bekannt, daß ich verpflichtet bin, etwaige Ergänzungen oder Änderungen meiner Aussage von mir aus bekanntzugeben.

(Originalzitate aus der Kinderschreck-Broschüre)

Vorsicht ist gut gegen alle, die Dir etwas Böses tun wollen. Gegen alle die Du nicht kennst.

Wenn Dich jemand freundlich anspricht, hat er meistens etwas dabei.

Nun sind aber nicht alle guten Erwachsenen so leicht zu erkennen wie Vater und Mutter. Und nicht alle bösen Erwachsenen so leicht wie im Western oder Comic. Da erkennst Du die Bösen daran, daß sie auf den Sheriff schießen.

Hab' keine Angst. (Auch nicht vor der Polizei. Sie hilft Dir immer.)

Dabei ist das Herz das Wichtigste am Menschen. Nicht nur weil es in ihm schlägt. Sondern weil man am Herzen erkennen kann, ob ein Mensch gut oder böse ist.

Sex ist immer für zwei. Für Mann und Frau. Aber was macht ein Mann, der keine Frau hat? Er macht sich, wenn er böse ist, an Jungen und Mädchen heran.

Von den Menschen hängt es ab, ob Sex gut oder böse ist.

Konkret 08/76, S. 32

Hermann L. Gremliza

konkret ex-press

Ich habe die Ausgaben der **„Frankfurter Allgemeinen Zeitung"** vom 28. und 29. 6.76 gelesen. Seither weiß ich, daß dies ein Geständnis ist: Ich werde mich nicht mehr darauf hinausreden können, ich hätte von allem nichts gewußt. Was aber den klugen Kopf angeht, von dem ich angenommen hatte, er sei entweder im Preis inbegriffen oder wachse bei Lektüre, so stellte ich fest, daß er gar kein Kopf ist, sondern eine Warnung: Wer denkt, die Artikel der FAZ seien so dumm, mies und platt, weil die Herausgeber dumm, mies und platt sind, der irrt. In Wahrheit ist die Dummheit gewollt, bewußt eingesetzt von einem Kopf, der zu klug ist zu sagen, was er will, und es deshalb bekommt. Es ist der Kopf der herrschenden Klasse, rund wie eine Daimler--Dividende und genauso fett. Oben an der Uniform, sagt Tucholsky, hat der Soldat einen Kopf, damit er weiß, wie hoch er beim Grüßen die Hand zu heben hat. Ähnliches beim Aktionär, um am Scheitel die Höhe des Kurses zu markieren und unterm Kinn den Konkurs. Es ist der Kopf jenes systematischen Klugscheißers, der noch die FAZ hochhält, wenn er sich schon auf den Arsch der „Welt" setzt. Er meidet die Intelligenz, von der er weiß, daß sie selbst dann noch die ruhige Führung der Geschäfte stört, wenn sie von rechts kommt. Jede intelligente konservative Argumentation transportiert mehr Gründe für Revolution, als einem Liberalen lieb sein kann. Konservatives Denken ist revolutionär, weil Denken revolutionär ist. Der kluge Kopf baut vor, daß die Abonnenten der FAZ nicht in Gefahr kommen.

Dem Kopf, und ganz besonders wenn er mit **Friedrich Karl Fromme** zeichnet, gehören Volk und Staat. Frommes „état" ist zwar nicht geradeheraus „moi", aber eine Mehrheitsbeteiligung an diesem „Dienstleistungsunternehmen, das Freiheit schützt und auch Sicherheit zu garantieren hat", hält er doch, und deshalb will Frommes Schutz- und Garantiefirma darauf sehen, daß sie „Leute bekommt, die etwas von ihrem kommenden Beruf halten, also vom Schützen der Freiheit und vom Garantieren der Sicherheit". Der beste Lehramtsanwärter ist eben, wer sich freiwillig zur Bundeswehr gemeldet hat und gratis für den BND spitzelt. Soweit Plattheit und Zynismus -und nun der kluge Kopf dahinter: Vor Jahren kam heraus, daß der Ordinarius für Politikwissenschaft an der Universität Tübingen dem BND Tips für die Anwerbung von Studenten für den BND-Nachwuchs gab. Dieser Professor Eschenburg hatte auch einmal einen Assistenten, der Fromme hieß. Friedrich Karl mit Vornamen, wenn ich mich nicht irre.

„Sollten etwa die freischwebenden Veränderer ihre eigene Angst . . . den jungen Leuten allgemein einreden wollen, zur eigenen Entlastung? Sollten also die Unsicherheiten derer, die Literaten sein oder werden wollen . . . Geht es in Wahrheit um die Angst einer literarischen Subkultur?" Sollten etwa die von vaterlandslosen Gesellen in wurzellose Volksschädlinge und schließlich in freischwebende Veränderer Deklinierten den sprachlichen Kostümwechsel bedeuten, zu dem die Staatserhalter in der dritten Generation gegriffen haben? Sollten etwa darunter braune Unterhosen aufgetragen werden, die dann freilich bei unbedachten Bewegungen - Goebbels: „Literarische Subkultur" - leicht mal hervorblicken? Sollte hier einer, dessen Geburtsdatum ihn daran gehindert hat, sich um mehr als bloß einen Staat Verdienste zu erwerben, durch verdoppelten Eifer zu einigen Herausgebern (**der FAZ**)aufschließen wollen?

Um nichts zu verstehen von dem, was die Welt in ihrem Innersten zusammenhält, kann man, ganz allgemein, auch gleich in Frankfurt bleiben: „Dieses Konzept arbeitet mit einem Basiskriterium und drei Schlüsselkriterien. Mit dem Basiskriterium soll der relevante Markt bestimmt werden können, mit den Schlüsselkriterien will Klauss den Konzentrationsgrad, die Marktbarrieren und die konglomerate Interdependenz herausfinden." Die Arbeit hat sich Herr Klauss gemacht, um Marx zu ärgern, brachte aber nur einen **FAZ-Mann** zum Rezensieren und die Hühner zum Lachen. Über einen konglomeraten Interdeppen.

Folgt die Stunde des Chorgesangs: „„Mit diesen Italienern kann man Pferde stehlen`, hörte man aus dem Mund deutscher Einkäufer. . ." auf einer Mailänder Messe. Also nicht: Ich**, FAZ-Redakteur,** habe mir einen farbigen Spruch ausgedacht, um mein blasses Artikelchen aufzufrischen, sondern eine Gruppe deutscher Einkäufer hat sich vor mich gestellt, und zwei-drei-vier: „Mit-diesen-Italienern-kann-man-Pferde-stehlen." So ganz für sich allein hätte der Redakteur sich nicht getraut, Geschäftspartner Pferdediebe zu nennen. Und seien es auch bloß Italiener.

Was aber wären diese Kaufleute ohne den Redakteur? Was wären die Regierungschefs, was die Häupter ohne den Korrespondenten, der sie erlaucht? Was brennende Häuser ohne bilderreiche Leitartikler, was die Verfassung ohne Fromme? Wären sie überhaupt? In einer Anzeige für die „Zeit" hieß es: **„Theo Sommer** interviewt Henry Kissinger". Das

hat mich enttäuscht. Ich hatte es andersrum erwartet.

Bevor ich's vergesse: Hilfe, mein **Theo** hat versagt! Denn die „Zeit" ist hier am Atlantik nirgends zu haben. Die FAZ tut aber alles, um über den Schmerz hinwegzuhelfen, und schickt ihren Gerhard Rohde: „Dem bundesdeutschen Theater weht - wieder einmal - der Wind ins Gesicht. Als roter Faden zog sich diese mit Klagen verzierte Feststellung durch fast alle Diskussionen. Niveausenkung und Einschränkung erscheinen als Menetekel an der Wand, an die zugleich auch die Kulturpolitiker gestellt wurden. . ." Ariadne Upharsim, ahoi! Gut, es ist nur ein Abglanz der Zeiten, da Theo den englischen Premier die scheuenden Pferde des Pfundkurses am lagen Zügel atlantischer Kordialität die offenen Türen britischer Gelassenheit einrennen ließ. Jetzt sitzt er in Hamburg, vertraut auf das mangelnde Vertriebssystem der „Zeit" und denkt sich „quidquid agis" oder „sunt pueri" oder, ganz hämisch: „Non habet". Aber keine Bange. Ich komme zurück. Auch auf ihn.

Der Kulturteil naht mit Brause: Ein Film „handelt von Kindern und ist für Kinder und Erwachsene, die in einer Ecke ihres Wesens Kinder geblieben sind (und wer wäre das nicht?), gemacht". Man kann das „Und wer wäre das nicht?" auch zu weit treiben, man kann, wenn man will, auch noch mit den dritten Zähnen auf dem Schnuller kauen. Man kann in Pakulas Film **„Die Unbestechlichen"** sehen, „daß an dem Mut, der Durchhaltekraft, der Unbestechlichkeit der Journalisten die Glaubwürdigkeit der Demokratie hängt. Pakula und den Schauspielern ist es zu danken. Sie haben geholfen, das Bild des wahren, freien, demokratischen Amerikas für die Welt wiederherzustellen". Daß Watergate rauskam, ist der Beweis für Freiheit und Demokratie. Ohne Nixon wäre er nicht zu erbringen gewesen. Der hat bekanntlich die Glaubwürdigkeit dort hinhängen lassen, wo sie jetzt hängt.

Was den Frohsinn beim Lesen der **FAZ** stört, sind jene stets wiederkehrenden Akt-Schlüsse, über die von des Gedankens Dressing angekränkelte Autoren, die frommen wie die jämmerlichen, die Mayonnaise ihres Zweifels ausgießen. Wo ein Bier-Berichterstatter nachdenklich wird: „Nach Billigung durch das Kartellamt wird der Brauer-Bund seinen Mitgliedern eine Verpflichtungserklärung vorlegen. Ob da alle mitmachen werden, wird freilich erst die Zukunft erweisen." Damit sie weiß, womit sie die Zeit totschlagen kann. Und von einem Theater-Treffen wird berichtet: „Die anwesenden Kulturpolitiker hörten es. Ob sie sich damit auf Dauer in ihren Parlamenten durchsetzen werden, ist die andere, ungewisse Frage." Wer weiß schon, was die Zukunft bringt? Nicht einmal der Brauer-Bund.

Und das ist das Sprachrohr unserer herrschenden Klasse? Sie ist nicht mal den Fummel wert, in den sie sich hüllt, die gute alte Tunte **FAZ**.

Konkret 08/76, S. 33

Hans Matthöfer

Das heiße Milliarden-Ding

KONKRET sprach mit Bundesforschungsminister Hans Matthöfer (SPD) über den Bau-Boom in Atomkraftwerken. Der Minister will die Betriebssicherheit der Kernreaktoren erhöhen und sie von Ballungsgebieten fernhalten. Doch das Programm, in zehn Jahren 50 der umstrittenen Anlagen zu bauen, hält Matthöfer für unerläßlich

KONKRET: Herr Matthöfer, im guten Einvernehmen mit der Elektro-Industrie wollen Sie bis 1985 etwa 50 neue Kernkraftwerke mit einer Leistung von je 1000 Megawatt bauen. Das damit verbundene Risiko für die Bevölkerung halten Sie für „zumutbar". In der BRD werden ja auch jährlich 17 000 Verkehrstote in Kauf genommen, heißt das, daß Sie kaltblütig weitere 17 000 Tote jährlich durch Reaktorunfälle oder Unglücke auf den Straßen für „zumutbar" halten.

Matthöfer: Erstens baue nicht ich Kernkraftwerke, sondern die Elektrizitätsversorgungsunternehmen.

Ich habe nie gesagt, daß Kernkraftwerke ohne Risiken sind. Als Forschungsminister fördere ich auch nicht die Entwicklung von Leichtwasserreaktoren, um die es sich hier handelt, sondern z. B. Projekte, die der Erhöhung der Reaktorsicherheit dienen. Ich habe die Mittel für die Reaktorsicherheitsforschung verdoppelt und werde sie noch weiter wesentlich erhöhen. Ich bin der Meinung, daß 17 000 Verkehrstote ganz und gar unerträglich sind, aber verschiedene Versuche zur Verminderung dieser Zahl sind in der Bundesrepublik Deutschland wegen der bestehenden politischen Mehrheiten gescheitert. Deshalb habe ich einmal gesagt, daß offenbar bei uns die Mehrheit der Bevölkerung und Politiker bereit sind, Risiken der technischen Zivilisation auf sich zu nehmen, obwohl durch entsprechende gesetzliche Vorschriften und Verordnungen z. B. die Zahl der Toten im Verkehr drastisch zu vermindern wären.

Dies sind keine hypothetischen Toten, dies sind reale Tote, die ich mir sehr wohl vorstellen kann, mit etwas Phantasie, auch für 10 Jahre addiert - entschuldigen Sie dies ungewöhnliche Bild - , dies geschieht jährlich in der Bundesrepublik und ich würde mich freuen, wenn sich auch dagegen Bürgerinitiativen wenden würden.

KONKRET: Wir haben eine große Titelgeschichte darüber geschrieben, in der nachdrücklich für Geschwindigkeitsbegrenzung, und gegen mehr Autos um jeden Preis eingetreten wurde.

Bevor die Autos serienweise vom Fließband auf die Straße rollten und sich die Autobesitzer an ihr Stückchen „Freiheit per Individualverkehr" gewöhnten, gab es keinen Überblick darüber, welche katastrophalen Zustände auf den Straßen hervorgerufen würden. Heute jedoch sollen die Kernkraftwerke serienweise erst noch gebaut werden, und man kennt jetzt schon im voraus die Gefahren wie Strahlenbelastung der Bevölkerung, Unsicherheit im Betrieb des Reaktors, Unfallmöglichkeiten, Schwierigkeiten bei der Wiederaufbereitung, bei der Lagerung des Materials und Schwierigkeiten beim Transport radioaktiven Materials.

Wenn Sie so stark die Sicherheitsforschung für Leichtwasserreaktoren unterstützen und derzeit jährlich 90 Mio Mark allein für Sicherheitsforschung ausgeben, warum bauen Sie dann heute schon die Kernkraftwerke, warum ist die Sicherheitsforschung überhaupt noch notwendig, wenn heute doch schon das Risiko ‚zumutbar` ist?

Matthöfer: Auch wenn die Risikowahrscheinlichkeit gering ist, besteht die Verpflichtung, sie weiter zu vermindern.

KONKRET: Welche Rolle spielt es, daß in der kleinen BRD demnächst Kernkraftwerke immer mehr in Ballungszentren gebaut werden sollen? Nach Ihren eigenen Aussagen in der Broschüre des BMFT „Kernenergie - Eine Bürgerinformation", wird die Sicherheitsforschung deswegen betrieben, weil in den relativ dicht besiedelten Gebieten die Sicherheitsauflagen höher sein müßten, weil mehr Menschen gefährdet sind. Die ländliche Bevölkerung wird also heute eher dem Risiko Atomenergie ausgesetzt; es ist also eine neue Frage der Zahl.

Matthöfer: Nein. Der Bau von Kernkraftwerken in unmittelbarer Nähe von Ballungsräumen ist nicht nur eine Frage der Zahl der Gefährdeten, sondern er wirft auch qualitativ besondere Fragen auf. Ich glaube nicht, daß zur Zeit irgend jemand beabsichtigt, Genehmigungen für Kernkraftwerke in besonders dicht besiedelten Gebieten zu erteilen, aus den Gründen, die Sie genannt haben. Es gibt ein Projekt in Ludwigshafen - der BASF das aber bisher von den Genehmigungsbehörden sehr zögernd behandelt worden ist.

KONKRET: Ist das Problem der Lagerung der hochradioaktiven Abfälle bereits gelöst?

Matthöfer: Wir wollen unsere Abfälle in Salzstöcken lagern, etwa 1 000 m tief abgeschlossen von der Biosphäre; in Formationen, die seit 200 Mio Jahren geologisch stabil sind. Wir sind heute in der Lage, Abfälle in einen glasförmigen Zustand zu überführen, der äußeren Angriffen standhalten kann. Dies ist die sicherste Lagerungsmethode, die wir uns vorstellen können.

KONKRET: Die Lagerung des hochradioaktiven Abfalls ist bisher nur praktisch im Labor gelungen. Die Versuchslagerung soll erst Ende der 70er Jahre beginnen, und über einen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten andauern. Der hochradioaktive

Müll jedoch fällt in den Wiederaufbereitungsanlagen an, die bereits 1985 in Betrieb gehen sollen. Erstens klafft damit eine zeitliche Lücke in der Problemlösung. Zweitens ist es offen, ob diese Versuchslagerungen überhaupt positiv ausgehen. Was soll bei negativen Ergebnissen geschehen?

Matthöfer: Ich teile Ihre Skepsis nicht. Wir sind soweit, daß wir heute schon endlagern könnten. Wir haben noch, wie Sie ganz richtig sagen, eine Reihe von Jahren, um die Technik zu vervollkommnen. Sollte sich aber das Problem so stellen, wie Sie es beschreiben, dann könnte man zwischenlagern, wie die Amerikaner es auch tun.

KONKRET: In Wyhl haben die Bauern und Winzer im Januar 1975 den KKW-Bauplatz besetzt und damit große Schlagzeilen gemacht. Daraufhin griffen Sie rasch das brisante Thema auf und leiteten den Bürgerdialog „Kernenergie" ein, was wollen Sie damit erreichen?

Matthöfer: Ich möchte damit erreichen, daß eine so wichtige Entscheidung wie die Nutzung der Kernenergie, nicht nur von einigen wenigen Politikern oder Technokraten gefällt wird, sondern daß die damit verbundenen Risiken von möglichst vielen Leuten in unserem Lande rational diskutiert werden, damit dann die Meinungen, die sich in diesem Diskussionsprozeß bilden, eingehen in die politische Willensbildung in unserem Lande.

KONKRET: Dieser rationale Dialog wird am grünen Tische geführt, während draußen auf den Bauplätzen und in den Verwaltungsabteilungen inzwischen der Bau von Kernkraftwerken der Wiederaufbereitungsanlage etc. forciert vorangetrieben wird. Die Realität also: Die Bürger werden vor vollendete Tatsachen gestellt! Der Bau wird ja nicht gestoppt, bis sich eine rationale Meinung gebildet hat.

Matthöfer: Wenn Sie sich die Genehmigungspraxis von Kernkraftwerken ansehen, werden Sie feststellen, daß da ja gar nichts überstürzt wird. Man kann doch nicht sagen, weil jetzt nicht erst einmal alles gestoppt und abgebrochen wird, gebe es in der Zukunft nichts mehr politisch zu entscheiden.

KONKRET: Wie schätzen Sie die politische Zusammensetzung der Bürger dieses Landes ein, die in diesen Dialog eintreten? Wer macht das, und aus welchen Motiven?

Matthöfer: Die Bürgerinitiativen haben auf jeden Fall eine positive Funktion, und das ist, daß durch ihren Widerstand - wie es nun mal in einer Demokratie geht -, diese Diskussion überhaupt erst in Gang gebracht worden ist, und daß sie durch ihre zum Teil überspitzte Position diesen Dialog auch in Gang halten. In meinen Kontakten mit Bürgerinitiativen und Umweltschutzverbänden habe ich festgestellt, daß ein großer Teil der Bürger, die sich dort aktiv engagieren, vom politischen Standpunkt her konservativ ist. Das sieht man auch an den Befragungsergebnissen. Arbeiter in den Großstädten akzeptieren und erachten Kernenergie zu einem wesentlich höheren Prozentsatz als notwendig, wie etwa Bauern in landwirtschaftlichen Gebieten. Es ist interessant, daß der Widerstand in Wyhl von kleinen Weinbauern organisiert worden ist, unter aktiver Hilfe von Akademikern, in einem Wahlkreis, der mit sehr großen Mehrheiten CDU gewählt hat, und CDU wählt. Bei diesem Teil der Bürgerinitiativen, die sich gegen eine zu starke Industrialisierung wehren, überwiegt also eine rückwärtsgewandte romantische Vorstellung.

KONKRET: ... also kapitalistische Maschinenstürmer ...

Matthöfer: Dies hat ein Element des Maschinenstürmens in sich. Wenn Sie sich einmal die Theoretiker dieses Widerstandes ansehen, z. B. den CDU-Abgeordneten Gruhl, werden Sie finden, daß einiges an den Analysen oft gar nicht so unzutreffend ist. Wenn es dann aber darangeht, ein realistisches Übergangsprogramm zur Lösung dieser Probleme zu entwickeln, das demokratisch durchsetzbar ist, dann werden Sie viele schwache Stellen finden. Und oft die Forderung, die immer kommt, wenn Konservative und Reaktionäre nicht weiterwissen, nämlich die bürgerlichen Freiheiten zu beseitigen, Rationierung einzuführen, usw.

KONKRET: Zu einem weiteren Komplex: Die Atomenergie soll die Abhängigkeit von den Ölimporten verringern. Nun geht zwar der prozentuale Anteil an Öl, das bis 1985 eingeführt werden soll, zurück, die absoluten Zahlen jedoch steigen. Das bedeutet: Die absolut wachsende Abhängigkeit von den Öllieferanten wird um die zusätzliche Abhängigkeit von den Uran-Lieferländern vermehrt.

Matthöfer: Ja. Es ist richtig, daß Öl, das ja nur sieben bis acht Prozent der bekannten fossilen Brennstoffvorräte darstellt, zur Zeit mit 50 Prozent innerhalb der Bundesrepublik Deutschland verbraucht wird. Das, was wir am wenigsten haben, verbrauchen wir am meisten. Ein Zustand, der auf die nächsten Jahrzehnte gesehen, unhaltbar ist. Das heißt: Öl wird knapp und teurer werden, und wir werden in noch stärkere Abhängigkeit von den jetzigen Lieferländern kommen. Wir werden uns in einem jahrzehntelangen Prozeß auf andere Energieträger umstellen müssen. Dabei wird auch Kernenergie eine wichtige Rolle spielen, sowie Energiesparmaßnahmen, die stärkere Nutzung unserer Kohle und die Entwicklung von alternativen Energiequellen. Die Öl-Länder sind in der Regel nicht gleichzeitig die Uranländer. Natur-Uranvorkommen sind relativ breit gestreut, und wir beuten Vorkommen aus in Kanada, in Niger; wir verhandeln mit den Australiern, Algeriern, Brasilien.

KONKRET: Und Südafrika! Südafrika liefert 40 Prozent des Natur-Urans der BRD . . .

Matthöfer: Wir bekommen gewissermaßen eine Diversifizierung der Bezugsrisiken; mehr kann man in einem rohstoffarmen Land nicht verlangen, das 90 Prozent der Rohstoffe, die es verbraucht, einführt. Oder umgekehrt ausgedrückt: ein Land, das vielleicht 1,3 Prozent der Weltbevölkerung ausmacht, verbraucht über zehn Prozent der Rohstoffe der Welt. Eigentlich sind dies Zustände, die wohl auf lange Zeit nicht haltbar sind. Da muß man diversifizieren, muß man neue Rohstoffquellen erschließen, Programme machen, die Technologien entwickeln, um mit den Rohstoffen schonender umzugehen. Wir dürfen die Rohstoffe, wenn sie gebraucht sind, nicht fortwerfen, sondern müssen sie wieder in den Produktionsprozeß einführen, sie recyceln, alles dies gehört dazu.

KONKRET: Die deutsche KWU hat sich um die Lieferung von AKW nach Südafrika beworben. Jetzt hat Frankreich den Auftrag bekommen, aber die Bundesrepublik liefert Atomindustrieanlagen nach Brasilien: Export atomarer Energie - ein Handel mit Waffen?

Matthöfer: Kernkraftwerke sind keine Waffen. Unabhängig von dem Vertrag, den wir zusammen mit den Kontrollmechanismen vereinbart haben, ist Brasilien durchaus in der Lage gewesen - ähnlich wie in Indien -sich Zugang zu den atomaren Technologien zu verschaffen. Da sie sich aber den Kontrollen, die übrigens über den Sperrvertrag hinausgehen, in allen bilateralen Verträgen, aber auch in einem trilateralen Vertrag mit der internationalen Atomenergieorganisation unterworfen haben, vermute ich, daß sie nicht ernsthaft vorhaben, sich eine Bombe zu bauen, jedenfalls nicht mit den deutschen Anlagen.

KONKRET: Da kann auch gleich die Bundesrepublik Deutschland das Geschäft machen?

Matthöfer: Die Bundesrepublik Deutschland ist ein rohstoffarmes Land, das gleichwohl in der Spitzengruppe der fünf reichsten Länder ist. Wir werden in zunehmendem Maße am Weltmarkt nicht mehr auftreten können mit massenhaft produzierten Gebrauchsgütern. Wir werden in zunehmendem Maße, wenn wir unseren Lebensstandard halten wollen, was die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung vermutlich will, darauf angewiesen sein, komplexe Technologien zu exportieren.

KONKRET: Sie sagten eben, daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung den Lebensstandard halten will. Viele Menschen in der BRD, auch Politiker und Wirtschaftswissenschaftler, haben schon lange erkannt, auch im Orientierungsrahmen' 85 der SPD, daß der bisherige Wachstumsfetischismus untauglich ist, Lebensqualität zu schaffen. Gerade die Atomkraftwerke, samt den nachfolgenden Industrien, die gerade diesen Strom aus Kernkraftwerken verbrauchen (so ist das KKW Stade an der Unterelbe nur gebaut worden, weil der Alu-Konzern Reynolds die Abnahme des Stroms versprochen hat), genau diesen alten Wildwuchs von Wirtschaftswachstum zu fördern scheinen. Wäre das nicht eine Aufgabe in Bezug auf die Energiepolitik, qualitative Maßstäbe zu setzen, anzustreben . . . ?

Matthöfer: Ich stimme Ihnen in dem Inhalt dieser Frage voll zu. Was Sie beschrieben haben, den allerdings allmählichen Übergang von einem lediglich in monetären Einheiten ausgedrückten Wachstumsbegriff, der sich aufs Bruttosozialprodukt bezieht, hin zu einem mehr qualitativen Wachstumsbegriff, für den uns noch viele Indikatoren fehlen, dies ist meine Politik als Forschungsminister. Wir fördern ja mit sehr viel mehr Nachdruck als früher energiesparende Techniken.

KONKRET: Den „Nachdruck" der Forschung kann man u. a. an der Höhe der Forschungsgelder ablesen: 1975 wurden im BMFT 1,5 Milliarden Mark für Energieforschung und Technologie ausgegeben, und davon 179 Mio. für nichtnukleare Forschung. Da sind drin: Sonne, Wind, Geotherme, Kohleverflüssigung und dergl. Das sind etwa zehn Prozent.

Matthöfer: Ja, aber: dieses Ministerium hat einmal als Atomministerium begonnen, d. h. wir haben sehr weit fortgeschrittene Programme im Bau von Prototypen. Der Hauptbrocken der Ausgaben geht in den Bau des „Schnellen Brüters" bei Kalkar und des Hochtemperaturreaktors bei Schmehausen. Die Förderung der Kernenergie ist nun mal teurer als entsprechende Projekte im nichtnuklearen Bereich. Richtig ist, daß die nichtnukleare Energieforschung im großen Stil erst im Jahre 1974 begonnen wurde, z. B. die Sonnenenergie forschung: das Sonnenhaus in Aachen, das Schwimmbad in Wiehl, das Vierfamilienhaus in Essen. Wir haben damit demonstriert, daß unter den klimatischen Bedingungen der Bundesrepublik Deutschland so was möglich ist. Ich glaube, wir haben hier die Industrie auf ein Gebiet gestoßen, in dem sich jetzt ein breiter Markt eröffnet. Hinzu kommt, daß z. B. Gelder für den Bau eines Stücks der Fernwärmeschiene Ruhr in meinem Haushalt nicht auftauchen, weil sie im Konjunktur-Programm sind oder Investitionsprämien von 7,5 Prozent für Investitionen auf dem Gebiet der Energieeinsparung. Allerdings werden wir durch unsere Energieeinsparungsmaßnahmen in den nächsten zehn Jahren keine Prozentsätze erreichen, die es erlauben würden, auf Kernenergie zu verzichten.

KONKRET: Trotzdem betonen Sie als Forschungsminister Energieersparnis und Entwicklung von Alternativen. Demgegenüber stehen die permanenten Werbekampagnen - „verbraucht mehr Strom" -die von den Elektrizitätsunternehmen per Annoncen in Zeitungen, Plakaten, Werbefilmen, Sendungen im Werbefernsehen etc. durchgeführt werden. Da wird Ihre Politik wirklich glatt unterlaufen von diesem privatwirtschaftlichen Interesse mehr Strom zu verkaufen und Profit zu machen.

Matthöfer: Profit machen ist die eine Sache. In der Regel handelt es sich bei den Elektrizitäts-Unternehmen um Gesellschaftsformen, die weitgehend im Eigentum der Gemeinden sind. Zum anderen: Ich kann als Forschungsminister den Elektrizitätsversorgungsunternehmen nicht sagen, wie sie ihre Tarife gestalten sollen usw.

KONKRET: Der Staat hat für Kernforschung, Kerntechnik und Entwicklung bisher 18 Milliarden Mark ausgegeben. Er trägt die Folgekosten, die Gesellschaft trägt die Umweltbelastung, der Steuerzahler subventioniert die niedrigen Strompreise für Sonderabnehmer, die übrigens die günstigen Tarife bekommen. Wo bleiben die Gewinne, die jetzt gemacht werden, in wessen Kassen fließen jetzt die Gelder, die mit der Kernindustrie verdient werden?

Matthöfer: Erstens ist davon nur ein Bruchteil in die Förderung von Leichtwasser-Reaktoren geflossen. Wer die Gewinne erzielt, das muß man sehen. Einmal sehe ich, daß eine Muttergesellschaft der KWU - AEG - in diesem Engagement schwere Verluste erlitten hat. Die KWU macht im Moment auch Kurzarbeit, trotz des größten Auftragsbestandes aller Industrieunternehmen in der Bundesrepublik Deutschland. Die Gewinne, die gemacht werden, werden besteuert werden wie andere auch. Die Modernisierung der Wirtschaft, die Stärkung ihrer Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit, ist eine nationale Aufgabe, die ganz unabhängig zu lösen ist von der Frage der Eigentumsverhältnisse.

KONKRET: Die KWU arbeitet gerade kurz. Das ist kein prinzipielles Argument dafür, daß die Kraftwerkunion den Milliardenauftrag über zwölf Milliarden Mark -das Exportabkommen mit Brasilien - sogar noch mehr, nicht einer der Hauptnutznießer der Kernenergie ist. Der Staat hat außerdem bei diesem Atom-Abkommen mit Brasilien Startvorbereitungen mit getroffen. Trifft da nicht die These zu, daß Staat und Monopole im Spätkapitalismus in den wichtigsten Gebieten aufs engste zusammenarbeiten, und der Staat für diese entsprechenden Monopole finanzielle, politische und organisatorische Vorarbeit leistet?

Matthöfer: Gut, wenn wir das Wort „Monopole" weglassen. Es gibt ganz sicher Zusammenarbeit zwischen Staat und Großkonzernen, wer wird das bestreiten . . . sicherlich niemand, der auf meinem Stuhl sitzt. Welche politischen Schlußfolgerungen ich aus dieser Sache ziehe, können Sie im SPD-Grundsatzprogramm und im Orientierungsrahmen '85 meiner Partei nachlesen.

Konkret 08/76, S. 36

Max Jäggi

Tod aus der Babyflasche

In der Dritten Welt ist Flaschenmilch für viele Säuglinge tödlich. Trotzdem propagiert der Schweizer Multi Nestle seine Milch mit massiver Werbung und versucht, Kritiker mundtot zu machen. Vor einem Schweizer Gericht ging der Konzern baden

Ob „Sarotti"-Schokolade oder „Maggi"-Suppe, ob ‚Findus"-Gefrorenes oder „Nescafé-Gold", ob Käse, Kakao oder Ketchup - der Nahrungsmittelkonzern Nestle ist mit Eß- und Trinkbarem so allgegenwärtig, daß der Bundesbürger, indem er sich ernährt, fast zwangsläufig zum profitgarantierenden Nestle-Kunden wird. Weltweit setzte der helvetische Fressalien-Multi (größtes Schweizer Unternehmen, zweitgrößter Nährmittelproduzent der Erde) allein 1975 rund 18,3 Milliarden Mark um. Und davon entfiel immerhin eine gute Milliarde Mark auf die renommierte Nestle-Kindermilch. Doch diese Baby-Milch aus der Saugflasche ist dem Großkonzern jetzt sauer geworden.

Als wichtigster Hersteller von Säuglingsmilch muß sich die kapitalkräftige Schweizer Firma nämlich Vorwürfe gefallen lassen, die das bisherige Bild von der segensreichen Nestle-Tätigkeit - vor allem in den Ländern der Dritten Welt - in einen zynischen Kapitalisten-Witz verwandeln. Und zumindest vor Gericht mag der Konzern die Vorwürfe nicht einmal bestreiten.

Urheber dieses massiven Frontalangriffs gegen Nestle sind 13 junge Schweizer. Als Mitglieder der entwicklungspolitisch engagierten „Arbeitsgruppe Dritte Welt" (AG3W) prangerten sie mit knallharten Fakten die Verkaufs- und Werbemethoden an, mit denen die am Genfer See domizilierte *Nestle Alimentana S. A.* in Entwicklungsländern ihre Kleinkindernahrung absetzt. Folge: Der mächtige Milch-Multi klagte gegen seine finanzschwachen Kritiker - doch Nestles gerichtlicher Gegenschlag geriet zum Schlag ins Wasser.

Angefangen hatte der ungleiche Clinch im Frühsommer 1974. Damals legte die AG3W die deutsche Übersetzung einer Studie der britischen Hungerhilfsorganisation „War an Want" vor, die unter dem Originaltitel „The Baby Killer" die verhängnisvolle Rolle der Saugflasche in unterentwickelten Ländern entlarvt hatte. Die Übersetzer fühlten sich „verpflichtet, die Öffentlichkeit in der Schweiz, dem Mutterland der Nestle, auf die Ergebnisse der Studie aufmerksam zu machen", und gaben der deutschsprachigen Version des Berichts die unmißverständliche Oberschrift „Nestle tötet Babies".

Vor allem diese konkrete Titelaussage, aber auch noch drei weitere harte Anschuldigungen des Berichts, empfanden die Konzernmanager als „ungeheuerliche Verleumdung". Doch der zuständige Berner Einzelrichter sah - für ein Schweizer Gericht überraschend genug - die Sache anders:

· Statt zu der von Nestle-Anwalt Hans-Peter Walter geforderten mehrmonatigen Gefängnisstrafe verurteilte der Richter die Nestle-Kritiker bloß zu einer Symbol-Buße von 300 Franken pro Kopf. Begründung: Der Satz „Nestle tötet Babies" erfülle den Tatbestand der „üblen Nachrede".

· **Statt der erhofften Reinwaschung bescherte der Richter den Nestle-Bossen den Klartext-Rat, ihre fragwürdigen Werbemethoden „von Grund auf neu zu überdenken".**

Die Thesen der „Arbeitsgruppe Dritte Welt" und ihre Vorwürfe gegen den Nährmittel-Giganten bleiben darum unbestritten.

· Tausende von Kindern in den Entwicklungsländern, namentlich unter den ärmsten Bevölkerungsschichten, sterben oder tragen dauernde Schädigungen davon, weil sie künstliche Säuglingsnahrung erhalten. In ländlichen Gegenden - etwa in Chile -ist die Sterblichkeit von flaschenernährten Säuglingen in den ersten drei Lebensmonaten dreimal höher als die von brusternährten Kindern.

· **Künstliche Säuglingsnahrung erfordert eine hygienische Küche und die tägliche Sterilisation der Flasche. Weil dies bei der armen Bevölkerung trotz entsprechender Aufklärung nicht möglich ist, erkranken und sterben Tausende von Kindern an Magen-Darm-Krankheiten.**

· **Die künstliche Säuglingsnahrung von Nestle und anderen Konzernen ist für die arme Bevölkerung viel zu teuer: In Indien kostet diese Ernährung für Säuglinge im dritten Lebensmonat 22 Prozent der niedrigsten Einkommen, in Nigeria, Afghanistan und Pakistan liegt der Prozentsatz zwischen 30 und 40 Prozent.** Folge: **Viele Mütter verdünnen die Milch zu stark, und die Säuglinge beginnen an Unterernährung und sogar Auszehrung zu leiden, ohne daß die Mütter die Ursache erkennen.**

· **Nestle und andere Konzerne bringen durch eine rücksichtslose Werbung die Mütter vom Stillen - der gesündesten und billigsten Ernährungsart - ab und suggerieren ihnen die käufliche Kindernahrung.**

Wie rücksichtslos die Milchfirma mittels Massenwerbung neue Märkte erobert, bestätigen eine Reihe namhafter Ärzte aus Entwicklungsländern und die Beweismaterialien, die die „Arbeitsgruppe Dritte Welt" dem Berner Gericht vorlegte. Wichtigstes Werbemerkmal: Weil der Großteil des aus der Unterschicht stammenden Zielpublikums nicht Zeitung lesen kann, aber fleißig Radio hört, berieselt es Nestle via Transistor. Allein im westafrikanischen Staat Sierra Leone ließen die marktbeherrschenden Schweizer 135mal monatlich in allen Landessprachen einen Radio-Spot ausstrahlen, der den schwarzen Müttern einhämmerte: „Gib deinem Baby Liebe und ‚Lactogen'."

In ihrer Werbung für Baby-Milch, beteuern die Nestle-Bosse, würden sie selbstverständlich „immer" darauf hinweisen, „daß Muttermilch das Beste fürs Kind" sei, und ihre Kunstmilch nur für den Fall anpreisen, daß die Mutter „keine oder nicht genügend Milch" habe. Die Werbe-Wirklichkeit sieht allerdings anders aus. In der Jamaika-Tageszeitung „Daily Gleaner" etwa annoncierte Nestle die „Lactogen"-Präparate mit der Schlagzeile: „Sie können Ihr Kind von Geburt an entweder mit ‚Lactogen Standard` oder mit ‚Lactogen Full Protein` füttern." Kein Wort davon, daß die Milch aus der Mutterbrust „das Beste" fürs Kind sei.

Die Anstrengungen des Großkonzerns, seine Säuglingsmilch unters Volk zu bringen, gehen aber noch weiter. Zur Unterstützung der Medien-Werbung beschäftigt Nestle sogenannte „Milch-Schwestern", die Eingeborene über die angeblichen Vorteile prestigeträchtiger Baby-Nahrung „aufklären" und sie mit Saugmilch-Gratismustern aus dem Hause Nestle versorgen. „Medizinisch unqualifizierte Verkäuferinnen werden angeworben", heißt es im Bericht der AG3W, „und in Schwestern-Uniformen gesteckt, um ihrer Werbung in Form von Ernährungsberatung Gewicht zu verleihen." Die gegen diese Aussage gerichtete Strafklage hat Nestle zurückgezogen

„Ich bin überzeugt, daß der Rückgang des Stillens in den Entwicklungsländern in erster Linie auf die Werbetätigkeit der Nahrungsmittelfirmen in diesen Gegenden zurückzuführen ist", erklärte der britische Medizinprofessor und Ernährungs-Experte Derrick Brian Jelliffe, im Nestle-Prozeß als Zeuge der „Arbeitsgruppe Dritte Welt". Und der Berner AG3W-Verteidiger Gerhard Lehmann verglich die Nestle-Methoden mit den Tricks von Drogen-Dealern: „Wenn Nestle Gratismuster verteilt, so verhält sie sich nicht besser als ein Heroinhändler, der dem neuen Kunden die erste Spritze gratis verabreicht, weil er weiß, daß dieser dann von ihm abhängig wird."

Abhängig werden die Mütter in der Tat, wenn sie die kostenlosen Milchmuster erst mal - sozusagen „versuchsweise" - ihrem Baby verabreicht haben. Denn schon die kürzeste Umstellung - weg von der Brust, hin zur Flasche - macht in den meisten Fällen die Mütter zu regelmäßigen Kunstmilch-Kundinnen. Und zwar aus biologischen Gründen: Ist die Brustmilch-Produktion einer stillenden Mutter einmal in Gang gekommen, so benötigt sie zu ihrer Aufrechterhaltung die Stimulation durch den Saugreflex des Säuglings. Fehlt dieser Saugreflex - etwa während eines nur dreitägigen „Versuchs" mit Pulvermilch-, geht die Muttermilchproduktion sofort und sehr rasch zurück.

Die cleveren Nestle-Manager freilich wollen solche Fakten nicht gelten lassen. „Wir fabrizieren und verkaufen Kindernährmittel in der Welt seit mehr als 100 Jahren. In Entwicklungsländern fabrizieren wir sie seit 50 Jahren", rühmt Arthur Fürer, der oberste Konzernchef, die Leistungsfähigkeit des 135 000 Mitarbeiter beschäftigenden Industrie-Giganten im Bereich der künstlichen Baby-Nahrung. Sein auf den ersten Blick einleuchtendes Fazit für die Länder der Dritten Welt: „Die Kindersterblichkeit hat dort in dieser Zeitspanne gewaltig abgenommen. Und wir haben dazu mit unseren Produkten wesentlich beigetragen."

Die Kindersterblichkeit in den Entwicklungsländern hat in den letzten Jahrzehnten tatsächlich stark abgenommen. Daraus aber den Schluß zu ziehen, der Grund für diese Entwicklung liege beim Trend zur Saugflasche, findet die „Arbeitsgruppe Dritte Welt" schlicht „falsch". Und sie stützt sich dabei nicht nur auf Expertenaussagen (Professor Jelliffe: „Ich führe das auf die Verbesserungen der Gesundsheitsdienste und der medizinischen Versorgung zurück"), sondern auf Statistiken aus aller Welt, die beweisen: Flaschenernährte Säuglinge erkranken und sterben in unterentwickelten Regionen eher als Säuglinge, die an der Mutterbrust trinken.

· Beispiel Chile: Eine Erhebung aus den Jahren 1969 und 1970 in 15 chilenischen Dörfern ergab, daß von 1000 brustgestillten Kindern 14 im Alter von drei bis zwölf Monaten starben; bei Flaschen-Babies waren es 39 von 1000, also fast dreimal so viele.

· Beispiel Israel: Eine Untersuchung in drei arabisch besiedelten Dörfern in West-Galiläa ergab 1971 auf 100 ausschließlich brustgestillte Kleinkinder im Alter von sechs Monaten ein einziges unterernährtes; bei den Kindern, die mehr als drei Monate lang nur die Flasche bekamen, hatten 30 von 100 Mangelerscheinungen.

· Beispiel USA: Aus einer Studie in einem Navajo-Indianerreservat im Bundesstaat Arizona resultierte, daß von den brustgestillten sechs Monate alten Säuglingen nur 1,2 Prozent so schwer erkrankt waren, daß ein Spitalaufenthalt nötig wurde; hingegen mußten 17,1 Prozent der gleichaltrigen künstlich ernährten Babies ins Spital.

· Beispiel Jamaika: Zwei Ernährungsspezialisten in der Hauptstadt Kingston ermittelten, daß flaschenernährte Kinder in den ersten vier Lebensmonaten mehr als dreimal öfter an Brechdurchfällen leiden als ausschließlich brusternährte Kinder.

Klar, daß einer der Hauptgründe für diese triste Bilanz beim Mangel an Hygiene-Einrichtungen in den wenig entwickelten Ländern zu suchen ist. „Waschen Sie jedesmal Ihre Hände gründlich mit Seife, bevor Sie die Mahlzeit für Ihr Kind zubereiten", rät Nestle in einem „Mutterbuch". Wieviel allerdings dieser Ratschlag mit der Realität in der Dritten Welt zu hat, zeigt sich allein darin, daß etwa in Zomba, der Hauptstadt Malawis - wo Nestle Säuglingsmilch verkauft -, 66 Prozent aller Haushalte überhaupt keine Waschgelegenheit haben und 60 Prozent aller dort lebenden Familien nicht einmal über eine gedeckte Küche verfügen.

Ähnlich sind die Verhältnisse in den meisten westafrikanischen Staaten. Daß unter solchen Umständen die wohlklingende Aufforderung, Saugflasche und Deckel vor jedem Gebrauch unbedingt in kochendem Wasser auszusieden, an schieren Zynismus grenzt, liegt für die „Arbeitsgruppe Dritte Welt" auf der Hand. Ebenso die Folgerung, daß aus dem notgedrungen unzweckmäßigen - und darum krankheitserregenden - Gebrauch der Milchflasche fast unvermeidlich „eine oft tödliche Kombination aus Diarrhöe, Marasmus und oraler Moniliasis" entstehe. (Diarrhöe: Durchfall; Marasmus: Auszehrung; orale Moniliasis: Mundschwamm, eine Pilzerkrankung im Mund des Säuglings.)

„Von der Werbung für künstliche Säuglingsnahrung, welche die Mutter vom Stillen wegbringt, bis zur Schädigung oder zum Tod von Säuglingen", betont deshalb die AG3W unwidersprochen, „besteht eine lange, aber klar rekonstruierbare Kausalkette." Und die Nestle-Behauptung, die Flaschennahrung senke die Kindersterblichkeit in den Entwicklungsländern -meinte AG3W-Anwalt Gerhard Lehmann vor Gericht - „ist vergleichbar mit derjenigen, wonach seit der Erfindung der Zigarette die mittlere Lebensdauer in Europa gestiegen sei". Nämlich (so Lehmann): „Ein völliger Unsinn."

Daß künstliche Baby-Milch trotz alledem in Sonderfällen als Kleinkinderkost ihre Bedeutung hat, bestreiten die Nestlé-Kritiker nicht. Doch der Zugang zu den Ersatzprodukten sollte „durch die dringende Notwendigkeit für das Kind bestimmt sein", wie das auch die UNPAG (Beratende Gruppe für Proteinfragen der UNO) fordert. „Gelegentlich, weil die Mutter krank ist oder nur wenig Milch hat, muß das Baby künstlich ernährt werden", bestätigt auch Professor M. H. Hamza, der an der Universität von Daressalaam (Tansania) Kinderheilkunde lehrt. Aber auf diese - statistisch unerheblichen - Fälle möchten die kritischen Fachleute den Griff zur Flasche unter allen Umständen beschränkt wissen.

Von einer solchen umsatzbremsenden Deklaration zum Medikament halten zwar die Milchproduzenten nichts. Dennoch haben bereits die ersten Staaten entsprechende Verordnungen erlassen. So verfügte beispielsweise der Gesundheitsminister von Guinea-Bissau im April dieses Jahres eine strikte Rezeptpflicht für den Verkauf von Säuglingsmilch und von Saugflaschen aus Glas - Plastikflaschen sind verboten, „weil sie eine geringere Garantie für korrekte Sterilisierung bieten". Schon zuvor hatte Papua-Neuguinea ein Werbeverbot für Baby-Milch ausgesprochen. Und sogar im klassischen Saugflaschenstaat Schweden sind öffentliche Werbung und Gratismusterabgabe behördlich untersagt.

Auch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) ersucht ihre Mitgliederstaaten dringend, „die Verkaufsförderungsmethoden für Baby-Nahrung zu überprüfen und geeignete Abhilfemaßnahmen zutreffen inbegriffen Werbe-Kodexe und nötigen falls Gesetzgebung". Die Internationale Kinderärzte-Vereinigung verlangt: „Die Verbreitung von Propaganda für künstliche Ernährung und die Verteilung von Gratismustern in Geburtskliniken sollte unverzüglich unterbunden werden." Und der Exekutivausschuß des Kinderhilfsfonds UNICEF ist der Meinung, „daß Mittel und Wege gefunden werden sollten, um die Ernährung mit der Brust zu fördern".

Spitz fragte Rechtsanwalt Lehmann in seinem Berner Anti-Nestle-Plädoyer: „Wo ist denn die Phalanx von Wissenschaftlern, die auf Nestles Seite steht?" Die Frage ist berechtigt. Nicht einmal der einzige wissenschaftliche Zeuge, den der sonst so potente Konzern aufzubieten vermochte, erschien nämlich vor Gericht: Professor F. A. E. Lesi aus Nigeria, von dem sich Nestle qualifizierte Ehrenrettung erhoffte, ließ sich in letzter Minute als „unabkömmlich" entschuldigen. Folge: Das Weltunternehmen mußte sich „auf das bewährte Rot-Kreuz-Image" zurückziehen" (Lehmann) und dem Gericht eine Ordensswester und einen Missionar präsentieren.

Trotzdem mochte der zuständige Richter die gegen den Multi-Riesen angetretenen Arbeitsgruppe-Mitglieder nicht freisprechen. Die aber - obschon mild verurteilt - geben sich mit dem Schuldspruch nicht zufrieden. Sie haben bereits die nächsthöhere Gerichtsinstanz angerufen: und sind „jederzeit bereit, jede beliebige Zahl von Wissenschaftlern zusätzlich einvernehmen zu lassen". Nestle indes dürfte der nächsten Verhandlungsrunde - vor dem Berner Obergericht - weniger zuversichtlich entgegensehen. Denn ihr Beweisnotstand angesichts der harten Vorwürfe war schon im ersten Prozeß nicht zu übersehen.

Ein Muster: Als „Beweisurkunde" legte das Großunternehmen dem Gericht einen Brief vor, den der als Rassist bekannte Schweizer Arzt Hans Martin Sutermeister im November 1975 der Redaktion des ARD-Fernsehmagazins „Monitor" geschickt hatte. Sein Kernsatz: „Wenn nun heute die ‚befreiten` analphabetischen Nigger-Regierungen mit Nestle-Milch Unfug treiben, ohne zunächst einmal sauberes Trinkwasser zu besorgen ist das nicht die Schuld der ‚multinationalen

Konzerne` ."

Konkret 08/76, S. 39

Karl Pawek

Wie was tun?

Nach den emphatischen sechziger Jahren wurde die linksbürgerliche Intelligenzija vom großen Frust gepackt, der oft nur beim großen Fressen verdrängt werden kann: Spaghetti con Selbstmitleid. Konkret analysierte im Juni die Misere - und handelte sich den Vorwurf ein, selbst nur beim langen Jammer stehenzubleiben. Karl Pawek versucht eine Antwort

Wer eine Diagnose stellt, darf sich um die Therapie nicht drücken, auch wenn er damit unweigerlich enttäuscht. Zwar könnte ich es mir einfach machen und allen freischwebenden Intellektuellen - sogar begründbar - die Partei empfehlen, die mir als einzige eine Perspektive zu besitzen scheint, nur wäre damit nicht dem Leser, kaum der Partei geholfen.

Mehr noch als die Analyse eines Zustandes ist jeder Versuch seiner Überwindung abhängig vom individuellen Bewußtseinsstand. Was dem einen Lösung scheint, ist des anderen Irrtum. Grundsätzlichen politischen Entscheidungen müssen eigene Erfahrungen zugrundeliegen, auf Empfehlung hin wird keiner Kommunist, selbst wenn er es zum Generalsekretär bringen könnte. Hinzu kommt, daß eine Therapie praktikabel sein muß, das heißt aber: kurz und wirkungsvoll. So groß das Unbehagen am desolaten Zustand der Linken bei vielen auch sein mag, so gering ist ihre Geduld, Zähigkeit, Zuversicht.

Kurze, einfach scheinende Lösungen führen nicht weiter, zumindest nicht für absehbare Zeit. (Meist sind sie nur die falsche Reaktion auf falsche gesellschaftliche Zustände.) Aber auch langfristige Strategien wie der Marsch durch die Institutionen erwiesen sich als illusionär, wobei es billig wäre darauf hinzuweisen, daß bislang noch immer die Institutionen die Marschierenden, nicht diese die Institutionen verändert haben. Wesentlicher scheint mir, daß die Klassenzugehörigkeit letztlich Erkenntnisprozesse dominiert. Und schließlich können sich die Marschierenden nicht um die Machtfrage herummogeln.

Die deutsche freischwebende Linke hat nur dann eine fortschrittliche Funktion, wenn es ihr gelingt, nicht bloß für's Volk zu denken, sondern mit dem Volk zu handeln. Das aber setzt tiefgreifende Veränderungen in ihrem Selbstverständnis voraus.

Zuerst müßte sie verstärkt sich selbst, aber auch ihre Gedanken und Gefühle organisieren. Wir haben angefangen zu begreifen, daß unsere Individuen gar so individuell nicht sind. Wir haben gelernt, unsere Probleme zu abstrahieren, wir haben die Notwendigkeit eingesehen, uns in Partei/Gewerkschaft/Initiative zu organisieren. Das gilt für unser politisches Leben. Privat aber - und es ist schon bezeichnend, daß diese Trennung überhaupt denkbar ist -denken und handeln die meisten Linksintellektuellen wie kleine Bourgeois. Zwar solidarisieren sie sich mit dem vietnamesischen Volk, aber ihre Solidarität mit dem Partner reicht oft nur für den gemeinsamen Hausputz. Nicht, daß wir eine neue sozialistische Moral des kategorischen Imperativs (DDR) brauchten; was fehlt, ist die Verbindung von Wissen und Bewußtsein, die freilich erst unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen bruchlos sein kann.

Auch reicht es nicht aus, die gesellschaftlichen Bedingungen zu kennen, sie zu analysieren und sich im übrigen um das gesellschaftliche Sein nur karitativ oder unter dem Gesichtspunkt politischer Nützlichkeit zu kümmern. Eine realistische Einschätzung der Wünsche Hoffnungen, Ängste, Freuden, des Bewußtseins nicht eines Abstraktums, sondern des konkreten Lohnabhängigen nebenan schafft erst die Voraussetzung für effektive politische Arbeit. (Ich finde es irrsinnig, wenn Genossen häufig auf die Frage, welche Kontakte sie zu den ‚unpolitischen` Mitbewohnern eines Hauses haben, antworten: „Ach, wenn wir uns sehen, grüßen wir uns freundlich.")

Uralt ist dieses Problem der Trennung von Intelligenz und Volk und hierzulande immer noch ungelöst. Vereinfacht lassen sich die Ursachen dieser Trennung ungefähr so darstellen: Das Volk denkt konkret, gegenständlich, die Intellektuellen abstrakt. (Nur zu Hause und im Suff werden sie wieder Volk.)

Schließlich fehlt der deutschen Linken die antiautoritäre Disziplin. Abgesehen davon, daß dadurch die Arbeit innerhalb der Linken ineffektiv wird - was wir uns nun wirklich nicht leisten können -, verhindert der genialische Schlendrian häufig sogar die Zusammenarbeit mit gewöhnlichen Menschen. So banal es klingen mag: Wer nicht in der Lage ist, eine vereinbarte Angelegenheit in vereinbarter Weise zu einem vereinbarten Zeitpunkt durchzuführen, sollte von Massenmobilisierung gar nicht erst träumen.

Die Levitenlesung ließe sich fortsetzen, doch kehren wir zur Ausgangsfrage zurück: Wie was tun? Ich meine, daß die Qualität des ‚Wie` über den Erfolg politischer Arbeit entscheidet, weniger das ‚Was` (dessen grundsätzliche Richtigkeit natürlich vorausgesetzt ist). Denn politische Arbeit leistet jeder von uns überall, auch wenn er sich dessen gar nicht bewußt wird. Es ist daher zunächst relativ gleichgültig, ob jemand sich in einer Mieterinitiative, dem Komitee gegen Berufsverbote, in der Abrüstungsbewegung oder gleich in der eingangs erwähnten Partei engagiert, solange er/sie für das Volk arbeitet - nicht nur arbeiten will-, auch wenn es wegbleibt.

Eine politische Arbeit freischwebender Linksintellektueller sollte zweierlei leisten: Zum einen ihre eigene Ohnmacht, Unfähigkeit überwinden zu helfen, zum anderen im Volk die Voraussetzungen schaffen für die Verwirklichung der Demokratie. Beide, Intellektuelle und Volk, müssen sich ändern, soll ein nicht-pervertierter Sozialismus Chancen haben in diesem Land. Eine Dynamisierungskampagne könnte dies ermöglichen.

Die Dynamisierungskampagne ist keine Erfindung der portugiesischen Revolution. (Neu war hier nur die Beteiligung der Militärs an solch einer Kampagne). Bereits in den frühen 20er Jahren gab es in der Sowjetunion eine ähnliche Bewegung. Gruppen zogen durchs Land, um - zunächst primär mit den Mitteln des Theaters -aufzuklären, Lernprozesse auszulösen. „Lebende Zeitungen" vermittelten Analphabeten nicht nur historische, politische Vorgänge, sondern auch hygienische, arbeitsorganisatorische usw. Grundkenntnisse. Ähnlich wie in Portugal wurden die Lehrenden sehr bald selbst zu Lernenden, erfuhren Problemstellungen, die ihnen unbekannt waren oder unwesentlich schienen, erfuhren auch, daß gelegentliche Besuche nicht ausreichen. Zur Aufklärung kam die konkrete Mitarbeit an der Verbesserung der Infrastruktur hinzu. Schulen, Krankenstationen, Versammlungszentren etc. wurden aufgebaut, neue Konzeptionen, die erst in der Zusammenarbeit von Volk und Intellektuellen entstanden waren, realisiert. Im Mittelpunkt stand freilich in der UdSSR wie in Portugal die Alphabetisierung.

Beide Versuche erregten zu ihrer Zeit die Aufmerksamkeit der Linken hierzulande, Inder Weimarer Republik mit einigen, in der BRD jedoch ohne alle Konsequenzen für die politische Arbeit. Gewiß, Buchstabieren und Zähneputzen sind Fertigkeiten, die der allergrößte Teil unserer Bevölkerung beherrscht; Lesen, Schreiben, Mentalhygieneaber, allgemein: Fähigkeiten, die auf der Anwendung von Fertigkeiten aufbauen, sind weithin unbekannt. Hier müßte auch bei uns eine Dynamisierung einsetzen, die den Menschen ermöglicht, das vorhandene Instrumentarium einzusetzen, nicht nur wie bisher zur Rezeption ökonomisch-ideologischer Botschaften, sondern zur Selbstverwirklichung.

Konkret: Zur Zeit wird mit großem Erfolg versucht, die Arbeiterphotographiebewegung wiederzubeleben. Nahezu jeder BRD-Bürger besitzt sowohl einen Photoapparat wie auch die Fertigkeit, ihn zu bedienen -zur Reproduktion falschen Bewußtseins. Die Arbeiterphotographie will (und kann) die Apparat- und Fertikeitsbesitzer nun dazu befähigen, mit Hilfe des Mediums Photographie zu sehen, sich mitzuteilen, das heißt: sie dynamisieren. Ähnliches versuchen Video-, Theater- und Songgruppen. Andere Formen traditioneller proletarischer Kulturarbeit (Arbeiter-Radio-Fernsehbewegung etwa) müssen erst wiederentdeckt werden.

Weiter: In nahezu jeder größeren Stadt gibt es bereits Rechtshilfegruppen, Sexual- und Abtreibungsberatungsstellen, vereinzelt Ärzte- und Handwerkskollektive mit nicht profitorientiertem Selbstverständnis, neue Formen der Volkshochschularbeit etc. Alle Gruppen aber wursteln mehr oder minder vor sich hin in Erwartung Interessierter; Querverbindungen gibt es höchstens innerhalb der einzelnen Arbeitsbereiche.

Entsprechend gering, fast zufällig, ist ihre politische Wirkung. Organisiert und erweitert im Rahmen einer Dynamisierungskampagne, deren finanzieller Aufwand geringer wäre als die Summe der jetzt anfallenden Kosten, könnten nicht nur die Reichweite vervielfacht, Gettotendenzen überwunden, sondern vor allem eine wesentliche Intensivierung und Effizienzsteigerung erreicht werden. An Stelle der begrenzten Zielvorstellung (z. B. Abtreibungshilfe oder Mieterschutz oder . . .) träte der Aspekt Dynamisierung mit ungleich größeren Folgewirkungen.

In einem ersten Stadium könnten die Gruppen untereinander Arbeitshilfen geben: Videoleute produzieren für die Sexualaufklärer, Fotogruppen für die Stadtteilinitiative, Theatergruppen berichten über Handwerkskollektive . . . jeweils innerhalb ihres bisherigen örtlichen Wirkungsbereichs. Später sollten gemischte Gruppen in die Vorstädte, in die Provinz gehen, im Rahmen attraktiver Veranstaltungen informieren, initiieren, Lebenshilfe geben. (Ich höre den Aufschrei. Aber die Menschen haben ihre ganz kleinen, ganz unwichtigen unlösbaren Probleme, und Springer und Bauer wissen sehr wohl, warum sie sich ihrer annehmen.) Bei Interesse könnte ein Mitglied für eine begrenzte Zeit im Ort bleiben, Initiativen unterstützen, später zur Verfügung stehen für Beratung, Organisation größerer Projekte. Voraussetzung für diese und andere Arbeit wäre allerdings (ureben der Vermeidung des eingangs beschriebenen intellektuellen Fehlverhaltens), daß sich die sogenannten Chaoten mit den sogenannten Revisionisten wenigstens auf eine gemeinsame Zielsetzung der Kampagne einigen könnten: Auflockerung verkrusteter Denk- und Verhaltensstrukturen, Befähigung zur Selbstverwirklichung u. ä.

Manchem wird die politische Relevanz dieses Vorschlages nicht einleuchten. Aber ist es nicht unsinnig, in der politischen Agitation von der Vergesellschaftung der Produktionsmittel zu sprechen, solange die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung dabei an ihr Häuschen denkt? Eben weil eine revolutionäre Veränderung der kapitalistischen Gesellschaft zumindest für die BRD auf absehbare Zeit undenkbar ist, weil wir aber auch aus den Erfahrungen mit dem Faschismus gelernt haben sollten, daß die Stärkung der kommunistischen Bewegung allein nicht ausreicht, ihn zu verhindern, wenn es nicht gleichzeitig gelingt, das Bewußtsein der lange noch nichtkommunistischen Mehrheit zu verändern, muß unsere Strategie langfristig konzipiert sein und darf scheinbare Umwege, Nebensächlichkeiten nicht scheuen. Die Dynamisierung der Bevölkerung - auch und gerade ihrer konservativsten Teile - scheint mir die dringendste Notwendigkeit. In der BRD votiert die Mehrheit für eine Politik, die objektiv ihren Interessen wiederspricht. Solange diese ideologische Zweckorientierung durch die Herrschenden funktioniert, läßt sich's vom Klassenkampf nur träumen oder schwätzen.

Freilich stünde für eine Dynamisierungskampagne in der BRD nicht Genosse Lebers Bundeswehr zur Verfügung, auch fehlt jene Kraft, die aus dem Wunsch, bereits Erreichtes zu sichern, sich nährt. Die Therapie wäre mühsam und ihr Erfolg nicht einmal sicher. Fraglich, ob die deutschen linksbürgerlichen Intellektuellen die notwendige Energie, Disziplin, Bescheidenheit etc. pp. aufzubringen in der Lage wären. Wenn nicht, ist es wohl nur eine Frage der Zeit, wann wieder einmal der Versuch unternommen wird, am deutschen (reaktionären) Wesen eine dann sozialistische Umwelt genesen zu lassen.

Konkret 08/76, S. 41

Peter Hamm

Ist Brecht schon ein Museumsstück

In den 50er Jahren war das Interesse an ihm so groß, daß es Brecht-Verbote provozierte. Heute, 20 Jahre nach seinem Tod, scheint das Interesse an Brecht rapide nachzulassen. Der meistgespielte Dramatiker, ja - aber beißt er noch? Wie kommt es, daß sich an seinem „Lob des Kommunismus" heute kein Rundfunkrat mehr stößt? - Peter Hamm hat, anhand der lange erwarteten Brecht-Biographie von Klaus Völker, die Brecht-Stimmung sondiert

Ich fürchte fast, Klaus Völkers Brecht-Biographie kommt schon etwas zu spät. Auch wenn sie sein Verlag als „erste umfassende Biographie des großen Stückeschreibers" ausgibt. Was nicht stimmt. Denn - von anderen Brecht-Biographen einmal abgesehen - der Amerikaner Frederic Ewen, ein Altersgenosse Brechts, hat bereits 1967 eine hervorragende Brecht-Biographie vorgelegt (die es seit 1973 als Suhrkamp-Taschenbuch gibt). Ewen hat den Dichter vor dem Hintergrund moderner Weltgeschichte und Weltliteratur interpretiert, während Klaus Völker ihn eher ‚werkimmanent` behandelt, d. h. seinen Gegenstand nicht in Relation zu anderen literarischen Hervorbringungen und Biographien setzt. Weshalb er auch gar nicht auf die Idee kommt, ein bißchen an ihm zu zweifeln, ihn ein bißchen anzukratzen und die Anti-Brecht-Argumente so vieler Autoren von Genet über Ionesco bis zu Handke ernstzunehmen und, wenn möglich, ernsthaft zu widerlegen.

Oder sollte Völker vielleicht gar nicht gemerkt haben (wollen), daß die Brecht-Stimmung umgeschlagen hat, daß das Interesse an Brecht, das in den fünfziger Jahren so groß war, daß es hierzulande Brecht-Verbote provozierte, zwanzig Jahre nach seinem Tode rapide nachläßt (auch wenn sich Brecht-Ausgaben noch glänzend verkaufen und Brecht an unseren Theatern der meistgespielte Dramatiker ist)? Ich denke hier gar nicht in erster Linie an das schwindende Brecht-Engagement der Intellektuellen und der professionellen Literaturbetrachter, vielmehr an das der jungen Linken jedweder Schattierung, die - wenn sie überhaupt noch lesen -lieber anderes lesen, Konkreteres, Aktuelleres, Wallraff z. B. oder gleich Theorie, und denen jede Art der Ästhetisierung ein Umweg auf dem Weg zur nötigen Einsicht zu sein scheint.

Brecht *beißt* nicht mehr, soviel steht jedenfalls fest. Und nicht erst Max Frisch, der von der „durchschlagenden Wirkungslosigkeit eines Klassikers" sprach, hat das gemerkt. Selbst Brechts „Mutter"-Bearbeitung kann heute in einer gewiß ihr kommunistisches Pathos nicht verharmlosenden Inszenierung der Berliner Schaubühne ungehindert durch unsere Fernsehprogramme wandern. Keinen Rundfunkrat oder Programmdirektor (die sich sonst doch an der kleinsten ‚Unausgewogenheit` reiben) stört offensichtlich ihr vehementes „Lob des Kommunismus" („er ist vernünftig / jeder versteht ihn"). Das ist halt Kunst, sagen sich anscheinend die Aufpasser vom Dienst - und dazu eine, die lange vorbei ist (sogar Büchner, der noch so viel mehr beißt als Brecht, und der heute, lebte er, an keiner unserer nach ihm benannten Schulen unterrichten dürfte, geschweige denn den nach ihm benannten Literaturpreis erhalten könnte, selbst Büchner kann, einfach weil er so lange schon tot ist, in jedem Schulbuch gedruckt und ungestraft zitiert werden).

Was aber soll Völkers Buch, wenn es Brechts Kunst offenbar nirgends ernstlich in Frage stellt, wenn es Brechts private und politische Biographie nur, wenngleich spannend, nacherzählt, aber nicht die Brüche in ihr, die Widersprüche hervorkehrt? Ich will nicht behaupten, daß Völker ein kritikloser Brecht-Apologet ist, dazu ist er nun wirklich zu klug. Aber ganz sicher hat er sich mit seinem Gegenstand zu bedingungslos identifiziert und sieht von sich selbst viel zu sehr ab - von sich selbst als einem Manne, der ja nicht nur Mitherausgeber der Brecht-Ausgabe und Dramaturg ist, sondern immerhin auch einmal die deutsche Sektion der Pataphysiker dirigierte und Alfred Jarry bewunderte, Boris Vian übersetzte und selbst Gedichte unter dessen Einfluß schrieb. Jarry und Brecht, das sind doch Gegensätze, über die sich etwas sagen ließe. Oder Artaud und Brechtaber nicht Völker, sondern Thomas Bernhard war es, der über diesen Gegensatz nachdachte. Und schließlich Beckett und Brecht - auch ein aktueller Gegensatz, sollte man meinen, - doch der Name Beckett fällt bei Völker nicht ein einziges Mal, was um so erstaunlicher ist, als Brecht sich doch mit „Warten auf Godot" ausführlich auseinandersetzte und sogar erwog, dieses Beckett-Stück am Berliner Ensemble selbst zu inszenieren (freilich gegen den Strich gebürstet).

Die ideologischen Widersprüche in der Biographie Brechts lassen sich zwar aus Völkers Buch herauslesen, werden von ihm aber nicht als solche analysiert. Schon der vierte Satz seines Buches lautet: „Brecht, der ‚Sohn wohlhabender Leute`, verließ seine Klasse und gesellte sich ‚zu den geringen Leuten'." Das hat Völker aus einem Brecht-Gedicht, in dem sich der Meister -daß Brecht sich spätestens in den dreißiger Jahren gerne als Meister ansprechen ließ, habe ich ohne allzu große Verwunderung von Völker erfahren - zum Verräter an seiner Ursprungsklasse und zum ‚Niedrigen` hochstilisierte. Völker übernimmt die Stilisierung, statt gegen ihren Anspruch anzugehen, sie platzen zu lassen. Dabei schildert er dann über 448 Seiten hinweg einen extrem ich-süchtigen Mann, der stets alle möglichen Privilegien für sich beanspruchte, sich lieber mit ‚Jüngern` als mit ‚Niedrigen` umgab (es sei denn, es handelte sich um Bühnenarbeiter), einen Mann, der nur auf dem Papier

‚freundlich` war - das war seine Lieblingsvokabel-, aber nicht in Wirklichkeit, einen Mann, der als elitärer junger Anarchist aus gutem Hause auf den Plan trat, sich später als Marxist mißverstand, aber nie das Jesuitisch-Macciavelistische in sich ganz verleugnen konnte, einen Mann, der am produktivsten in der Verachtung war, ob er nun „die Kultur" verachtete, die er aber zugleich souverän ausbeutete, oder ob er die Frauen verachtete („die Frauen reichen nicht über ihr Bett hinaus, sie sind nicht gut inszeniert"), die er womöglich noch gründlicher ausbeutete.

Über diesen letzten Punkt kann man bei Völker erstmals Ausführlicheres erfahren. Brechts Liebesleben hat tatsächlich noch niemand so genau geschildert wie Völker. Während Ewens als Hauptinformantin Helene Weigel gehabt zu haben scheint (weswegen sein Buch für alle an Brechts Intimsphäre Interessierte unergiebig ist, da die Weigel natürlich nur „Werkauskünfte" zu geben bereit war), war Völkers Kronzeugin offensichtlich Ruth Berlau, die 1974 verstorbene dänische Freundin Brechts, die ihn seit 1933 unentwegt begleitet - oft auch verfolgt - hat, aber stets im zweiten Glied zu marschieren hatte, was sie schließlich nervlich völlig zerrüttete und zur Trinkerin werden ließ. Bekanntlich „hielt" - man muß es so ausdrücken - sich Brecht meist -und gerade im dänischen Exil - mehrere Frauen nebeneinander, denen gegenüber er zwar alle Rechte hatte (oft vertraglich geregelt!), die aber selbst ihm gegenüber rechtlos waren, nie auf Ansprüche pochen durften. Sie hatten, wie Völker ungerührt feststellt, sich als „Quelle der Produktion" für den Meister zu begreifen. Daß sie sich untereinander zerfleischten, kümmerte Brecht wenig, scheint ihn eher stimuliert zu haben, und auch Völker stört sich daran nicht sonderlich. Ihm scheint es für Frauen anscheinend schon Glücks genug, wenn sie sein Idol überhaupt kennenlernen durften. Auch die Tatsache, daß Frauen in Brechts Werk nur als Mütter, Mägde oder aber als Huren vorkommen, jedoch nie als emanzipierte oder sich emanzipierende, gar gegen den Mann aufbegehrende Geschöpfe, beschäftigt Völker nicht.

Als 1929 Brecht plötzlich die Weigel heiratete, wußte das keine der damaligen Nebenfrauen zuvor. Carola Neher machte, als sie von der Ehe erfuhr, bloß eine Szene, Marieluise Fleißer verließ Brecht danach endgültig, Elisabeth Hauptmann aber unternahm einen Selbstmordversuch. Das Gedicht, mit dem Brecht sich bei ihr herausredete - „um Nachsicht bat", wie Völker es formuliert -, zeigt die ganze anmaßende Selbstsüchtigkeit Brechts und ist daneben noch unfreiwillig komisch. Aber Völker zitiert es wieder einmal voll Einverständnis: „Auf dich wurden Lasten gelegt, die man / Nur auf die sichersten Schultern legt, / Du wurdest übersehen wie das Nächstliegende. / Von dir wurde erwartet /Die besondere Einsicht. / So essen am letzten die, denen das Werk am / Nächsten steht: die Köche." Was, bitteschön, hätte die Hauptmann eigentlich einsehen sollen? Von Völker erfährt man es nicht. Wären die gleichen Zeilen, dem Sinne nach, von Richard Wagner, der sich selbst ähnlich wichtig nahm, wäre Völker der erste, der sie attackieren würde.

Sicher, gelegentlich leistet sich Völker auch Kritik an Brecht, so etwa wenn es um Brechts forcierte Abwertung der Person und des Werkes von Thomas Mann geht. Brecht beschuldigte in seinem blinden Mann-Haß diesen bekanntlich sogar, er habe ihn bei den amerikanischen Behörden als Kommunisten und Sowjetspitzel denunziert. Da platzt auch Völker der Kragen und er erinnert daran, wie vielen kommunistischen Autoren Thomas Mann geholfen hat, und daß er für Hanns Eisler, als dieser vor dem Ausschuß für unamerikanische Tätigkeit verhört wurde, sogar ein Hilfskomitee gründete (daß Mann später den „Antikommunismus als Grundtorheit der Epoche" bezeichnete, sei hier wenigstens am Rande erwähnt).

Am gelungensten scheint mir in Völkers Buch (jetzt einmal von den vortrefflichen Stück-Analysen abgesehen, die immer wieder zwischen die einzelnen Kapitel dazwischen geschoben sind) die Beschreibung von Brechts DDR-Jahren. Nicht daß Völker hier auf einmal Brecht kritischer als zuvor betrachten würde - „Brechts Aufgabe war es nicht, der kommunistischen Partei beizutreten", doziert er begründungslos, die Partei ist offenbar nur für die Deppen gut -, doch immerhin sieht er Brechts Verhältnis zum ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaat als ein äußerst widerspruchsvolles. Man kann zwar, wie Zwerenz es im „Stern" tat, monieren, daß Völker etwa die „Lukullus"-Diskussion - die in Wahrheit einer Maßregelung Brechts gleichkam -herunterspielt und verharmlost, aber zugleich enthalten die Zitate Brechts zur DDR-Politik und DDR-Kulturpolitik, die Völker anführt, noch viel aktuellen Zündstoff. Wenn etwa Brecht der Forderung der SED-Kulturpolitiker nach mehr Optimismus mit dem Satz begegnet: „Man kann mich langsam am Arsch lecken. Damit wird die Kunst echt degradiert", dann ist das eine erfreulich deutliche Sprache, derer sich auch in Zukunft unsere jüngeren Künstler Richtung Kulturministerium Ost-Berlin bitteschön befleißigen sollten -unter Berufung auf Brecht, versteht sich.

Von Völker erfährt man übrigens auch (meines Wissens zum ersten Mal), daß Brecht, dessen ganze Schwierigkeiten mit der DDR immer daraus resultierten, daß er *zu viel Kommunismus* forderte, in den letzten Jahren ernsthaft ein chinesisches Exil erwog. Er ertrug seine Landsleute immer weniger, witterte immer häufiger alte Nazis in ihnen und beschimpfte sie entsprechend: „Vor noch nicht zehn Jahren, schoß es ihm einmal durch den Kopf, hätten ihn seine Schüler vom Berliner Ensemble der Gestapo übergeben" (Völker). Dieser *alte Brecht* (der in Wahrheit ja gar nicht sehr alt war) wird uns in Völkers Beschreibung, trotz seiner diversen Stilisierungen, von Seite zu Seite sympathischer. Das ist ein großes Plus des Völkerschen Buches, das -zieht man ein Fazit - wohl doch mehr eine äußerst umfangreiche und mit bewunderungswürdigem Fleiß zusammengetragene Materialsammlung für eine Brecht-Biographie als diese schon selbst ist. Vielleicht schreibt sie uns einmal Hans Bunge, der ehemalige Leiter des Brecht-Archivs, dem Völker sicher wichtigste Informationen verdankt, der aber unverständlicherweise mit keinem Wort in seinem Buch erwähnt wird.

PS. Hellmuth Karasek hat in seiner „Spiegel"-Rezension des Völker-Buches sich sicher nicht zu Unrecht vor allem für die Frage interessiert, warum dieses eigentlich nicht in Brechts Verlag, bei Suhrkamp in Frankfurt, erschienen ist, und gemutmaßt, daß man dort offenbar noch immer glaubt, „daß die Hagiographie die einzige gemäße Form ist, mit der man sich Brechts Person und seinem Werk nähern darf" (Karasek). Wenn dem so ist - und nichts spricht leider dagegen -, so ist dies der beste Beweis dafür, daß Brecht kein lebendiges, verfügbares Gut mehr ist, sondern ein Museumsstück, an das nicht mehr gerührt werden soll - und bald auch niemand mehr rühren wird. Völker hat die Chance einer Rettung Brechts aus dem Musealen zwar wahrgenommen, aber viel zu wenig radikal genützt. In spätestens zwei Jahren wird Siegfried Unseld Völkers Buch, wenn er von Hanser die Rechte erhält, im Suhrkamp-Verlag in einer der unzähligen Reihen nachdrucken, darauf möchte ich wetten.

Klaus Völker:

Bertolt Brecht. Eine Biographie Hanser Verlag, 448 S., DM 34,-

Konkret 08/76, S. 43

Irmtraud Morgner, Ursula Krechel

„Das eine tun und das andere nicht lassen“

„Ein Buch, das auch die Linke dringend braucht", schrieb F. C. Delius in einer KONKRET-Buchkolumne (5/75), als Irmtraud Morgners Roman „Leben und Abenteuer der Trobadora Beatriz" in der DDR erschien. „So etwas wie eine Bibel der aktuellen Frauenemanzipation," schrieb die Frankfurter Rundschau. Jetzt liegt die Bibel auch in einer westdeutschen Ausgabe vor (Luchterhand), einer der wichtigsten und witzigsten Bücher seit langem. Von dem Titel „DDR-Feministin" will Irmtraud Morgner allerdings nichts wissen

Krechel: „Leben und Abenteuer der Trobadora Beatriz" ist in der Bundesrepublik auf ein außerordentliches Interesse gestoßen. Schon die DDR-Ausgabe lag ganz schnell, obwohl Bücher aus der DDR ja etwas schwieriger zu beschaffen sind, auf Schreibtischen und Nachttischen von vielen Intellektuellen, und ganz besonders auf denen von Frauen. Wie schätzen Sie dieses Interesse ein?

Morgner: Ich glaube, es liegt wesentlich am Stoff, sowohl der Sozialismus als auch die Frauenbefreiung ist auf der Tagesordnung. Das ist ein Epochestoff.

Krechel: Sie haben in den ersten Reaktionen auf ihr Buch sehr schnell den Stempel aufgedrückt bekommen: DDR-Feministin. Ich kann mir vorstellen, daß Ihnen der gar nicht so besonders gut gefällt, weil er Sie ja natürlich auch einengt.

Morgner: Ich lebe in einer anderen Situation als die Frauen in der Bundesrepublik oder in anderen kapitalistischen Ländern. Ich glaube, der Feminismus ist eine Reaktion auf eine frauenfeindliche Umgebung. Mein Staat ist frauenfreundlich.

Krechel: Zumindest was seine Gesetzgebung betrifft.

Morgner: Ja, zumindest was seine Gesetzgebung betrifft und was von Staats wegen getan werden kann. Die große Arbeit, die eine Gesellschaft und die jeder einzelne leisten muß, um die jahrtausendealten Sitten zu verändern, die spielt sich aber vor allen Dingen in der sogenannten privaten Sphäre ab und kann nicht von heute auf morgen und auch nicht in 10 oder 20 Jahren geleistet werden. Das geht allmählich, ist nicht durch Gesetze zu erzwingen, muß wachsen, ist ein schöpferischer Prozeß der Gesellschaft.

Krechel: Simone de Bouvoir hat in ihrem letzten Memoirenband „Alles in Allem" geschrieben: „Heute verstehe ich unter Feminismus, daß man für die speziellen Forderungen der Frauen kämpft." Würden Sie sich in diesem Sinne als Feministin bezeichnen?

Morgner: Ich bin eine Kommunistin, die die speziellen Forderungen der Frauen außerordentlich bewegt. Ich glaube, es ist wichtig für die Frauen zu erkennen, daß man zu allererst mal die Gesellschaft ökonomisch verändern muß in dem Sinn, daß man die hierarchischen Strukturen, die ausbeuterischen Strukturen beseitigt, die ja immer wieder Unterdrückung und Hierarchie wecken. Es ist doch ganz erklärlich, daß eine Gesellschaft, die auf Hierarchie gründet, natürlich diese Hierarchie auch in der Familie fortsetzt und die Unterdrückung. Und so lange Männer gedrückt sind in ihren Berufen, so lange werden sie auch die Frauen drücken. Der erste große Schritt für die Frauenbefreiung ist die sozialistische Revolution. Und dann kommt noch ganz viel Arbeit.

Krechel: Nun können die Frauen der Frauenbefreiungsbewegung in der Bundesrepublik und in anderen westlichen Staaten ja eine sozialistische Revolution hier nicht herbeireden. Aber fallen Sie nicht in gewisser Weise auf die klassische Marxsche These herein, daß zunächst eben der Hauptwiderspruch, die Produktionsverhältnisse, geändert werden muß und dann der Nebenwiderspruch, die Frauenfrage. Wir Frauen in der Bundesrepublik haben ein bißchen den Verdacht, wenn wir nicht den sogenannten Nebenwiderspruch gleich neben dem Hauptwiderspruch einbringen und kämpferisch vertreten, daß dann der Nebenwiderspruch nie mehr gelöst werden kann.

Morgner: Es ist ganz wichtig, sowohl seine Verbündeten zu kennen, mit denen man erst einmal das Minimalprogramm durchsetzt, und gleichzeitig zu wissen, was man außerdem noch will. Das eine tun und das andere nicht lassen.

Krechel: In der „Trobadora Beatriz", in diesem riesigen 700 Seiten Prosagebirge, das auch viele Seitentäler mit ganz anderen Themen als der Frauenfrage hat, gibt es sehr viele phantastische und utopische Momente, die eigentlich im Zusammenhang mit einem solchen Thema sehr neu, sehr befreiend und sehr schön sind. Was für eine Bedeutung haben für Sie diese Momente, diese spezifische Art zu schreiben? Wo kommt die her?

„Frauen finden in der überlieferten Geschichte nur schwarze Kapitel. Sie brauchen die Utopie"

Morgner: Wenn jemand sich mit Frauenproblemen beschäftigt, so beschäftigt er sich ja mit der ganzen Gesellschaft. Es interessiert ihn der Umbruch der ganzen Gesellschaft, weil ja das Frauenproblem ein Menschheitsproblem ist. Das

utopische und phantastische Element - wenn ich das selber erklären soll, im Nachhinein sozusagen - gründet sicher auf der Tatsache, daß Frauen in der Vergangenheit fast nur schwarze Kapitel, was ihre überlieferte Geschichte betrifft, finden. Was für sie interessant ist, ist die Geschichte ihrer Zukunft, das, was schon, jedenfalls in der DDR, etwas in unseren Alltag ragt, was aber noch viel Arbeit verlangt. Und ich glaube, aus diesem Grunde neigen Frauen zu einer utopischen Denkungsart. Wie die meisten Dichter.

Krechel: Wie haben Sie begonnen zu schreiben? Es ist ja allgemein so, daß einer Frau von ihren spezifischen Sozialisationsbedingungen her sehr viel mehr entgegensteht, wenn sie sich entschließt zu schreiben, Schriftstellerin zu werden.

Morgner: Ich komme aus einer Familie, in der es keine Bücher gab. Mein Vater ist Lokführer. Bis zu meinem 12. Jahr dachte ich, die Geheimnisse der Welt könnten gar nicht mit Sprache ausgedrückt werden, sondern würden vielleicht durch Töne ausgedrückt: Zufällig hatten wir ein Klavier im Haus. 1945 wurde von einem entfernten Verwandten ein Spitzboden entrümpelt, weil Einquartierung kam. Da erbeutete ich einen kleinen Koffer, der weggeworfen werden sollte. Darin waren Reclam-Hefte, so ein Sortiment klassischer Literatur, Goethe und so weiter. Ich war also 11, 12 Jahre, hatte vorher so gut wie nichts gelesen, sondern nur gehandwerkt und Musik gemacht, und habe so angefangen, diese Bücher durchzuschwarten. Es war ein unerhörtes Erlebnis, vor allen Dingen, weil wir ja zu Hause wenig sprachen. Wir kamen mit wenigen Worten aus. Ich war überaus erstaunt, was Sprache sein kann. Um mit Schreiben anzufangen, war nötig, überhaupt Mut zu finden, etwas Größeres zu wollen.

Krechel: Das scheint mir etwas klassisch Weibliches zu sein; das betrifft ja nicht nur Literatur; der Mut, etwas zu wollen, fehlt Frauen allgemein.

Morgner: Nicht nur Frauen, allen Unterdrückten. Und die Kraft, die man aufbringen muß, um etwas Ungewöhnliches zu wollen, ist erheblich. An dem Mut, Kunst machen zu wollen, habe ich zehn Jahre gearbeitet. Das liegt daran, weil Frauen - nicht nur Frauen, aber die besonders -keine Tradition im Rücken haben. Das betrifft natürlich auch Arbeiter, die ebenfalls keine überlieferte Geschichte haben, die ihnen beisteht. Leute, ganze Schichten, die nicht nur von den Produktionsmitteln expropriiert sind, sondern auch von ihrer Geschichte, treten ohne Vorgabe ins Leben. Geschichtsbewußtsein ist aber außerordentlich wichtig, wenn man eine historische Bewegung wie die Frauenbefreiung richtig verstehen will. Ohne Geschichtsbewußtsein würden wir bald ungeduldig und möglicherweise einen nostalgischen Rückschlag erleiden. Wir würden hoffnungslos, wenn sich nicht in den nächsten fünf Jahren alles klärt. Sich in einem historischen Zusammenhang zu begreifen, erfordert natürlich Mühe, Kraft, verlangt Intelligenz, Belesenheit und leider viel Geduld.

Krechel: Sie sind aber in der „Trobadora Beatriz" in einem Kapitel auch auf das Problem eingegangen, daß Frauen, bedingt durch ihre spezifischen Produktionsbedingungen, einen geringeren Freiraum haben, um schreiben zu können. Ihre materiellen Bedingungen sind anders. Man kann sich eine Frau nicht vorstellen, die sich wie Thomas Mann um soundsoviel Uhr an den Schreibtisch setzt, um 12 aufhört, dann hat Katja Mann das Essen gerichtet oder wahrscheinlich das Dienstmädchen, dann geht es wieder an den Schreibtisch. Frauen sind vielmehr durch Kleinigkeiten belastet, wollen auch gar nicht diesen Abstraktionsgrad vom alltäglichen Lebenszusammenhang. Sie haben daraus gefolgert, daß möglicherweise Frauen auch einen spezifischen Stil haben.

Morgner: Es kann gar nicht anders sein. Es liegt nicht am Geschlecht, sondern an den sozialen Bedingungen. Jemand, der sozial ganz anders lebt, der muß auch eine andere Art zu schreiben haben, denn: der Stil ist der Mensch. Eine Art zu arbeiten, wie sie beispielsweise Thomas Mann hatte und wie sie viele männliche Schriftsteller haben, die abgeschirmt arbeiten, den Zerstückelungen und Zerstreuungen entrückt, die also ihren Gedanken ungestört nachgehen könne, diese Art von Komfort haben Frauen nicht. Nun will ich nicht gerade aus der Not eine Tugend machen, glaube aber, daß diese Art von Fachidiotentum nicht nur Vorteile, sondern auch Nachteile mit sich bringt.

Krechel: Das heißt also, daß Frauen, weil sie mehr mit der Realität behaftet sein müssen, im Grunde genommen auch mehr Fundus haben. Man sieht es ja auch im Augenblick, zumindest in der Bundesrepublik: Die Autoren, die wahrgenommen werden, denen man denkt, da könnte es weitergehen - das sind meistens Arbeiterkinder oder Frauen.

Morgner: Weise erscheint mir nur der Mensch, der sich sowohl mit geistigen Dingen beschäftigt als auch mit den gewöhnlichen Dingen des Alltags. Unter den Philosophen ziehe ich im Prinzip den Schuster Jacob Böhme einem Hegel vor.

„Der gesellschaftliche Fortschritt läßt sich exakt messen an der gesellschaftlichen Stellung des schönen Geschlechts"

Karl Marx

Konkret 08/76, S. 44

Volker von Törne

Epistel an meine Freunde

1

Freunde, ihr fragt: Lebt der Törne noch? Warum
hat er solange geschwiegen? Blieb ihm die Spucke weg,
die poetische? Hat sein zorniges Herz
sich verzehrt? Fiel er vom Himmel
in einem der Clipper von PAN? Ist er
im stinkenden Wannsee ertrunken? Hat ihn
ein Auto erwischt beim Gang
ums Karree?

2

Freunde, laßt eure Fragen. Zuviel Papier
wird nutzlos vertan von uns Poeten. Zuviel Genossen
fielen im Feuer der Schlachten, während wir ihren Kampf
besangen, satt und in Sicherheit. Zuviel Genossen starben
und sterben auch jetzt, in den Händen
der Henker, während wir sitzen
auf den Podien
der Kongresse.

3

Noch schlägt mein Herz, Freunde, heute hört ihr
von mir, heute schreib ich euch diese Epistel, trunken
von Trauer und Glück und des Himmels flutendem Blau, heute
schreib ich euch dieses Gedicht, während
unsre Genossen tanzen, am 1. Mai 75
unterm südlichen Himmel
in den Straßen der Stadt
HO CHI MINH

Konkret 08/76, S. 46

Hugo Dittberner

Eine kalte Nacht

Eine Liebesgeschichte

Ich will mich kurz fassen.

Als ich im Sommer 1965 in den Semesterferien arbeitete, lernte ich Renate kennen. Ich hatte einen Job bei der Deutschen Grammophon Gesellschaft in Hannover bekommen, als Aushilfe im Urlaub, und arbeitete in den verschiedensten Abteilungen, meistens in der Packerei. Eines Tages wurde ich der Stempelkolonne zugeteilt. Ich fuhr mit dem Fahrstuhl bis in das oberste Stockwerk, und irgendwo auf dem Dachboden, hinter ein paar Säulen, fand ich sie. Die Stempelkolonne bestand aus fünf Leuten, die an drei alten Schreibtischen auf Plattenhüllen ein „R" stempelten, dann die Platten aus den Hüllen zogen und auch auf die Platten ein „R" stempelten. Das „R" hieß „Remittende", und es sollte die Platten kennzeichnen, die aufgrund von Reklamationen der Händler und Kunden zurückgeschickt worden waren. Die Firmenleitung wollte diese Platten nicht einstampfen lassen, weil meistens nur ein kleiner Defekt vorlag, beim Auslauf oder bei einer Nummer auf „iner großen LP. Die „R"-Platen wurden entweder billiger

erkauft, an Betriebsangehörige und Großhändler, oder sie wanderten in die Kartons mit Leihplatten, die jeder Betriebsangehörige für vier Wochen ausleihen kann.

Die fünf Leute waren drei Frauen und zwei Männer. Maria, eine vierzigjährige Frau, war der Boß. Sie saß an einem Schreibtisch mit Martin, der fast sechzig sein mußte und völlig fertig war. Er hing über dem Schreibtisch und mußte auf seine Spucke aufpassen, die sich immer in seinen Mundwinkeln sammelte. Er machte nur den Mund auf, um eine Sauerei vom Stapel zu lassen, am liebsten über alte Frauen, die es mit Hunden treiben. Am zweiten Schreibtisch saßen Marina, eine Frau Mitte dreißig, schwarzhaarig, aber gefärbt, über und über geschminkt und mit den größten Lidschatten, die ich jemals gesehen habe, und Wolfgang, Student wie ich, etwas älter, Jurastudent.

Am dritten Schreibtisch saß Renate, und ihr gegenüber war ein Platz für mich. „Jetzt sind wir komplett", sagte Maria, und alle lachten, als wäre das was Unanständiges. „Ich heiße Rolf", sagte ich. Maria stand neben mir und stellte mir die anderen vor. Zuletzt kam sie zu Renate, ich fand, es war etwas Geringschätzung in ihrer Stimme, als sie den Namen nannte. Renate war Anfang zwanzig. Sie hatte rotes Haar, helle Sommersprossen im Gesicht und eine stabile, ein bißchen eckige Figur. Auch ihre Wimpern waren hell, aber als ich mich ihr gegenüber hinsetzte, sah sie auf, und ich war froh, daß sie schöne Augen hatte: dunkelblau, mit einem kleinen Silberblick, so daß ich von einem Auge zum anderen sehen mußte.

Maria zeigte mir, wie und wohin ich zu stempeln hatte, auf welchen Stapel die deutschen Schlager kamen, auf welchen die englischen, auf welchen die klassische Musik und die Literatur auf Platten. „Weißt du", sagte sie, „es wäre einfacher, wenn einer die Hüllen stempeln würde und der andere die Platten. Aber wir sind alle so unterschiedlich schnell. Wir müssen uns erst wieder erholen. Ich hatte einen Herzinfarkt, die Marina eine Fehlgeburt. Und die Renate einen Unfall an der Presse, obwohl das schon länger her ist. Und der Martin ist sowieso schon scheintot, was Martin?" Sie ging rüber zu ihm und tätschelte ihm die Schulter, während alle lachten.

Es herrschte eine unglaublich geile Atmosphäre, wie ich sie in keiner anderen Abteilung bisher erlebt hatte. Das Wort führte meistens Marina, die in gedrechselter Sprechweise Schweinereien von sich gab. Sie sprach von Wolfgangs Hosentürlein, von seinem Werkzeug und was man damit alles auf einer Hollywoodschaukel machen kann. Wolfgang saß da, gutaussehend und mit einem überlegenen Lächeln, was blieb ihm auch übrig, dachte ich. Er war dafür ziemlich faul und ließ Marina die Arbeit tun.

Die Arbeit hätte ein Blinder mit einem Krückstock beherrscht oder eine primitive Maschine, aber da wir beides nicht waren, fiel es auf die Dauer schwer, auch wenn man es nicht merkte. Weil man die Gedanken nicht beieinander halten konnte und mit den Augen indem staubigen Raum umherirrte, über die Plattenstapel und hin zu den blauen Kitteln der Frauen, die in der Hitze unter dem Dach teilweise aufgeknöpft waren, so daß man in der staubigen Helligkeit das Fleisch und die Unterwäsche leuchten sah.

Die Zeit schlich dahin. An jedem Schreibtisch tat einer die Arbeit: Maria, Marina und ich: denn Renate war tatsächlich sehr langsam. Sie nahm sorgfältig eine Platte nach der anderen, wendete sie um, stempelte, zog die Innentasche heraus, zog die Platte heraus, wendete sie, stempelte, tat die Platte zurück in die Innentasche, die Innentasche in die Hülle und legte das ganze auf einen der Stapel. Alles ohne den Blick zu heben. Erst nach einiger Zeit merkte ich, daß sie die Namen und Titel las: Peter Alexander und Katarina Valente, René Carol und Rudi Schuricke, Buddy Holly und Louis Armstrong, und eine Unzahl von Titeln, die ich alle vergessen habe. Und ich hatte gedacht, sie sei noch von ihrem Unfall so beschädigt, daß sie nicht schneller konnte! Erst wollte ich ärgerlich werden, aber dann schluckte ich den Ärger, wer weiß warum, hinunter.

Nach Feierabend mußte ich als Neuer einen ausgeben. Wir gingen in die Kneipe gegenüber. Sie hieß „Die Schallplatte". Es war staubig gewesen auf dem Dachboden, wir waren durstig, und schnell wurden aus einem Bier viele. Irgendwann verschwanden Maria und Martin, während Marina und Wolfgang, Renate und ich weiterfeierten, was, wußten wir alle nicht. Marina fummelte an Wolfgang herum, und die ganze Kneipe begann von Geschrei und Gelächter zu wogen.

„Jetzt hat die Renate doch endlich auch jemand", sagte Marina immer wieder zwischendurch. „Nun müßt ihr euch endlich näherkommen." Und um kein Spaßverderber zu sein, legte ich Renate einen Arm um die Schulter, ohne daß sie sich wehrte.

Nach Mitternacht fuhr mich Renate in ihrem Auto nach Hause. Vor der Haustür, bei laufendem Motor, als ich mich zu ihr wendete, um Auf Wiedersehen zu sagen, passierte es. Halb rutsche ich aus, halb war es Gewohnheit in einer solchen Sommernacht, ein bißchen waren es ihre schönen blauen Augen, die so unkonzentriert waren. Ich küßte sie, und wieder wehrte sie sich nicht. Es ist deine erste Proletarierin, zuckte es mir durch den Kopf, während ich ihre muhen und ungeübten Lippen spürte. Sie saß steif da und atmete nur heftiger, als ich ihr die Bluse aufknöpfte. Ihre Brust war nicht hart, was ich fast als Demütigung empfand. Ich begann, sie zu streicheln. Plötzlich fuhr ich über eine schorfige Stelle. Ich zuckte zurück:

„Was hast du denn da?", fragte ich.

„Das ist von meinem Amulett", sagte sie entschuldigend.

„Ich habe eine zu empfindliche Haut."

„Nimmst du die Pille?"

Sie schüttelte den Kopf, vielleicht wurde sie rot, aber das konnte ich im entfernten Dämmerlicht der Laternen nicht sehen. Immer noch lief der Motor. Ich hatte keine Fromms dabei, und es würde sich nicht lohnen zu versuchen, mit ihr am Schlafzimmer meiner Eltern vorbei in mein Zimmer zu schleichen.

Aber es war eine Sommernacht. Ich nahm ihre Hände, sie waren groß und raub. Ich legte sie auf meine Hose, doch sie zog sie zurück. Es war eine der ersten Cordjeans, und sie lag über meinen Schenkeln, sanft und empfindlich wie eine zweite Haut. Ich sah zu ihr hinüber. Sie saß dort wie bestellt und nicht abgeholt: mit geöffneter Bluse, die Hände im Schoß, geradeaus auf die Scheibe sehend. Was sollte ich tun?

Ich streichelte ihr Haar und erzählte allerhand aus meinem, jungen, schnellen Leben. Daß ich sogar eine Zeitlang Missionar werden wollte, nachdem ich vor ein paar Jahren zufällig in einem Missionszelt der Inneren Mission die Predigt eines Missionars gehört hatte. Doch dann wurde dieser Missionar für zwanzigtausend Mark im Monat Publie Relations Manager bei einem amerikanischen Konzern, und ein paar Monate später verunglückte er sogar tödlich.

Sie saß mucksmäuschenstill da und hörte mir zu, wie vielleicht nie wieder jemand in meinem Leben. Irgendwann stellte sie den Motor ab, und ich erzählte immer mehr, von mir, von meinen Ansichten, von meinen Erlebnissen. Die Scheiben beschlugen, und es wurde kalt im Auto, aber wir konnten keinen Abschied finden.

Und als ich um halb sechs aus ihrem Auto stieg, und der neue Tag schon mit einem neuen Sonnenschein angebrochen war, wußte ich immer noch nicht, ob sie mir verziehen hatte.

Hugo Dittberner, 32, lebt in Göttingen. Er veröffentlichte 1974 seinen ersten Roman, „Das Internat"; 1976 die Reiseerzählung „Kurzurlaub" (beide bei Luchterhand). Die hier abgedruckte Erzählung erscheint demnächst in der Anthologie „Keine Zeit für Tränen" in der Autoren-Edition bei Bertelsmann

Konkret 08/76, S. 48

Günter Herburger

Ich habe gelesen

In dieser KONKRET-Buchkolumne stellen Autoren ihre jüngste Lektüre vor. In diesem Heft der in München lebende Schriftsteller Günter Herburger („Die Eroberung der Zitadelle", „Die amerikanische Tochter")

Ich möchte die Hauptwerke zweier Männer vorstellen, die ich bewundere. Des einen Buch las ich immer langsamer werdend, damit mir nichts entging. Das des anderen verschlang ich in ein paar Nächten, lachend und schaudernd, während sein Inhalt schon zu Asche zerfiel.

Ernest Bornemann:

Das Patriarchat

S. Fischer Verlag, 624 S., DM 39,80

Beginnen muß ich mit der schweren Fracht, Ernest Bornemanns „Das Patriarchat" (S. Fischer Verlag). Ich ließ es mir zu Weihnachten schenken und dann begann ich zu lesen, mich tief eingrabend, bis ich nicht mehr über den Rand der aufgeworfenen Wälle sah.

Ich erinnere mich noch an Kritiken über das rigorose Werk. Sie waren alle voll Respekt gewesen, daß einer vierzig Jahre lang an seinem Golgatha gearbeitet hatte, doch ständig klang in den Besprechungen ein Mißtrauen und Quängeln mit, ob das Buch wissenschaftlich korrekt sein könne, da spannend geschrieben? Ärger gab es auch wegen des Umfangs des vollgepackten Gelehrtenziegels. Anläßlich von Fernsehsendungen, in denen Bornemann auftrat, fragten saisonale Schnellbrüter, wer das alles lesen solle und hoben mitleidig das dicke Buch hoch.

Wütend aber war eine Kollegin geworden, denn Bornemann schätzt sein „Patriarchat" für die Frauenbewegung etwa als das ein, was „Das Kapital" von Marx für den Kampf der Arbeiter geworden ist. Mitnichten, hatte sie erklärt! Dieses Buch könne nicht ihr Hort sein, denn Bornemann gebe sich nach endlosen Seiten Historie nur kurz mit der Perspektive der Gefechte zwischen Herrschaft und Geschlecht ab, während die meisten Frauen im gesellschaftlichen Standesunterschied gefangen blieben. Es fehle ihm an breit ausgeführter Strategie.

Die Legende vom verschollenen Paradies, verlorenen Glück steht am Anfang, laut Bornemann keine rückwärts gerichtete Utopie, da sie nicht nur im Hebräischen, Persischen, Syrischen und Griechischen auftrete, sondern Inhalt aller regionalen Mythen sei. Der „Garten Eden" sei die Erinnerung ferner Zeiten, als die ersten Wildbeuter und Sammler in einer unbegrenzten und unermeßlich fruchtbaren Welt unterwegs waren, obwohl Natur und Krankheiten noch tödliche Magie verbreiteten.

Die Teilung zwischen unbewußtem Glück und erzieltem Ertrag erfolgte durch den Verstandesblitz, daß die Samenzündung des Mannes in genau gleichem Teil beiträgt zur Fruchtbarkeit der Frau, obgleich nur in jener das Kind gedeiht. Bisher hatten die umherschweifenden Horden geglaubt, die Frau sei autonom, was zur Folge hatte, daß der Mann wenig Rechte besaß, Sippenbezeichnung und Besitz nur matrilinear weitergegeben wurden. Die Männer mußten, wenn sie sich überheblich aufführten, ihr Bündel packen und schauen, wo sie anders unterkamen.

In unser Recht übersetzt hieße das: die Frauen trügen den Familiennamen, vererbten die Güter weiter, würden aber in ihrem Gesellschaftssystem keine Kriege um Vorteile beginnen müssen, da sie sich nicht einsam fühlten. Der Klassenkampf, der seit damals tobt, wird also im Grunde von nichts anderem getragen als der Angst der Männer im Anblick ihrer Einzelheit. Und Bornemann ist, gottlob, Marxist genug, zu diesem Faktum alle Bereiche des vergangenen Lebens heranzuziehen.

Die griechischen Stadtstaaten, die Bewässerungskulturen Vorderasiens und das römische Reich waren auf Sklavenarbeit gegründet, die wiederum ihre Entsprechung im Familienkern besaßen. Die Furcht der Männer vor ihrem biologischen Untergang behauptete einseitiges Erbrecht, Standesgröße, Waren- und Geldakkumulation und vernichtende Selbstbehauptung.

Man kann das alles in einem einzigen Werk nachlesen, warum die historische Welt so geworden ist, wie sie sich dartut. Die Foltern in vielen Staaten heute entsprechen noch der gräßlich verzweifelten Verachtung eines Geschlechtes damals. Die formalen Rechte für Frauen in den wenigen Industriestaaten verweisen in ihren konkreten Mängeln auf die Penetranz historischer Wiederholbarkeit. Doch die Legende vom Paradies blieb.

Ich bedauere sehr, daß Ernest Bornemann nicht ein Lebensalter gleich einer Katze haben kann, also seines mal sieben. Denn auch ich war, wie meine Kollegin, enttäuscht, daß er mit dem römischen Reich aufhört und nur noch kurz in der Sitten- und Kampfesgeschichte der Gegenwart Platz nimmt. Weiterlesen hätte ich wollen, wie das Leben zwischen

Männern und Frauen bei den Merowingern ausgesehen hatte, im Mittelalter, der Renaissance, vor und nach der Französischen Revolution, dann und jetzt, hier und überall. Ich habe vermißt, daß er kein neuer Leibniz geworden ist in vielen, vielen Bänden, auf der Suche nach neuer Einheit, deren wir dringend benötigen.

Saul Bellow: Humboldts Vermächtnis

Roman. Verlag Kiepenheuer & Witsch, 576 S., DM 32,00

Der andere Epiker, den ich hier nennen möchte, ist Saul Bellow, dessen Bücher ich, glaube ich, alle gelesen habe, aber ich weiß nicht mehr recht, was in ihnen stand. Sein neuestes heißt „Humboldts Vermächtnis" und ist soeben im Verlag Kiepenheuer und Witsch erschienen. Ich las es gierig, voll Bewunderung, daß es bezeichnenderweise nun in Amerika einen Schnellstrecken-Proust gibt, eine Art Mittelstandsfeger, der alles zu wissen scheint und ohne Widerstand zu beschreiben versteht, ob es sich um schmutzige Socken oder komplizierte Speisen handelt, Judenleid oder Akademikerhochmut, lockendes Verbrechertum oder freudianische Rabulistik. Ich war voll Neid.

Bellow versucht, dem lauernden Tod zu begegnen, der anscheinend einem sensiblen Intellektuellen schwieriger entgegenkommt als einem in sich verfangenen Kleinbürger. Welches Mißverständnis!

Der Schriftsteller, (und das heißt hier: der Autor sowohl wie seine Hauptfigur), hochgeehrt und mit Preisen bedacht, die er, obwohl er sie verachtet, trotzdem entgegennimmt, strengt sich hinreißend an, daß er, Ironie ins Feld führend, nichts wert sei, dieser zarte Frauenheld, um jenseits allen Unglücks desto schöner wiederaufzuerstehen. Er fürchtet den Tod, aber er fordert ihn nicht heraus. Seine Wirklichkeit ist ihm dafür farbig genug.

Die Leselehre, die ich gern gelernt habe, heißt: nur die Moral gewinnt auf Dauer. Allen Neugierigen wie Verzweifelten, auch Überheblichen im Knick ihrer inneren Unsicherheit lege ich sie ans Herz.

Immer wieder hören wir, man könne kaum verändern, die Verhältnisse, der ökonomische Zwang, Kindheitserlebnisse und Elternschaft verbündeten sich zu einer strengen, geradezu unzerbrechlichen Einheit.

Doch in Bornemanns Geschichtsbergwerk wurde mir auf sinnliche Weise viele tausend Male dargebracht, daß sich die Historie nicht zwingend grausam wiederholen muß. Zum Beispiel erzeugt der Sekundenpragmatismus unseres Wirtschaftssystems, dessen Triebkräfte Egoismus und Vorteil heißen, mehr Sehnsucht als er verkraften kann.

Konkret 08/76, S. 49

Christel Buschmann

Ein Film für die Blindenanstalt

Alexander Kluge erzählt, wie sein Film „Der starke Ferdinand" von der Presse kaputtgemacht wurde. Im Ausland feierte er Wiederauferstehung: er erhielt in Cannes den Preis der Internationalen Filmkritik. Christel Buschmann schrieb diesen Bericht

Ein Film ist fertig: „Der starke Ferdinand" von Alexander Kluge, die Geschichte des Werkschutzmannes Ferdinand Rieche, der wegen „ausufernder" Sicherheitsmaßnahmen seinen Posten verliert und zum Beweis seiner Unentbehrlichkeit einem Minister in die Backe schießt.

Die Arbeit an dem Film hat zwei Jahre gedauert, außergewöhnlich lange. Das war oft alles andere als lustig, aber immer noch lustiger als das, was dann kommt: die Pressearbeit.

Wo fährt man am schlauesten zuerst hin? Nach Hamburg, „Spiegel", „Zeit", klarer Fall. Und wie sieht das dann aus?

Kluge: „Da sitzen Augstein, Karaseck, Limmer („Spiegel"), nächste Reihe Dieter E. Zimmer, Wolf Donner („Zeit"). In einem 8-Mann-Kino ohne Publikum. Vorführformat: Pseudo-Cinemascope, 1:1,85 -Panzerschlitz, Köpfe beschnitten . . ." Also Betonung auf Breitwand. **Kluge:** „Ja, macht jeden normalen Film kaputt."

Wie die da hinkommen, darüber gibt es über die Tatsache, daß man sie eingeladen hatte, hinaus nur Vermutungen. Schlimmstenfalls hatte man soeben Ehekrach, Magenkrämpfe vom Kantinenessen, ein kränkendes Problem mit der Hierarchie des Hauses, die erste Reitstunde . . . der Phantasie sind eigentlich gar keine Grenzen gesetzt. An der Oberfläche erscheint nur folgendes:

Kluge: „Die hatten gerade eine andere Pressekonferenz, 3 Stunden Nashville. Tags zuvor Frühling für Hitler." Taktisch klug kann man sich nur verhalten, sagt sich Kluge, wenn man die Lage richtig beurteilt, also: „Die Kompanie besteht aus einem Neugierigen (Augstein) und drei Philologen (Donner, Limmer, Zimmer). Absolut dicht ist nur eines: die Konkurrenzsituation. Einer für Brecht/Sternheim/Zadeck (Karaseck), einer für Mel Brooks (Limmer), ein wirklicher Liebhaber der Literatur (Zimmer) und einer im Vorbereitungsdienst für die Direktion der Berliner Filmfestspiele, der bestimmt nicht unter den Radikalenerlaß fällt (Donner). Dann ist da noch die Konkurrenzsituation der beiden Blätter und schließlich die innerhalb ihrer jeweiligen Hierarchie. . .

Also Herr Kluge, was fangen sie nun mit diesen Überlegungen an?

Kluge: „Zwei der Herren verlassen nach der Vorführung erstmal den Raum, sie wollen mich gesondert empfangen (Zimmer, Donner), bleiben noch drei. Nun ist es so: Augstein kennt die ‚Spiegel'-Krise am eigenen Leib, er interessiert sich für die Geschichte der Repressionsinstrumente. Es entspannt sich ein Gespräch, das die Philologen aber keinesfalls interessiert, sie wollen nur wiedererkennen, was sie schon kennen . . ." Limmer den amerikanischen Film und Karaseck was zum Identifizieren. Kluge liefert verzweifelt Erklärungstexte, er fühlt sich nicht verstanden, dafür bekommt er schließlich die Schublade „Hochschulfilm" zugewiesen.

Unter der Überschrift „Ein Mann sieht braun" schreibt im „Spiegel" Karaseck, „zu den Schularbeiten verdonnert", wie Kluge vermutet, „in etwa einer Stunde (Arbeitszeit am Film wie gesagt zwei Jahre) etwas auf, was er für subjektiv hält. Er hielte den Film dann für gelungen, wenn ich einen Helden dargestellt hätte wie in Coppolas ‚Dialog`, mit dem man sich auch identifizieren kann, und findet besonders schön die Szene in der Oper. Sie ist im Film tatsächlich das einzige, was an Theater erinnert."

Tja, also mit dem „Spiegel", das war wohl nix.

Kluge: „Nee. Ich gehe also rüber zur ‚Zeit`. Ich komme in eine bitterernste Oberlehrerkonferenz. Sie teilt mir mit, daß ich in diesem Jahr das Klassenziel nicht erreicht habe. Ich möchte wissen, wieso?: Ja, wo bleibt denn der Kluge-Stil?! Käme erschwerend hinzu, daß sich das in der Erzählung ‚Ein Bolschewist des Kapitals` doch alles ganz anders liest!" Also wieder nix.

Jetzt kommt der Druckerstreik, die Presse schreibt nun auch keinen Quatsch mehr. Nunmehr startet der Film. Kluge macht sich auf und verteilt Flugblätter. Da, wo er ist, ist das Kino voll, wo er nicht ist, sitzen 20 Leute.

Kluge: „Und nun gibt es in der Filmwirtschaft einen Grundsatz: Da wo es nichts kostet, leisten sie sich ihre Ideologien."

Das sieht dann so aus: „Filmecho", das Kampfblatt gegen den sogenannten neuen deutschen Film und den „Chefideologen" von Oberhausen „Dr. Alexander Kluge", berichtet: „;.. auch der ‚Starke Ferdinand` ist wiederum kein Kinofilm im filmwirtschaftlichen Sinne, er ist zum anderen Mal ein politischer Film, der gegen die sogenannte bürgerliche Gesellschaft angeht und mit sozialistischen Ideen hantiert. Da nützt auch der als ‚Ekel` abgestempelte Heinz Schubert nichts, der zwar dann und wann die Lächler auf seiner Seite hat, diesen aber eine Lektion erteilt, die sie zumindest im Kino nicht erwarten oder wünschen . . . Fragt sich, ob es Dr. Kluge überhaupt darauf ankommt, dem kommerziellen Kino dienlich zu sein.(!) . .

.In Filmtheaterkreisen wird man neuerdings erheblich enttäuscht sein und sich überlegen müssen, ob es unter diesen Umständen und Voraussetzungen wirklich auf die Dauer Sinn hat, Gelder in eine Kasse zu zahlen, aus der Filme bezuschußt und im Endeffekt erst möglich gemacht werden, die nicht nur filmwirtschaftlich keinen Wert . . ." usw.

Kluge: „In dieser Preislage nun werden die Besucherstärken von Kinotheater zu Kinotheater durchgesagt, mit einem deutlichen Hinweis, was bei diesem Film das richtige Verhalten ist: ‚Dieser Film ist für die Blindenanstalt` (Fachjargon). Der Präsident aller Filmtheater sagt in Cannes zu einem Fernsehfürsten: ‚Der Film muß ganz schnell ins Fernsehen, dann ist er weg vom Fenster.` Hin und wieder fällt auch ‚Rache für Purzer'."

Damit ist der ‚Starke Ferdinand" erstmal gestorben. -Seine Wiedergeburt feiert er auf den Filmfestspielen in Cannes, der Filia bekommt den Preis der Internationalen Filmkritik. Eher hätte man vermutet, daß der Film im Ausland nun gar nicht mehr geht.

Kluge: „Insbesondere, da das Ekel Alfred im Ausland ja gar kein Begriff ist. Das Gegenteil ist der Fall. Italiener, Franzosen, Engländer, Portugiesen, Schweden, Australier, Afrikaner usw. ziehen ihre Erfahrungen mühelos aus dem Film. Und das ist insofern hier auch richtig und eigentlich zu erwarten, weil die Grundregeln der Repression international sind. Deshalb: ‚ein Bolschewist des Kapitals`, weil in unserer Gesellschaft lange eine Internationale der Repression existiert. - Unsere linke Öffentlichkeit wird in der BRD ghettoisiert. Vielleicht wird sie dann durch Repression auch allmählich taub gegen die Wahrnehmung von Widersprüchen. Die Rolle der Gegenöffentlichkeit nimmt heute ein Teil der Auslandspresse wahr. Über Fragen wie die der Berufsverbote, Radikalenerlaß, die Entwicklung in der BRD nach rechts, wird auch in konservativen Blättern in Frankreich mehr geschrieben als bei uns öffentlich diskutiert wird."

Kluge glaubt nicht, daß die schlechte Aufnahme seines Films in der BRD am Zuschauer gelegen hat: „Ich habe 26mal Zuschauer beobachtet und anschließend diskutiert. Zuschauer nehmen den Film so wahr wie in Cannes. Am Zuschauer liegt es nicht. Es liegt an der Bewachung der Zugänge zum Zuschauer. Es gibt nichts Schlimmeres als das, was Kinoerstaufführer für unterhaltenswert' halten, und es gibt nichts Heruntergekommeneres als die politische Neugier deutscher Filmphilologen: Sie verstopfen die Informationskanäle."

Kluge wird versuchen, den Film neu zu starten: Es gibt eine Chance - was das Ausland ehrt, scheint hier oft besonders wertvoll.